



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1960

Samstag, den 8. Oktober 1960

Nr. 41

INHALT:	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident		
Konsulat von Peru in Frankfurt a. M.	1209	
Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Vermessungstechniker-Lehrlinge (VermLehrlAuPO)	1209	
Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des mittleren kartographischen Dienstes (Inspektorguppe) (KartInspAuPO)	1209	
Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des mittleren vermessungstechnischen Dienstes (Inspektorguppe) in der Kataster- und Vermessungsverwaltung (VermInspAuPO-Kat)	1210	
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. September bis 26. September 1960	1211	
Der Hessische Minister des Innern		
Verwaltungsvorschriften gemäß § 153 HBG; hier: Nebentätigkeit	1211	
Genehmigung der „Stiftung Martha-Else-Haus, Ev. Feierabendheim Hofheim am Taunus“	1211	
Kriegsfolgenhilfe; hier: Gliederung des Abschnitts 42 des Haushaltsplangliederungsmusters in den Haushaltsplänen der kreisfreien Städte und der Landkreise	1212	
Allgemeine Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Verzeichnis der derzeit im Lande Hessen gültigen allgemeinen Zulassungen	1215	
Verleihung des Entelgnungsrechts an den Landkreis Hanau — Kreiswerke Hanau — zur Sicherstellung der Wasserversorgung der Stadt Windecken und acht weiteren Gemeinden	1220	
Anerkennung von Atemschutzgeräten für den Feuerwehrdienst	1220	
Genehmigung einer Flagge der Stadt Allendorf im Landkreis Marburg, Regierungsbezirk Kassel	1220	
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Burgsolms im Landkreis Wetzlar	1220	
Genehmigung einer öffentlichen Sammlung; hier: Konferenz der Caritasverbände in Hessen, Fulda	1220	
Der Hessische Minister der Finanzen		
Anrechnung eines Kriegsjahres für die Teilnahme am zweiten Weltkrieg	1220	
Bildung von Buchungsabschnitten in den Rechnungslegungsbüchern (§ 11 Abs. 1 RRO)		1221
Ausdehnung des Rahmenvertrages betr. die Regreßhaftpflichtversicherung für die Fahrer von Dienstkraftfahrzeugen des Landes Hessen auf die Fahrer-Rechtsschutzversicherung		1221
Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung		
Unterrichtsgeldfreiheit; hier: Verbürgung der Gegenseitigkeit mit dem Lande Bremen		1222
Satzung der Staatlichen Hochschule für bildende Künste (Werkakademie) Kassel		1222
Gebührenerlaßordnung für die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen		1223
Schulbeiträge; hier: Pauschbeträge nach § 21 Abs. 3 des Schulkostengesetzes für die Rechnungsjahre 1960 und 1961		1223
Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen		
Übertragung von Befugnissen gemäß § 4 Abs. 2 Ziff. 2 der VO über die Ernennung, Einstellung und Entlassung der Beamten und Angestellten des Landes Hessen vom 11. September 1952 i. d. F. der Änderungsverordnung vom 7. September 1955		1224
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten		
Flurbereinigung Steinbach, Krs. Limburg		1224
Beschleunigte Zusammenlegung Selters, Krs. Oberlahn		1225
Flurbereinigung Bleidenstadt, Untertaunuskreis		1225
Flurbereinigung Hahn, Untertaunuskreis		1226
Flurbereinigung Bruchköbel, Krs. Hanau		1227
Personalnachrichten		
F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung		1228
Regierungspräsidenten		
DARMSTADT		
Benennung von Gemeindetellen im Landkreis Dieburg		1230
Buchbesprechungen		1230
Öffentlicher Anzeiger		1231

958

Der Hessische Ministerpräsident

Konsulat von Peru in Frankfurt (Main)

Herr Dr. Friedrich Wolfgang ACKERMANN ist zum Wahlvizekonsul von Peru ernannt und dem Konsulat von Peru in Frankfurt (Main) beigeordnet worden.

Wiesbaden, 22. 9. 1960

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei
II/3 Az.: 2e 10/07

StAnz. 41/1960 S. 1209

„wenn die Probekartierung und die mündliche Prüfung in einem Prüfungsfach mit ‚mangelhaft‘ oder ‚ungenügend‘ bewertet sind“.

II. Diese Änderung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger in Kraft.

Wiesbaden, 23. 9. 1960

Der Direktor
des Landespersonalamtes Hessen

Der Hessische Minister
der Finanzen
StAnz. 41/1960 S. 1209

959

960

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Vermessungstechnikerlehrlinge (VermLehrlAuPO) vom 21. 8. 1953 (StAnz. S. 822)

I. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Vermessungstechnikerlehrlinge (VermLehrlAuPO) vom 21. 8. 1953 (StAnz. S. 822) wird in folgenden Punkten geändert:

- § 12 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
„Die Prüfungen finden in der Regel jährlich zweimal statt. Ort und Termin der Prüfungen werden vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses (§ 13) festgesetzt.“
- In § 17 Absatz 1 Buchstabe a) wird das Wort „sechs“ durch das Wort „sieben“ ersetzt.
- In § 17 Absatz 4 wird vor dem bisherigen Wortlaut eingefügt: „Wird die Probekartierung mit ‚ungenügend‘ oder“.
- In § 20 Absatz 4 Buchstabe a) wird vor dem bisherigen Wortlaut eingefügt:

Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des mittleren kartographischen Dienstes (Inspektorguppe) (KartInspAuPO) vom 12. 6. 1958 (StAnz. Seite 761)

I. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des mittleren kartographischen Dienstes (Inspektorguppe) (KartInspAuPO) vom 12. 6. 1958 (StAnz. S. 761) wird in folgenden Punkten geändert:

- Dem § 5 wird folgender neuer Absatz 3 angefügt:
„(3) Hat der Anwärter wegen Krankheit innerhalb eines Jahres mehr als einen Monat versäumt, so ist der Vorbereitungsdienst entsprechend zu verlängern.“
- In § 9 Absatz 1 sind die Worte „zusammen mit den Arbeiten nach § 7 Absatz 4 — halbjährlich“ durch die Worte „nach Beendigung eines jeden Ausbildungsabschnittes — ggf. mit der nach § 7 Absatz 4 gefertigten Arbeit —“ zu ersetzen.

3. In § 20 Absatz 2 Buchstabe c) werden in der letzten Zeile hinter dem Wort „Ergebnis“ die Worte „der mündlichen Prüfung“ eingefügt.
4. Die Ausbildungspläne (Anlage 1 zu § 8 Absatz 1 und Anlage 1a zu § 8 Absatz 1 und § 25 Nr. 1) werden wie folgt geändert:
Im Ausbildungsabschnitt 10 wird in Spalte 3 das Wort „(Lehrgang)“ durch das Wort „Verwaltungsseminar“ ersetzt und in Spalte 4 das Wort „Verwaltungslehrgang“ neu eingesetzt.
5. Der Ausbildungsnachweis (Anlage 4 zu § 9 Absatz 3) wird wie folgt geändert:

**Ausbildungsnachweis über den Vorbereitungsdienst
des Kartographeninspektor-Anwärters**.....
(Vor- und Zuname)

1. Name und Vorname:
(Rufname unterstreichen)
2. Geboren am:
3. Geburtsort und Kreis:
4. Staatsangehörigkeit:
5. Stand des Vaters:
6. Familienstand, Tag der Eheschließung, Kinder:
7. Prüfung als IfLT/bgLT:
8. Beginn des Vorbereitungsdienstes:

Beschäftigung seit der Schulentlassung bis zum Beginn des Vorbereitungsdienstes:

Beschäftigung im Vorbereitungsdienst
von hier ab wie bisher.

Wiesbaden, 23. 9. 1960

**Der Direktor
des Landespersonalamtes Hessen**

**Der Hessische Minister
der Finanzen**
StAnz. 41/1960 S. 1209

961

**Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die
Anwärter des mittleren vermessungstechnischen Dienstes
(Inspektorgruppe) in der Kataster- und Vermessungsverwaltung
(VermInspAuPO-Kat) vom 22. 2. 1955 (StAnz. Seite 238)**

I. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des mittleren vermessungstechnischen Dienstes (Inspektorgruppe) in der Kataster- und Vermessungsverwaltung (VermInspAuPO-Kat) vom 22. 2. 1955 (StAnz. S. 238) wird in folgenden Punkten geändert:

1. In § 5 wird folgender neuer Absatz 3 angefügt:
„(3) Hat der Anwärter wegen Krankheit innerhalb eines Jahres mehr als einen Monat versäumt, so ist der Vorbereitungsdienst entsprechend zu verlängern.“
2. In § 8 wird in Absatz 2 das Wort „Kassenaufsichtsamt“ in „Rechnungsprüfungsamt“ geändert und folgender neuer Absatz 3 angefügt:
„(3) Ist ein Anwärter für eine spätere Verwendung in einem Spezialgebiet der Landesvermessung vorgesehen, so kann der Minister der Finanzen die Dauer einzelner Ausbildungsabschnitte auf Vorschlag des Landesvermessungsamtes zweckentsprechend ändern.“
3. § 9 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
„(1) Der Anwärter hat einen Beschäftigungsnachweis nach dem Muster der Anlage 2 zu führen, der monatlich dem mit der Ausbildung betrauten Beamten sowie dem Leiter der Behörde und nach Beendigung eines jeden Ausbildungsabschnittes — ggf. mit der nach § 7 Absatz 4 gefertigten Arbeit — dem Landesvermessungsamt vorzulegen ist.“
4. In § 20 Absatz 2 Buchstabe c) werden in der letzten Zeile hinter dem Wort „Ergebnis“ die Worte „der mündlichen Prüfung“ eingefügt.

5. Der Ausbildungsplan (Anlage 1 zu § 8 Absatz 1) wird wie folgt geändert:
 - a) Im Ausbildungsabschnitt 1 wird die Ausbildungsdauer von 9 (3) Monaten auf 8 $\frac{1}{2}$ (2 $\frac{1}{2}$) Monate geändert.
 - b) Im Ausbildungsabschnitt 6 wird die Ausbildungsdauer von 4 Monaten auf 3 Monate geändert.
 - c) Im Ausbildungsabschnitt 11 wird in Spalte 3 das Wort „(Lehrgang)“ durch das Wort „Verwaltungsseminar“ ersetzt und in Spalte 4 das Wort „Verwaltungslehrgang“ neu eingesetzt.
Die Zeile bei Ausbildungsabschnitt 11 lautet demnach:
11 1 Verwaltungsseminar Verwaltungslehrgang
 - d) Im Ausbildungsabschnitt 12 wird die Ausbildungsdauer geändert; an Stelle von „4 ist zu setzen „3 $\frac{1}{2}$ “

	davon:	davon:
	2	1 $\frac{1}{2}$
	2“	2“

- e) Es wird ein neuer Ausbildungsabschnitt 13 angefügt:
Ausbildungsdauer: 2 Monate
Dienststelle: Landesvermessungsamt
Arbeitsgebiet: Lehrgang zur Vertiefung der Kenntnisse in allen Arbeitsgebieten.

6. Der Ausbildungsnachweis (Anlage 4 zu § 9 Absatz 3) wird wie folgt geändert:

Allgemeine Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten

des Vermessungsinspektor-Anwärters:
(Vor- und Zuname)

1. Name und Vorname:
(Rufname unterstreichen)
2. Geboren am:
3. Geburtsort und Kreis:
4. Staatsangehörigkeit:
5. Stand des Vaters:
6. Familienstand, Tag der Eheschließung, Kinder:
7. Prüfung als IfVT/bgVT:
8. Beginn des Vorbereitungsdienstes:

Beschäftigung seit der Schulentlassung bis zum Beginn des Vorbereitungsdienstes:

Beschäftigung im Vorbereitungsdienst

von hier ab wie bisher, jedoch mit den nachstehend aufgeführten Änderungen:

Bei Ausbildungsabschnitt 6 ist statt „(4 Monate Landesvermessungsamt)“ „(3 Monate Landesvermessungsamt)“ zu setzen.

Bei Ausbildungsabschnitt 11 ist statt „(1 Monat Lehrgang)“ „(1 Monat Verwaltungslehrgang)“ zu setzen.

Bei Ausbildungsabschnitt 12 ist statt „(4 Monate Landesvermessungsamt)“ „(3 $\frac{1}{2}$ Monate Landesvermessungsamt)“ zu setzen.

Vor „Gesamtbeurteilung“ ist einzufügen:

„Ausbildungsabschnitt 13 (2 Monate Lehrgang)
Landesvermessungsamt vom bis

Beurteilung:

II. Diese Änderung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger in Kraft.

Wiesbaden, 23. 9. 1960

**Der Direktor
des Landespersonalamtes Hessen**

**Der Hessische Minister
der Finanzen**
StAnz. 41/1960 S. 1210

962

**Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes
in der Zeit vom 13. 9. bis 26. 9. 1960**

Statistische Berichte

C I 3 — j/60	Preis DM
Der Anbau von Gemüse zum Verkauf in Hessen (Anbau auf dem Freiland und in Unterglasanlagen) 1960	—,50
C II 2 — m 8/60	
Ernteberichterstattung über Gemüse in Hessen im August 1960	—,50
C IV 3 — m 8/60	
Ergebnisse aus betriebswirtschaftlichen Meldungen in Hessen im August 1960	
Eiererzeugung und -verwendung	
Stärke der Hennenhaltung	
Schweinebestandsentwicklung	
Ergebnisse der Schweineverkäufe	
Preisberichterstattung	
Erntevorschätzung für Hackfrüchte Ende August 1960	
Voraussichtliche Aussaat Herbst 1960	—,50
E I 1, E I 2, F I 1 — m 8/60	
Industrie und Bauhauptgewerbe in Hessen	
— Vorauswertung — August 1960	
Die Industrie in Hessen (Monatl. Industriebier. für August 1960)	
Die industrielle Produktion in Hessen im August 1960	
Das Bauhauptgewerbe in Hessen (Monatl. Bau-berichterstattung für August 1960)	1,—
E I 1, E I 2, F I 1 — m 7/60	
Industrie und Bauhauptgewerbe in Hessen Juli 1960	
Die Industrie in Hessen (Monatl. Industriebier. für Juli 1960)	
Die industrielle Produktion in Hessen im Juli 1960	
Das Bauhauptgewerbe in Hessen (Monatl. Bau-berichterstattung für Juli 1960)	1,—

G I 1 — m 8/60	
Die Umsätze im Einzelhandel in Hessen im August 1960	
— Schnellbericht	—,50
G III 1 — m 7/60	
Die Ausfuhr Hessens im Juli 1960	1,—
H I 1 — m 7/60	
Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juli 1960	
— Vorauswertung — Vorläufige Zahlen — kreisweise	—,50
H IV 1 — m 7/60	
Der Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im Juli 1960	1,—
L II 1 — m 8/60	
Landes- und Bundessteuern in Hessen im August 1960	—,50
M I 2 — m 8/60	
Einzelhandelspreise in Hessen im August 1960	
Die Preisbewegung bei den Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfs im August 1960 — Stichtag 15. August 1960 gegenüber 15. Juli 1960	1,—
M I 4 — m 8/60	
Preise wichtiger Baustoffe und Bauarbeiten in mittleren und kleineren Gemeinden in Hessen im August 1960	—,50
N I 1 — vj. 2/60	
Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im Mai 1960	
Teil I: Verdienste und Arbeitszeiten der Industrie-arbeiter	1,—
N I 1 — vj. 2/60	
Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im Mai 1960	
Teil II: Angestelltenverdienste	1,—
Wiesbaden, 26. 9. 1960	

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 4 (a) — Az.: 77a 241/60
StAnz. 41/1960 S. 1211

963

Der Hessische Minister des Innern

- An
1. alle Landesbehörden
 2. den Präsidenten des Hessischen Landtags
 3. alle Gemeinden und Gemeindeverbände
 4. den Landeswohlfahrtsverband
 5. alle Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Landesaufsicht unterstehen
 6. den Hessischen Rundfunk

Verwaltungsvorschriften gemäß § 153 HBG

hier: Nebentätigkeit

Es besteht Veranlassung, den gemeinsamen Erlaß vom 16. März 1960, StAnz. S. 469, zu ergänzen. Der besseren Übersicht wegen wird nachstehend der gesamte Wortlaut der Neufassung des Erlasses veröffentlicht:

Bedienstete des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Geltungsbereich des HBG erhalten gelegentlich Aufträge für Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst im Sinne von § 10 Abs. 1 Erste DVO zum HBG. Darunter ist jede Tätigkeit für den Bund, ein Land, eine Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts oder deren Verbände zu verstehen. Auf die Art des Beschäftigungsverhältnisses (z. B. Dienstvertrag, Werkvertrag, Anstellung als Beamter) kommt es nicht an. Als Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst im Sinne des § 10 Abs. 1 der Ersten DVO zum HBG gelten zum Beispiel alle Leistungen, die in § 19 Abs. 1 der Gebührenordnung für Architekten vom 13. 10. 1950 (Bundesanzeiger Nr. 216 vom 8. November 1950) und in der Gebührenordnung für Ingenieure vom 3. April 1956 (herausgegeben vom Ausschuß für die Gebührenordnung der Ingenieure) genannt sind. Die Tätigkeit für Kirchen und andere öffentlich-rechtliche Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und deren Verbände gilt nicht als öffentlicher Dienst.

Wird hierfür eine Vergütung gemäß § 10 Abs. 2 Erste DVO zum HBG gezahlt, so ist sie nach Maßgabe des § 11 Abs. 1 Erste DVO zum HBG an die Kasse der dem Bediensteten im Hauptamt vorgesetzten Behörde abzuliefern.

Um die Durchführung dieser Vorschriften überwachen zu können, ist es erforderlich, daß die zuständigen Stellen von derartigen Aufträgen informiert werden.

Es wird daher gebeten, in allen Fällen, in denen Aufträge an Bedienstete vergeben werden, die Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst gemäß § 10 Abs. 1 Erste DVO zum HBG darstellen und für die gemäß § 10 Abs. 2 Erste DVO zum HBG Vergütungen gezahlt werden, die oberste Dienstbehörde des betreffenden Bediensteten davon zu unterrichten.

Wiesbaden, 5. 9. 1960

Der Direktor des Landespersonalamtes
P 2163 — I/11

Der Hessische Minister des Innern
I c — 8 b 30
StAnz. 41/1960 S. 1211

964

Genehmigung der „Stiftung Martha-Else-Haus, Ev. Feierabendheim Hofheim am Taunus“

Die Hessische Landesregierung hat mit Beschluß vom 20. 9. 1960 die von Frau Martha Heilscher in Hofheim am Taunus auf Grund der Stiftungsurkunde vom 17. 8. 1960 errichtete

„Stiftung Martha-Else-Haus, Ev. Feierabendheim, Hofheim am Taunus“

mit dem Sitz in Hofheim am Taunus genehmigt.

Wiesbaden, 28. 9. 1960 **Der Hessische Minister des Innern**
IIf — 2501 — 22/60 — W 2
StAnz. 41/1960 S. 1211

965

An die
Gemeindeaufsichtsbehörden,
die Gemeinden und Gemeindeverbände

Kriegsfolgenhilfe

hier: Gliederung des Abschnitts 42 des Haushaltsplangliederungsmusters in den Haushaltsplänen der kreisfreien Städte und der Landkreise

Bezug: Meine Erlasse vom 23. 1. 1956 — IV c (4) 33 c 020/010 — (StAnz. S. 118) und vom 18. 9. 1959 — IV c (4) 33 c 020/010 — (StAnz. S. 1069).

Durch die Neuregelung der Tuberkulosehilfe durch das Gesetz vom 23. 7. 1959 (BGBl. I S. 513), die sich auch auf die Abrechnung der Kriegsfolgenhilfefaufwendungen und auf die Fürsorgetatistik auswirkt, ist eine Ergänzung des Haushaltsplangliederungsmusters für den Abschnitt 42 (Nicht pauschalierte Kriegsfolgenhilfe — Individuelle Fürsorge für Zugewanderte aus der SBZ und Ost-Berlin) der Haushaltspläne der kreisfreien Städte und der Landkreise notwendig geworden.

Da das Haushaltsplangliederungsmuster für den Abschnitt Nr. 42 verschiedentlich ergänzt worden ist, habe ich zur besseren Übersichtlichkeit eine Neufassung vorgenommen. Im Interesse einer einheitlichen Aufgliederung der verschiedenen Fürsorgeleistungen für Zwecke der Abrechnung und Statistik bitte ich, vom Rechnungsjahr 1961 an nur noch das nachstehende Muster zu verwenden.

Soweit die Aufwendungen für die Tuberkulosehilfe beim Abschnitt 41 zu verrechnen sind, bitte ich, in den Haushaltsplänen einen entsprechenden Unterabschnitt analog dem Muster für den Abschnitt 42 einzurichten.

Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen.

Meine Erlasse vom 23. 1. 1956 — IV c (4) 33c 020/010 — (StAnz. S. 118) und vom 18. 9. 1959 — IV c (4) 33 c 020/010 — (StAnz. S. 1069) werden hiermit aufgehoben.

Wiesbaden, 24. 8. 1960

Der Hessische Minister des Innern
IV c 4 — 33 c 020/010
StAnz. 41/1960 S. 1212

Haushalts- stelle Nr.	Finanzstat. Kennziffer	Bezeichnung
EINNAHMEN		
42 Nicht pauschalierte Kriegsfolgenhilfe		
421 Individuelle Fürsorge für Zugewanderte aus der SBZ und Ost-Berlin		
Offene und geschlossene Fürsorge		
Zuweisungen		
421.071—0	420.3.071	Vom Bund
421.071—1		Vom Land
421.073	420.3.073	Vom Landesfürsorgeverband
421.075	420.3.075	Von Gemeinden
421.077	420.3.077	Von endgültig verpflichteten Fürsorgeverbänden
Offene Fürsorge		
Ersatzleistungen		
421.211	420.3.210	Ersatz von Unterhaltspflichtigen
421.212		Ersatz durch Unterstützte
421.213		Ersatz von sonstigen Dritten
Geschlossene Fürsorge		
Ersatzleistungen		
421.214	420.3.210	Ersatz von Unterhaltspflichtigen
421.215		Ersatz durch Unterstützte
421.216		Ersatz von sonstigen Dritten
421.217	420.3.210	Krankenversorgung nach § 276 LAG (25/oiger Anteil des Ausgleichsfonds)
422 Soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene		
Zuweisungen		
422.071	420.3.071	Vom Bund
Andere Einnahmen		
Kostenersatz		
422.211	420.3.210	Offene Fürsorge
422.212		Geschlossene Fürsorge
422.291		bleibt frei
422.292	420.3.290	Zinsen aus Produktivdarlehen
422.311	420.3.310	Rückflüsse aus Produktivdarlehen
423 Sonstige nicht pauschalierte Kriegsfolgenhilfe		
423.071	420.3.071	Vom Bund hinsichtlich der unter 423.558 und 423.560 bis 423.562 veranschlagten Ausgaben
423.071	420.3.071	Vom Land hinsichtlich der unter 423.551 bis 423.557 und 423.559 veranschlagten Ausgaben
424 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbeschädigtengesetz		
424.073	420.3.073	Zuweisungen der Hauptfürsorgestelle
424.291	420.3.290	Zinsen aus Darlehen
424.311	420.3.310	Rückflüsse aus Darlehen

Haushalts- stelle Nr.	Finanzstat. Kennziffer	Bezeichnung
425 Tuberkulosehilfe für Zugewanderte aus der SBZ und Ost-Berlin		
Zuweisungen		
425.073	420.3.073	Vom Landesfürsorgeverband
Offene Fürsorge		
Ersatzleistungen		
425.211	420.3.210	Kostenbeiträge, Kostenersatz durch Dritte, Erstattung von Überzahlungen
425.212	420.3.210	Erstattung durch andere Kostenträger
425.213	420.3.210	Erstattung des Ausgleichsfonds
425.214	420.3.290	Zinsen für gewährte Darlehen
425.215	420.3.310	Rückflüsse von Darlehen
Geschlossene Fürsorge		
Ersatzleistungen		
425.216	420.3.210	Kostenbeiträge, Kostenersatz durch Dritte, Erstattung von Überzahlungen
425.217	420.3.210	Erstattung durch andere Kostenträger
425.218	420.3.210	Erstattung des Ausgleichsfonds
425.219	420.3.290	Zinsen für gewährte Darlehen
425.220	420.3.310	Rückflüsse von Darlehen
AUSGABEN		
42 Nicht pauschalierte Kriegsfolgenhilfe		
421 Individuelle Fürsorge für Zugewanderte aus der SBZ und Ost-Berlin		
Offene und geschlossene Fürsorge		
Zuweisungen		
421.513	420.3.513	Anteil an den Spezialpflegekosten
421.515—0	420.3.515	Anteil der Gemeinden an den Fürsorgekostensätzen
421.515—1*)		Anteil des BFV an den Aufwendungen der Delegationsgemeinden
421.517	420.3.517	Ersatzleistungen als endgültig verpflichteter Fürsorgeverband
Fürsorgeleistungen		
Offene Fürsorge		
Laufende Unterstützungen		
421.551—0	420.3.550	Laufende Unterstützungen nach dem RGr.
421.551—1*)		für Pflegekinder
421.551—6		Blindenpflegegeld
421.551—7*)		Leistungen zur Erziehung, Erwerbsbefähigung und Berufsausbildung gemäß § 6 RGr.
Einmalige Unterstützungen der offenen wirtschaftlichen Fürsorge		
An laufend Unterstützte		
421.552—0	420.3.550	An laufend Unterstützte nach den RGr.
421.552—1*)		für Pflegekinder
421.552—7*)		Leistungen zur Erziehung, Erwerbsbefähigung und Berufsausbildung gemäß § 6 RGr.
An nicht laufend Unterstützte		
421.553—0		An nicht laufend Unterstützte nach den RGr.
421.553—1*)		für Pflegekinder
421.553—7*)		Leistungen zur Erziehung, Erwerbsbefähigung und Berufsausbildung gemäß § 6 RGr.
421.554	420.3.550	Einmalige Unterstützungen der offenen gesundheitlichen Fürsorge
421.555	420.3.550	Krankenversorgung gemäß § 276 LAG (100%)
421.556	420.3.550	bleibt frei für den LFV
421.557—0	420.3.550	Weihnachtsbeihilfen für Hilfsbedürftige
421.557—1		Weihnachtsbeihilfen für Minderbemittelte
Geschlossene Fürsorge		
421.571	420.3.570	Pflegekosten in Heimen und Anstalten
421.572		Pflegekosten in Krankenhäusern
421.573		bleibt frei für den LFV
421.574		Pflegekosten in Erholungsheimen
421.575		bleibt frei für den LFV
421.576*)		Blindenpflegegeld
421.577*)		Leistungen zur Erziehung, Erwerbsbefähigung und Berufsausbildung gemäß § 6 RGr.

*) Soweit erforderlich

Haushalts- stelle Nr.	Finanzstat. Kennziffer	Bezeichnung
422 Soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene Fürsorgeleistungen		
Offene Fürsorge		
422.551—0	420.3.550	frei für LWV
422.551—1		frei für LWV
422.551—2		Berufsfürsorge — einmalige Beihilfen
422.551—3		Berufsfürsorge — Darlehen (2/3 des Gesamtdarlehensbetrages)
422.552		Erziehungsbeihilfen nach § 27 Abs. 1 BVG
422.553		frei für LWV
422.921	420.3.920	frei für LWV
422.922		Berufsfürsorge — Produktivdarlehen (2/3 des Gesamtbetrages)
Geschlossene Fürsorge		
422.571	420.3.570	frei für LWV
422.572		Erziehungsbeihilfe gemäß § 27 Abs. 1 BVG
422.573		frei für LWV
423 Sonstige nicht pauschalierte Kriegsfolgenhilfe		
423.551	420.3.550	Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer und Gleichgestellte nach bundesrechtlichen Vorschriften (Entlassungsgeld, Übergangsbeihilfe, Erholungsfürsorge)
423.552		Erholungsfürsorge — zusätzl. Landesleistungen für Heimkehrer u. Gleichgest.
423.553—0		Begrüßungsgabe für Heimkehrer und Gleichgestellte (Land)
423.553—1		Begrüßungsgabe für Heimkehrer und Gleichgestellte (Bund)
423.554		Ausbildungsbeihilfen für Evakuierte, die nicht lastenausgleichsberechtigt sind, nach § 16 BEvG
423.555		Umsiedlungskosten für Heimatvertriebene und Flüchtlinge
423.556		Auswanderungskosten für Personen, die zum Kreise der KFH-Empfänger gehören
423.557		Rückführungskosten für Evakuierte (Land)
423.558		Rückführungskosten für Evakuierte (Bund)
423.559		Rückführungskosten für Deutsche aus dem Ausland (Land)
423.560		Rückführungskosten für Deutsche aus dem Ausland (Bund)
423.561		Krankenhilfe für Besucher aus der SBZ pp.
423.562		Barbeihilfen für Besucher aus der SBZ pp.
424 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbeschädigtengesetz		
424.921	420.3.920	Beschaffungsdarlehen
424.922		Produktivdarlehen
424.552	420.3.550	Beihilfen
425 Tuberkulosehilfe für Zugewanderte aus der SBZ und Ost-Berlin		
Offene Fürsorge		
425.551	420.3.550	Heilbehandlung (§ 2 THG)
Eingliederungshilfe (§ 3 THG)		
425.552—0	420.3.550	Eingliederungshilfe zur Schul- und Berufsausbildung
425.552—1	420.3.550	Sonstige Eingliederungshilfe
Wirtschaftliche Hilfe (§ 4 THG)		
425.553—0	420.3.550	Lebensunterhalt, Taschengeld etc. (§ 4 Abs. 1 und 3 THG) für Angehörige in Fällen stationärer Dauerbehandlung
425.553—1		Lebensunterhalt, Taschengeld etc. in sonstigen Fällen
425.553—2		Beihilfen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse
425.553—3	420.3.920	Darlehen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse
425.553—4	420.3.550	Ernährungszulagen, Beihilfen zur Haltung von Ersatzkräften, Besuchsbeihilfen
425.554	420.3.550	Vorbeugende Hilfe (§ 5 THG)
Geschlossene Fürsorge		
Heilbehandlung (§ 2 THG)		
425.555—0	420.3.550	Leistungen in Fällen stationärer Dauerbehandlung
425.555—1		Leistungen in sonstigen Fällen
Eingliederungshilfe (§ 3 THG)		
425.556—0	420.3.550	Eingliederungshilfe zur Schul- und Berufsausbildung
425.556—1		Sonstige Eingliederungshilfe
Wirtschaftliche Hilfe (§ 4 THG)		
425.557—0	420.3.550	Lebensunterhalt, Taschengeld etc. (§ 4 Abs. 1 und 3 THG) für Angehörige in Fällen stationärer Dauerbehandlung
425.557—1		Lebensunterhalt, Taschengeld etc. in sonstigen Fällen
425.557—2		Beihilfen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse
425.557—3	420.3.920	Darlehen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse
425.557—4	420.3.550	Ernährungszulagen, Beihilfen zur Haltung von Ersatzkräften, Besuchsbeihilfen
425.558	420.3.550	Vorbeugende Hilfe (§ 5 THG)

966

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden
An den Magistrat der Stadt Frankfurt/M.
—Bauaufsichtsbehörde—
Frankfurt/Main

Allgemeine Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten

hier: Verzeichnis der derzeit im Lande Hessen gültigen
allgemeinen Zulassungen

Bezug: Elaß vom 2. 11. 1959 Az. Vb/1 — 64 a 16 — 1/59
StAnz. 1960 S. 114

Das mit Erlaß vom 2. 11. 1959 übersandte Verzeichnis der
im Lande Hessen gültigen allgemeinen Zulassungen bitte ich,
wie folgt zu berichtigen und zu ergänzen sowie die nachge-
ordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.
Wiesbaden, den 1. 9. 1960

Der Hessische Minister des Innern
Vb/1 — 64a 16 — 1/60

StAnz. 41/1960 S. 1215

a) Berichtigungen

Teil I

- Lfd. Nr. 4: Die Geltungsdauer der Zulassung für die Leicht-
bau-Montage-Decke System „Frankfurt“ der
Frankfurter-Zementwarenfabrik Theo Hille-
brand, Frankfurt/M., wurde bis 31. 12. 1962 ver-
längert
- Lfd. Nr. 13: Die Geltungsdauer der Zulassung für die Hohl-
blocksteine aus Schwerbeton der Fa. Ed. Fr.
Hofmann Nachf., Zementwarenfabrik Burg/ Dill-
kreis, wurde bis zum 31. 7. 1963 verlängert.

Teil II

A) Decken

Für nachstehende Zulassungen wurde die
Geltungsdauer verlängert:

- Lfd. Nr. 1: „Mammut“-Decke bis 31. 3. 1961
Lfd. Nr. 12: Stahlleichtträgerdecke „Gamma“ bis 31. 5. 1961

F) Verschiedenes

- Lfd. Nr. 1: Die Geltungsdauer der Zulassung für die Schnell-
schalung System Heilwagen wurde bis 31. 1. 1961
verlängert.

Teil III

A) Decken

Für nachstehende Zulassungen wurde die
Geltungsdauer verlängert:

- Lfd. Nr. 10: Stahlbetonrippendecke „Feri“ bis 31. 12. 1960
Lfd. Nr. 48: Vogter Ziegeldecke bis 30. 11. 1960
Lfd. Nr. 50: Monofer-Decken bis 31. 3. 1961
Lfd. Nr. 56: S-Keller-Decke bis 30. 11. 1960

B) Dachkonstruktionen

- Lfd. Nr. 5: Die Geltungsdauer der Zulassung für die
Durisol-Dachplatte wurde bis 30. 11. 1960
verlängert.

C) Wandbauelemente

Für nachstehende Zulassungen wurde die
Geltungsdauer verlängert:

- Lfd. Nr. 2 dampfgehärteten Kalkaschestein bis 31.12. 1960
Lfd. Nr. 12: Herstellung von zylindrischem Mauerwerk im
Otto-Duolith-Verband aus säurefesten kerami-
schen Formsteinen bis 31. 12. 1960
Lfd. Nr. 19: Bimsbeton-WS-Steine bis 31. 12. 1960

E) Hausbauarten

- Lfd. Nr. 1: Die Geltungsdauer der Zulassung für die Kasten-
bauart „Feidner“ wurde bis 31.10.1960 verlängert.
Ergänzung

F) Stähle

Für nachstehende Zulassungen wurde die
Geltungsdauer verlängert:

- Lfd. Nr. 2: Geschweißte Bewehrungsmatten „Retzloff“ bis
31. 12. 1960
- Lfd. Nr. 4: Geschweißte Bewehrungsmatten „Mauser“ bis
31. 3. 1961
- Lfd. Nr. 11: Geschweißte Bewehrungsmatten der Fa. Roth,
Heck & Schwinn bis 31. 12. 1960
- Lfd. Nr. 12: Neptun-Stahl 80/120 (verdreht) als Sonderbeton-
stahl mit Querrippen und Neptunstahl 50/80 (nicht
verdreht) als naturharter Betonstahl für Bügel
bis 31. 12. 1960
- Lfd. Nr. 37: Quer- oder schräggerippter Betonformstahl (Be-
tonrippenstahl) der Betonstahlgruppen I, IIa, IIIa,
und IVa der Nockenstahl GmbH bis 31. 12. 1963
- Lfd. Nr. 38: wie vor
der Fa. ARTEWEK bis 31. 12. 1963
- Lfd. Nr. 39: wie vor
der Phönix-Rheinrohr-AG bis 31. 12. 1963
- Lfd. Nr. 40: wie vor
der Fa. Niederrheinische Hütte AG bis 31. 12. 1963
- Lfd. Nr. 41: wie vor
der Fa. Bau-Stahlgewebe GmbH bis 31. 12. 1963
- Lfd. Nr. 42: wie vor
der Fa. Klöckner-Hüttenwerke Haspe AG
bis 31. 12. 1963
- Lfd. Nr. 43: Quer- oder schräggerippter Betonformstahl (Be-
tonrippenstahl) der Betonstahlgruppen I, IIa, IIIa,
und IVa der Fa. Hoesch-Westfalenhütte AG
bis 31. 12. 1963
- Lfd. Nr. 46: Ergänzung vom 2. 2. 1960

G) Verschiedenes

a) Gerüste und Gerüstverbindungen

- Lfd. Nr. 8: Ergänzung vom 3. 2. 1960
Lfd. Nr. 18: Die Geltungsdauer der Zulassung für das Schutz-,
Fang- und Monteurgestüt der Fa. Wiedenfels &
Co. wurde bis 30. 4. 1961 verlängert.

d) Feuerbeständige Türen

- Lfd. Nr. 1: Die Geltungsdauer der Zulassung für die feuer-
hemmende Stahltür der Fa. Walter Podszuck KG
wurde bis 31. 12. 1960 verlängert.

e) Betonzusatzmittel

- Lfd. Nr. 5: Die Geltungsdauer der Zulassung für das Beton-
zusatzmittel „Muraplast“ wurde bis 31. 12. 1960
verlängert.
Lfd. Nr. 6: Ergänzung vom 7. 11. 1959

Für nachstehende Zulassungen wurde die Gel-
tungsdauer verlängert:

- Lfd. Nr. 22: Betonzusatzmittel „Murasit-IPV“ bis 31. 12. 1960
Ergänzung vom 31. 12. 1959
- Lfd. Nr. 23: Betonzusatzmittel „Condor“ bis 31. 12. 1960
- Lfd. Nr. 29: Betonzusatzmittel „Asolin“ bis 31. 12. 1960
- Lfd. Nr. 30: Betonzusatzmittel „Asolit“ bis 31. 12. 1960
- Lfd. Nr. 58: Betonzusatzmittel „Asolit“ (Gruppe LPV)
bis 31. 12. 1960

f) Sonstiges

Für nachstehende Zulassungen wurde die
Geltungsdauer verlängert:

- Lfd. Nr. 4: Kämpf-Träger bis 28. 2. 1961
- Lfd. Nr. 12: Dywidag-Spannverfahren bis 28. 2. 1961
- Lfd. Nr. 20 „Norda“-Spritzasbest als Ummantelung von be-
lasteten Stahlstützen bis 31. 12. 1964

b) Ergänzungen

Teil I

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Urkunde:	Geltungsdauer:
28	Hohlblocksteine aus Schwerbeton; (Form und Maße der DIN 18151 entsprechend)	Hugo Kern, Baustoffe, Eisen, Kohlen, Nieder-Mockstadt, Kreis Büdingen	Vb/1 — 64a 16/09 — 28/60 v. 1. 3. 1960	31. 3. 1962
29	Fünfkammer-Hohlblocksteine mit Griffflaschen aus Schwerbeton	Betonwerk Linß GmbH, Eschwege	Vb/1 — 64a 16/09 — 93/60 v. 1. 3. 1960	31. 3. 1962
30	K-K-Schalenbausteine	Dr. J. J. Kindt-Kiefer Frankfurt/M., Rheinstr. 1	Vb/1 — 64a 16/09 — 34/60 v. 21. 4. 1960	31. 12. 1960
31	Hohlblocksteine aus Schwerbeton; (Form und Maße der DIN 18151 entsprechend)	Konrad Fink Baustoffgroßhandlung Oberbrechen bei Limburg, Frankfurter Str. 60b	Vb — 64a 16/09 — 98/60 v. 29. 4. 1960	30. 4. 1962
32	T-Hohlblocksteine aus Schwerbeton	Konrad Hilbert, Baustoffe Michelstadt/Odw.	Vb/1 — 64a 16/09 — 13/60 v. 20. 6. 1960	30. 6. 1963

Teil II

A) Decken

17	Stahlbeton Rippendecken „System Eilbrecht“	Bauing. Heinz Eilbrecht, Offenbach/Main, Rathenaustr. 38	Vb/1 — 64a 16/11 — 45/60 v. 15. 3. 1960	31. 3. 1965
18	Rheindecke (Stahlbeton-Gitterträgerdecke)	Rheinbau GmbH, Omnia-Deckenorganisation Wiesbaden, Alexandrastr. 3	Vb — 64a 16/11 — 59/60 v. 14. 4. 1960	30. 9. 1962
19	Fertigleildecken mit beschränkt vorgespannten Reeh-Typenträgern	J. Reeh AG., Dillenburg Schloßberg 5	Vb — 64a 16/11 — 60/60 v. 30. 5. 1960	31. 12. 1964
20	Kaiser-Gitterträgerdecke	Bauing.-Büro Dipl.-Ing. Kaiser, Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstr. 66	Vb/1 — 64a 16/11 — 3/60 v. 29. 7. 1960	31. 7. 1965
21	Kaiser-Massivdecke	Bauing.-Büro Dipl.-Ing. Kaiser, Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstr. 66	Vb/1 — 64a 16/11 — 42/60 v. 29. 7. 1960	31. 7. 1965
22	OMNIA-Stahlleichtträgerdecke	Rheinbau GmbH, Omnia-Deckenorganisation Wiesbaden, Alexandrastr. 13	Vb 1 — 64a 16/11 — 1/60 v. 1. 8. 1960	31. 7. 1965
23	Baustahl-Gitterträgerdecke	Rheinbau GmbH, Omnia-Deckenorganisation Wiesbaden, Alexandrastr. 13	Vb — 64a 16/11 — 65/60 v. 31. 8. 1960	31. 7. 1963

C) Wandbauelemente

5	Presto-Rechtecksteine R 24/24, R 24/36,5, R 30/24, R 36,5/24	Müller & Warnke, Frankfurt-Höchst, Antoniterstr. 16	Vb/1 — 64a 16/09 — 88/60 v. 15. 3. 1960	31. 3. 1965
6	Großformatiger T-Hohlblockstein	Schlosser & Co., Michelbacher-Hütte b. Michelbach/Nassau	Vb/1 — 64a 16/09 — 5/60 v. 15. 7. 1960	31. 7. 1965
7	Dreikammer-Hohlblocksteine der Passavant-Werke	Passavant-Werke Michelbacher-Hütte b. Michelbach/Nassau	Vb/1 — 64a 16/09 — 25/60 v. 29. 7. 1960	31. 7. 1965

F) Verschiedenes

8	Geka-Holzverbinder	Karl Georg KG., Groß-Umstadt/Hessen	Vb/1 — 64a 16/31 — 34/60 v. 21. 3. 1960	31. 3. 1964
9	Schräggerippter Betonformstahl (Betonrippenstahl) der Betonstahlgruppe IIIa	W. Ernst Haas u. Sohn Neuhoffnungshütte, b. Sinn/Dillkreis	Vb — 64a 16/07 — 1/60 v. 1. 9. 1960	31. 8. 1963

Teil III

A) Decken

74	Spannbetondecke mit -träger System Lange	Friedrich Lange, Altdorf bei Landshut	Bayer. Staatsmin. d. Innern Nr. IV B 5 — 9129 D 322 v. 30. 7. 1959	31. 8. 1964
75	Landshuter-Decke (23,5 bis 36,5 cm dick) System Proksch mit Spannbetonträgern	Dipl. Architekt Josef Proksch, Passau, Bahnhofstr. 12	wie vor Nr. IV B 5 — 9129 D 337 v. 30. 7. 1959	31. 8. 1964
76	„Hico-Decke II“	Fa. Hico, Otto Hinze, Hannover	Der Niedersächs. Min. d. Finanzen — 40 42 25 (193) v. 11. 8. 1959	31. 8. 1964
77	Stahlbeton-Füllkörperdecke „Pillat“	Ing. E. Pillat, Kiel, Grasweg 34/36	Der Min. f. Arbeit, Soziales und Vertriebene d. Landes Schleswig-Holstein Az. IX 33a — 334/05. 1 Tgb. Nr. 2619/59 v. 13. 10. 1959	31. 12. 1960

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Urkunde:	Geltungsdauer:
78	Hohlsteindecke „Reese“	Architekt G. Reese, Bordesholm, Feldstraße	Der Min. für Arbeit- Soziales u. Ver- triebene d. Landes Schleswig-Hol- stein. Az. IX 33a — 334/05. 1 Tgb. Nr. 2645/59 v. 13. 10 1959	31. 12. 1963
79	Stahlbeton-Plattenbalkendecke System „Uhlig“ Typ 54	Ing. W. E. Uhlig, Beton- und Stahlbau Ketsch/Krs. Mannheim	Innenminist. Baden-Württemberg Nr. V 6225/Uhlig/I v. 15. 10. 1959	15. 10. 1962
80	Lang-Füllkörperdecke	Joh. Lang, Architektur- u. Ingenieurbüro, Ingolstadt, Rathausplatz 11/III	Bayer. Staatsmin. d. Innern Nr. IV B 5 — 9129 D 560 v. 22. 10. 1959	31. 10. 1964
81	Stahlbeton-Hohlbalkendecke System „Kirchhoff“	Oberingenieur J. Kirchhoff, Wangen/Allgäu Leutkircherstr. 20	Innenminist. Baden-Württemberg Nr. V 6225 Kirchhoff, Josef v. 15. 9. 1959	30. 9. 1964
82	Spannbeton-Fertigteildecke System „Schill“	Otto Schill KG., Mosbach, Alte Neckarelzer Straße 13	wievor Nr. V 6225 Fa. Schill/III v. 1. 10. 1959	30. 9. 1964
83	Stahlbeton-Fertigteildecke —Heumarer-Decke—	Betonwerk Heumar Dipl.-Ing. Knoll & Co., Heumar, Bez, Köln	Der Min. f. Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen — II A 4 — 2. 420 Nr. 541/60 v. 5. 2. 1960	31. 3. 1963
84	Spannbeton-Fertigteildecke System „Lang“	Betonwerk Otto Lang KG., Mosbach, Alte Neckarelzer Straße 23	Innenminist. Baden-Württemberg Nr. V 6225 Fa. Lang / IV v. 10. 3. 1960	31. 3. 1965
85	Deckenplatten aus dampf- gehärtetem Gasbeton „Ytong-Salzgitter“ der Güte- klasse GSB 50	Steine u. Erden GmbH, Goslar/Harz	Der Niedersächs. Min. d. Finanzen 40 42 25 (4) v. 11. 1. 1960	31. 12. 1964
86	Spannbeton-Fertigteildecke „SFT“	Betonsteinwerk Paul Ensle, Heilbronn/N., Austraße 14	Innenminist. Baden-Württemberg Nr. V 6225 Fa. Ensle/III v. 10. 3. 1960	31. 3. 1965
87	Stahlbeton-Decke mit Gitterträgern und Zwischen- bauteilen	Bauing. Büro Paul Merrettig, Bottrop i. W., Kirchhellener Straße 56	Der Min. für Wiederaufbau d. Landes Nordrhein-Westfalen II A 4—2. 420 Nr. 543/60 v. 31. 3. 1960	31. 12. 1962
88	Vorgespannte Stahlstein- Fertigteildecke „STAHLTON“	Stahlton-Deckenwerk der Betonwarenfabrik Singen GmbH, Singen (Hohentwiel) Landkreis Konstanz	Innenminist. Baden-Württemberg Nr. V 6225 Betonwarenfabrik Singen/ I D, v. 13. 5. 1960	31. 3. 1965
89	Menzel-T-Balkendecke	Menzel-Stahlbetonbauteile GmbH, Elsterwerda, Uferstr. 1	Bayer. Staatsmin. d. Innern Nr. IV B 5 — 9129 D 626 v. 9. 12. 1959	31. 1. 1965
90	Stahlbetonbalkendecke System „Legiba“	Legiba-Decken Zentralbüro Karl H. Lehmann, Karlsruhe, Gartenstr. 44	Innenminist. Baden-Württemberg Nr. V 6225 Lehmann/43 v. 25. 10. 1956	verlängert bis 30. 9. 1964
B) Dachkonstruktionen				
11	Dachplatten aus dampfgehär- tetem Gasbeton „Ytong-Salz- gitter“ der Güteklasse GSB 35 und GSB 50	Steine u. Erden GmbH, Goslar/Harz	Der Niedersächs. Minister d. Finanzen — 40 42 28 (3) v. 11. 1. 1960	31. 12. 1964
C) Wandbauelemente				
33	Kalksand-Leichtsteine der Güteklasse KSL 25 und KSL 50	Emsländische Baustoffwerke GmbH & Co., KG., Haren/Ems	Der Niedersächs. Minister d. Finanzen — 40 42 26 (18) v. 27. 1. 1960	31. 12. 1964
34	Geschoßhohe „Celonit-Wandplatten“	Deutsche Porenbeton GmbH, Hamburg 11, Spitalerstr. 30	Freie und Hansestadt Hamburg — Bauordnungsamt — BOA 3 Az. St. Fa 1/77 v. 18. 6. 1954	verlängert bis 31. 12. 1964
D) Kaminformstücke				
14	Schornsteinformstücke (Kaminformsteine) für stärkere Feuerungen System „Grade“	Max Grade, Baustoffe, Ulm/Donau, Boschstr. 6	Innenminist. Baden-Württemberg Nr. V 6225 Grade, Max/II v. 15. 8. 1959	30. 9. 1964
15	Betonformstücke für Abgas- schornsteine System „Schwendilator“	Schwendilator, Joseph Schwend & Cie., Baden-Baden, Schwarzwaldstr. 43	wie vor Nr. V 6225 Schwend/IV v. 30. 12. 1959	31. 12. 1964
52	Betonrippenstahl „Bermi- ax“, schräggerippter Betonformstahl der Betonstahlgruppen I, IIa, IIIa und IVa	Eisenwerk Gesellschaft Maximilianshütte AG., Sulzbach-Rosenberg-Hütte Opf.	Bayer. Staatsmin. d. Innern Nr. IV B 5 — 9129 H 82 v. 15. 10. 1959	31. 12. 1964
53	Spanndrahtlitze St 160/180 aus 7 Drähten von 3,0 bis 4,0 mm Ø	Westfälische Union AG., für Eisen- und Drahtindustrie Hamm/Westfalen	Der Min. f. Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen II A 4—2. 420 Nr. 2253/59 v. 28. 9. 1959	31. 12. 1964
54	Geschweißte Bewehrungsmatte „Gerippte Baustahlmatte Retzlaff“	Retzlaff-Baustahlmatten GmbH, Dortmund-Hafen, Kipperstr. 2-6	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 3693/59 v. 3. 12. 1959	31. 12. 1964
55	„HI-BOND-Stahl-A“ mit schrägen, sichelförmigen Rippen	ARTEWEK Handelsges. f. Berg- u. Hütten-Erzeugnisse mbH, Köln, Subbelrather Straße 13	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 3042/59 v. 10. 12. 1959	31. 12. 1961

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Urkunde:	Geltungsdauer:
G) Verschiedenes				
a) Gerüste und Gerüstverbindungen				
78	Hängebockgerüst „Dott“	Dott & Co., Koblenz-Lützel, Brenderweg 110	Rheinl.-Pfalz Min. f. Finanzen und Wiederaufbau Tgb. Nr. V HB — 70 — 5 — 1/2050/59 v. 21. 7. 1959	31. 12. 1962
79	Schutzwandhalter System „Jakobi“	Erich Jakobi, Elmshorn (Holst.) Flammweg 118	Der Min. f. Arbeit, Soziales u. Vertriebene d. Landes Schleswig-Holstein Az. IX 33a — 334/05. 1 Tgb. Nr. 2650/59 v. 28. 10. 1959	31. 12. 1963
80	Stawa-Schalungsträger	Possehl Eisen u. Stahl GmbH, Lübeck, Posschlhaus	Der Min. f. Arbeit, Soziales u. Vertriebene d. Landes Schleswig-Holstein Az. IX 33a — 334/05. 1 Tgb. Nr. 2656 59 v. 28. 10. 1959	31. 12. 1963
81	Bau-Schnellverschluß „FLOTTFEST“	Gustav Muthmann, Dinslaken-Hiesfeld	Der Min. für Wiederaufbau d. Landes Nordrhein-Westfalen II A 4—2. 420 Nr. 3802/59 v. 10. 12. 1959	30. 11. 1964
82	Hünnebeck-Stahlprofil-Gerüst	Deutsche Stahllamelle Hünnebeck GmbH, Düsseldorf, Achenbachtstr. 5	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 82/60 v. 30. 1. 1960	31. 1. 1963
83	Normalkupplung WNK 10	Josef Wirtz & Co., GmbH, Rheydt, Geneickener Straße 43	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 343/60 v. 5. 2. 1960	31. 3. 1962
84	Zugfeste Kupplung WNK 10	Josef Wirtz & Co., GmbH, Rheydt, Geneickener Straße 43	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 344 60 v. 5. 2. 1960	31. 3. 1962
85	Schalungsträger „Peiner-Leichtträger“	Norddeutsche Maschinen- und Schraubenwerke AG, Peine	Der Niedersächs. Minister d. Finanzen — 40 42 10 Gr (80) — v. 14. 4. 1960	30. 4. 1965
86	Schutz- und Unterhaltungsgerüst	Adolf Knittel und Helmut Radek, Wanne-Eickel, Hauptstr. 35	Der Min. f. Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen Bauaufsicht II A 4—2. 420 Nr. 1268/60 v. 20. 4. 1960	31. 5. 1963
87	Arbeits- und Schutzgerüst für Dachdecker- und Klempnerarbeiten	Dachdeckermeister Franz Freund, Dortmund, Tremoniastr. 71	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 1121/60 v. 30. 4. 1960	30. 4. 1965
88	Normalkupplung „Mero“	Dr.-Ing. Max Mengerinhausen, Würzburg, Steinachstr. 5	Bayer. Staatsmin. d. Innern Nr. IV B 5 9129 F 185 v. 18. 12. 1959	30. 6. 1964
d) Feuerbeständige Türen				
3	Feuerhemmende Tür „Novopan“	Deutsche Novopan Gesellschaft mbH & Co., Göttingen	Der Niedersächs. Min. d. Finanzen — 40 42 10 (183) Versch. — v. 22. 7. 1959	31. 7. 1964
4	Feuerbeständige einflügelige Türen	Siegener Stahlbauten GmbH, Kreuztal, Kreis Siegen	Der Min. f. Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen II A 4—2. 420 Nr. 197/60 v. 10. 2. 1960	31. 3. 1965
e) Betonzusatzmittel				
73	Betonzusatzmittel Fluxit BV	Dr. Büchtemann & Co., Inh. Büchtemann u. Seiboldt, Hamburg-Wandsbek, Helbingstr. 60/62	Bauordnungsamt — BOA 3 — Az. St. Fa. IV/64 v. 24. 4. 1959	30. 4. 1962
74	Betonzusatzmittel „Fro-Be“ (Gr. LP)	Plastiment GmbH Karlsruhe, Erbprinzenstr. 31	Innenminist. Baden-Württemberg Nr. V. 6225 Plastiment/IV v. 1. 7. 1959	30. 6. 1964
75	Betonzusatzmittel Caltox-BV (Gr. BV)	Stoko-Bauchemie OHG, Kraatz & Adamek, Geretsried, Ldkrs. Wolfratshausen	Bayer. Staatsmin. d. Innern Nr. IV B 5 — 9129 F 123 v. 21. 8. 1959	31. 8. 1962
76	Betonzusatzmittel Caltox-LPV (Gr. LPV)	Stoko-Bauchemie OHG, Kraatz & Adamek, Geretsried, Ldkrs. Wolfratshausen	wie vor Nr. IV B 5 — 9129 F 124 v. 21. 8. 1959	31. 8. 1962
77	Betonzusatzmittel „Remberal-BV“	Rember-Chemische Fabrik, Inhaber Franz Hoppe, Hamburg-Wandsbek, Am Stadtrand 58-60	Bauordnungsamt BOA 3 — Az. St. Fa. IV/71 v. 1. 12. 1959	31. 12. 1963
78	Betonzusatzmittel „Rembertol-LP“	Rember-Chemische Fabrik, Inhaber Franz Hoppe, Hamburg-Wandsbek, Am Stadtrand 58-60	wie vor BOA 3 v. 2. 12. 1959	31. 12. 1963
79	Betonzusatzmittel „ZEMENTIN“ (Gr. DM)	Zementolwerk Nachf. G. Huber-Mayer, Echterdingen b. Stuttgart, Kronenstr. 6/11	Innenminist. Baden-Württemberg Nr. V 6225 Zementolwerk v. 15. 12. 1959	15. 12. 1964
80	Betonzusatzmittel „Vauron normal“ (Gr. LP)	E. Schwenk, Zementwerke GmbH, Ulm, Hindenburgring 11-15	wie vor Nr. V 6225 E. Schwenk/III v. 1. 10. 1959	30. 9. 1963

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Urkunde:	Geltungsdauer:
81	Betonzusatzmittel „Racopor“ (Gr. LPV)	R. Avenarius & Co., Chemische Fabiken, Stuttgart-Feuerbach, Heilbronner Straße 381	Innenminist. Baden-Württemberg Nr. V 6225 Avenarius/I v. 1. 10. 1959	30. 9. 1963
82	Betonzusatzmittel „Murasit 6/25“ (BV)	Organa-Bautenschutz GmbH, Bochum-Gerthe	Der Min. f. Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen II A 4—2. 420 Nr. 3028/59 v. 28. 10. 1959	30. 9. 1963
83	Betonzusatzmittel „Geboplast-Mischöl“ (LP)	Gebr. Bock OHG, Aachen, Brabantstr. 20/28	Der Min. f. Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen II A 4—2. 420 Nr. 2615/59 v. 9. 1. 1960	31. 1. 1964
84	Betonzusatzmittel „Isola-LP-AEA“	Isola-Bauteschutz Vertriebsgesellschaft mbH, Salzkotten/Westfalen	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 3/60 v. 4. 1. 1960	31. 1. 1964
85	Betonzusatzmittel „Isola-BV“	Isola-Bauteschutz Vertriebsgesellschaft mbH, Salzkotten/Westfalen	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 1600/59 v. 9. 1. 1960	31. 1. 1964
86	Betonzusatzmittel „Ceresit-Pulver“ (DM)	Wunnersche Bitumenwerke GmbH, Unna/Westfalen	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 849/60 v. 23. 3. 1960	30. 6. 1964
87	Betonzusatzmittel „Ceresit-Sperrbeton-Pulver“	Wunnersche Bitumenwerke GmbH, Unna/Westfalen	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 886/60 v. 23. 3. 1960	30. 6. 1964
88	Betonzusatzmittel „CEROC-LPV“	Wunnersche Bitumenwerke GmbH, Unna/Westfalen	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 895/60 v. 23. 3. 1960	30. 6. 1964
89	Betonzusatzmittel „Novoc-BV“	Wunnersche Bitumenwerke GmbH, Unna/Westfalen	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 896/60 v. 23. 3. 1960	30. 6. 1964
90	Betonzusatzmittel „Ceroc-LP-Mischöl“	Wunnersche Bitumenwerke GmbH, Unna/Westfalen	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 897/60 v. 23. 3. 1960	30. 6. 1964
91	Betonzusatzmittel „Rux-LPV“	Fritz Rethmeier Remminghausen/Detmold	wie vor II A 4—2. 420 Nr. 805/60 v. 31. 3. 1960	31. 3. 1963
92	Betonzusatzmittel „FRAMOSIT“ (DM)	Bauingenieur Franz Motzko Hildesheim	Der Niedersächs. Min. der Finanzen 40 42 10 — Bm — (67) v. 23. 3. 1960	31. 3. 1964
f) Sonstiges				
31	Spannverfahren „Züblin“	Bauunternehmung Ed. Züblin AG, Stuttgart-N., Jägerstr. 22	Innenminist. Baden-Württemberg Nr. V 6225 Züblin AG/1 v. 15. 8. 1959	30. 9. 1961
32	Spannverfahren „Heilit“	Heilmann & Littmann, Bau-Aktiengesellschaft, München 2, Weinstr. 8	Bayer. Staatsmin. d. Innern Nr. IV B 5 — 9129 F 129 v. 3. 10. 1959	31. 12. 1961
33	„Silbestos“ Spritzasbest als Ummantelung von belasteten Stahlstützen	Sprayed Insulations Limited, London, Central Wharf 18—40 Thomas Road Vertreter: Ernst Kluge, Hamburg Wandsbek, Wendemuthstr. 8-14	Bauordnungsamt BOA 3 Az. St. Fa. IV/74 v. 4. 12. 1959	31. 12. 1964
34	Spannverfahren Grün & Bilfinger	Grün & Bilfinger AG, Bauunternehmung, Mannheim, Karl-Reiss-Platz 1-5	Innenminist. Baden-Württemberg Nr. V 6225 Grün & Bilfinger AG, v. 31. 12. 1959	31. 12. 1964
35	Spannverfahren „Leoba S 66“	Dr.-Ing. F. Leonhardt, Dipl.-Ing. W. André Stuttgart-N., Lenzhalde 16	wie vor Nr. V 6225 Dr. Leonhardt/V. v. 30. 3. 1960	31. 3. 1965
36	Stahlbeton-Fertigteiltreppe System „Bürkle“	Betonwerk Karl Bürkle, Schmiden (Ldkrs. Waiblingen), Fellbacher Straße 68-70	wie vor Nr. V 6225 Fa. Karl Bürkle v. 31. 3. 1960	31. 12. 1963
37	Vorgespannter Stahlstein-Fertigteilsturz System „STAHLTON“	Stahlbeton-Deckenwerk der Betonwarenfabrik Singen GmbH, Singen (Hohentwiel) Landkreis Konstanz	wie vor Nr. V 6225 Betonwarenfabrik Singen/I — S v. 16. 5. 1960	31. 3. 1965
38	Dywidag-Spannverfahren (6 t)	Dyckerhoff & Widmann KG, München Lessingstr. 9	Bayer. Staatsmin. d. Innern Nr. IV B 5 9129 F 160 v. 21. 10. 1959	31. 12. 1961
39	Spannverfahren „BBRV“	Süddeutsche Spannbeton GmbH, Augsburg, Bergmühlstr. 21	wie vor Nr. IV B 5 — 9129 F 167 v. 17. 11. 1959	31. 12. 1961
40	Nagelverbindung System „Greim“	Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Greim-Bauweise, Geschäftsführung Dipl.-Ing. H. Brunotte, Hildesheim, Steuerwalderstr. 86	wie vor Nr. IV B 5 — 9151/2—9 v. 29. 2. 1960	31. 3. 1965

967**Verleihung des Enteignungsrechts an den Landkreis Hanau — Kreiswerke Hanau — zur Sicherstellung der Wasserversorgung der Stadt Windecken und acht weiterer Gemeinden**

Die Hessische Landesregierung hat am 20. September 1960 beschlossen:

Dem Landkreis Hanau — Kreiswerke Hanau —, vertreten durch den Kreisausschuß, wird gemäß § 2 des preuß. Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. 7. 1874 (GS. S. 221) das Recht verliehen,

zur Sicherstellung der Wasserversorgung der Stadt Windecken und acht weiterer Gemeinden im Landkreis Hanau das Eigentum an folgendem, in der Gemarkung Butterstadt, Landkreis Hanau, belegenen Grundstück zu erwerben, soweit es für die Verbesserung der Wasserversorgung erforderlich ist,

Flur 1, Flurstück 285/73, „An der großen Quelle“
Größe 20 Ar, 61 qm

— eingetragen im Grundbuch von Butterstadt, Band 3, Blatt Nr. 73.

Eigentümerin: Franziska Koschwanez, geb. Jung, wohnhaft in 649 North Holliston Pasadena 4 California, USA.

Gleichzeitig wird auf Grund des § 1 des preuß. Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. 7. 1922 (GS. S. 211) bestimmt, daß die Vorschriften dieses Gesetzes bei der Ausübung des vorstehend verliehenen Enteignungsrechts anzuwenden sind.

Wiesbaden, 27. 9. 1960

Der Hessische Minister des Innern
IIc — 796 — 24/60 — 3
StAnz. 41/1960 S. 1220

968**Anerkennung von Atemschutzgeräten für den Feuerwehrdienst**

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat mir mit Schreiben vom 7. September 1960 — III a 3/224 — 1945/60 — mitgeteilt, daß er auf Grund der vorgelegten Prüfbescheinigung der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen in Essen-Kray vom 3. August 1960 das nachstehend näher bezeichnete Sauerstoffschutzgerät als Atemschutzgerät für den Feuerlöschdienst anerkannt hat.

Prüfungsbescheinigung Nr. 1/60 GG**Kennzeichnung**

Gegenstand: Kreislaufgerät mit Drucksauerstoff

Hersteller: Auergesellschaft GmbH, Berlin (West) N 65

Benennung: Sauerstoffschutzgerät Auer MR 58/150

Füllung des Geräts: 150 l Sauerstoff.

972**Der Hessische Minister der Finanzen****Anrechnung eines Kriegsjahres für die Teilnahme am zweiten Weltkrieg**

Gemäß § 3 Abs. 4 Nr. 1 des Zweiten Angleichungsgesetzes bzw. § 181 Abs. 5 Nr. 1 BBG erhöht sich die ruhegehaltfähige Dienstzeit um die nach bisherigem Recht anrechenbaren Kriegsjahre für die Teilnahme an kriegerischen Unternehmungen vor 1914 und an dem ersten und zweiten Weltkrieg.

Nach der VV Nr. 4 Abs. 3 zu § 181 BGB, die auch sinngemäß für die Durchführung des § 3 Abs. 4 Nr. 1 des Zweiten Angleichungsgesetzes gilt, ist von den Kriegsjahren des zweiten Weltkrieges 1939—1945 nur eines dieser Jahre auf die ruhegehaltfähige Dienstzeit anzurechnen, und zwar das Jahr, in dem der Beamte infolge einer Beschädigung bei besonderem Einsatz den Tod oder vor dem Feind

in Anwendung der Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung, Zulassung bzw. Anerkennung von Feuerlöschgeräten (StAnz. 1956 S. 1203) gilt diese Zulassung auch für den Bereich des Landes Hessen.

Wiesbaden, 21. 9. 1960

Der Hessische Minister des Innern
IVe (Brandschutz) Az. 65e.04-01
StAnz. 41/1960 S. 1220

969**Genehmigung einer Flagge der Stadt Allendorf im Landkreis Marburg, Regierungsbezirk Kassel**

Der Stadt Allendorf im Landkreis Marburg, Regierungsbezirk Kassel, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das Recht zur Führung einer Flagge genehmigt worden.

Die Flagge besteht aus einem oberen blauen und einem unteren gelben Querstreifen in gleicher Breite.

Wiesbaden, 21. 9. 1960

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 06 — 17/60
StAnz. 41/1960 S. 1220

970**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Burgsolms im Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Wiesbaden**

Der Gemeinde Burgsolms im Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. Seite 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

Wappenbeschreibung: „In einem rotgequaderten Schild ein goldener Schrägbalken, belegt mit einem rotbewehrten blauen Löwen.“

Wiesbaden, 27. 9. 1960

Der Hessische Minister des Innern
IV b 2 — 3 k 06 — 17/60
StAnz. 41/1960 S. 1220

971**Genehmigung einer öffentlichen Sammlung**

hier: Konferenz der Caritasverbände in Hessen, Fulda

Ich habe der Konferenz der Caritasverbände in Hessen, Fulda, Wilhelmstraße 2, auf Grund des Sammlungsgesetzes vom 5. 11. 1934 (RGBl. I S. 1086) und der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung vom 14. 12. 1934 (RGBl. I S. 1250) die Genehmigung erteilt, im Lande Hessen in der Zeit

vom 30. November bis 5. Dezember 1960

eine Geldsammlung von Haus zu Haus sowie auf öffentlichen Straßen und Plätzen durchzuführen.

Wiesbaden, 28. 9. 1960

Der Hessische Minister des Innern
IId 4 — 21 f 04 — C 1/60
StAnz. 41/1960 S. 1220

eine Verwundung erlitten hat, die seine Versetzung in den Ruhestand zur Folge gehabt hat.

Die Auslegung der vorgenannten Rechtsbegriffe „bisheriges Recht“ und „bei besonderem Einsatz“ hat in der Praxis zu unterschiedlichen Entscheidungen geführt. Zur Klarstellung wird auf folgendes hingewiesen:

Als bisheriges Recht zur Anrechnung eines Kriegsjahres für die Teilnahme am zweiten Weltkrieg kommen § 83 DBG i. V. mit den Erlassen des Reichsministers der Finanzen vom 29. 6. 1940 (RBB S. 195) und vom 12. 7. 1940 (RBB S. 202) sowie vom 12. 8. 1941 (RBB S. 225), 26. 2. 1942 (RBB S. 50), 20. 2. 1943 (RBB S. 45) und vom 24. 3. 1944 (RBB S. 94), die er im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern als Ergänzung zu den in den Jahren 1939—1944 ergangenen Erlassen des Oberkommandos der Wehrmacht über die Hin-

zurechnung von Kriegsjahren zur ruhegehaltfähigen Dienstzeit bekanntgegeben hat, in Frage.

§ 83 ließ eine erhöhte Anrechnung von Kriegsdienstzeiten an sich nicht zu. Für die Anwendung dieser Vorschrift bedurfte es zunächst einer Regelung für die Angehörigen der Wehrmacht. Diese Regelung ist bis Kriegsende nicht getroffen worden (§ 5 WFG, § 33 EWFG). Die Anrechnung von Kriegsjahren für die Teilnahme am zweiten Weltkrieg ist vielmehr, wie vorstehend erwähnt, jeweils durch einen besonderen Erlaß des Oberkommandos der Wehrmacht angeordnet worden. Um die Anwendung der OKW-Erlasse auch für die Beamten zu ermöglichen, bedurfte es außerdem der vorgeordneten besonderen Erlasse des Reichsministers der Finanzen.

Die Anrechnung eines Kriegsjahres ist deshalb nur möglich, wenn der Tod des Beamten die Folge einer als Soldat erlittenen Beschädigung bei besonderem Einsatz war oder der Beamte infolge einer in den Jahren 1939 bis 1945 als Soldat vor dem Feind erlittenen Verwundung dienstunfähig geworden und deshalb in den Ruhestand versetzt worden ist oder später versetzt werden muß, für das Jahr, in dem der Beamte im besonderen Einsatz verstorben ist oder verwundet wurde. Diese Auslegung ergibt sich aus den o. a. Ergänzungserlassen des Reichsministers der Finanzen, in denen für die sinngemäße Anwendung der OKW-Erlasse für die gesamte zivile Verwaltung ausdrücklich auf § 83 DBG Bezug genommen worden ist. Hiernach kann es sich bei dem „besonderen Einsatz“ auch nur um einen solchen als Soldat handeln. Eine Anrechnung eines Kriegsjahres ist z. B. dann nicht möglich, wenn ein Zivil- oder Polizeibeamter im Luftschutzeinsatz stand und dabei eine Beschädigung erlitten hat.

Wiesbaden, 16. 9. 1960

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1607 A — 987 — I 54
StAnz. 41/1960 S. 1220

974

Ausdehnung des Rahmenvertrages betr. die Regreßhaftpflichtversicherung für die Fahrer von Dienstkraftfahrzeugen des Landes Hessen auf die Fahrerrechtsschutzversicherung

Der in meinem Erlaß vom 2. 9. 1958 (StAnz. S. 1147) wiedergegebene Rahmenvertrag mit der Gothaer Allgemeinen Versicherung AG ist auf die Fahrerrechtsschutzversicherung ausgedehnt worden.

Ich gebe den Nachtrag vom 25. 8. 1960 zum Rahmenvertrag vom 20./21. 8. 1958, wie aus der Anlage ersichtlich, bekannt und bitte, die nachgeordneten Dienststellen entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 26. 9. 1960

Der Hessische Minister der Finanzen
O 1408 A — 6 — I/81
StAnz. 41/1960 S. 1221

Abschrift Anlage
1. Nachtrag

Das Land Hessen

vertreten durch den Hessischen Minister der Finanzen und die

D.A.S. Gothaer Allgemeine
Deutscher Automobil Schutz Versicherung AG,
Allgemeine Rechtsschutz- Göttingen, Gothaer Platz 7
Versicherungs-AG, München 22, (nachstehend kurz
Prinzregentenstraße 14 „Gothaer Allgemeine“
(nachstehend kurz „DAS“ genannt)

als federführende Gesellschaft für die beteiligten Gesellschaften

vereinbaren mit Wirkung vom 1. Oktober 1960 an folgende Ergänzungen und Änderungen zum Rahmenvertrag zwischen dem Land Hessen und der Gothaer Allgemeine Versicherung AG vom 20./21. August 1958:

Artikel 1

Die DAS gewährt den Fahrern von Dienstkraftfahrzeugen des Landes Hessen nach Maßgabe der beigefügten Allgemeinen Bedingungen für Rechtsschutzversicherung (ARB) sowie der hierzu bestehenden Sonderbedingungen eine Rechtsschutzversicherung (Fahrerrechtsschutz) entsprechend § 1 Abs. 2 Ziffer 2 ARB, beschränkt auf das Führen von Dienstkraftfahrzeugen.

Der Rechtsschutz für die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen, die sich auf das Kraftfahrzeug selbst beziehen, ist nicht eingeschlossen.

Artikel 2

Der Beitrag beträgt einschließlich Versicherungssteuer und -kosten je Monat und für jeden Fahrer DM —,80.

Die Deckungssumme beträgt je Schadenereignis DM 25 000,— einschließlich der passiven Nebenklage im Strafverfahren.

Wiesbaden, 25. 8. 1960

Der Hessische Minister der Finanzen
In Vertretung
gez. Dr. Krauß

Göttingen, 25. 8. 1960

Gothaer Allgemeine
Versicherung AG
gez. Dr. Winter gez. Dreger
München, 25. 8. 1960

DAS
Deutscher Automobil Schutz
Allgemeine Rechtsschutz Versicherungs-AG
gez. Ed. Schmidt gez. Dr. Ullrich

973

Bildung von Buchungsabschnitten in den Rechnungslegungsbüchern (§ 11 Abs. 1 RRO)

Bezug: Meine Runderlasse vom 15. 12. 1948 — StAnz. Seite 563, vom 5. 5. 1951 — StAnz. S. 256, vom 8. 10. 1954 — StAnz. S. 1088

Um die Buchführung der staatlichen Kassen zu vereinfachen, ist mit Zustimmung des Rechnungshofs nach den Bezugserrlassen zugestanden worden, daß bei den Verwaltungseinnahmen und -ausgaben des ordentlichen Haushalts für die in den Erläuterungen zum Haushaltsplan gebildeten Unterteile von Titeln besondere Buchungsabschnitte nicht eingerichtet zu werden brauchen.

Das gilt nicht,

1. wenn die Zahlenangaben in den Erläuterungen bindend sind (§ 34 Abs. 1 RHO, § 6 Abs. 13 RWB, § 11 RRO),
2. wenn aus den in den Erläuterungen zum Haushaltsplan veranschlagten Beträgen eines unterteilten Einnahmetitels Haushaltsausgaben nach einem Haushaltsvermerk in bestimmter Höhe geleistet werden dürfen.

In diesen Ausnahmefällen sind nach § 11 Abs. 1 RRO Buchungsabschnitte in den Titelnbüchern zu bilden.

Durch die Ausnahme zu 2. können die Rechnungsprüfungsbehörden überwachen, daß die einem Ausgabeansatz zugeführten Einnahmen auch tatsächlich aufgekommen sind und daß ungedeckte Ausgaben nicht geleistet werden.

Die Kassen haben die Titelnbücher schon angelegt, wenn ihnen die Kassenanschläge oder Teileinzelpläne übersandt werden. Es ist daher notwendig, daß die anweisenden Stellen rechtzeitig vor Beginn des Rechnungsjahres die zuständige Kasse — falls dieser nicht schon Buchungspläne zugegangen sind — im Sinne der vorstehenden Absätze unterrichten. Die Annahmearrangungen sind entsprechend zu kennzeichnen.

Wiesbaden, 22. 9. 1960

Der Hessische Minister der Finanzen
H 3001 — III/91
StAnz. 41/1960 S. 1221

975

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

Unterrichtsgeldfreiheit

hier: Verbürgung der Gegenseitigkeit mit dem Lande Bremen

Auf Grund der Bestimmungen des § 5 Abs. 2 der Verordnung über Unterrichtsgeldfreiheit und Erziehungsbeihilfen vom 13. August 1950 (GVBl. S. 157) i. d. F. vom 17. Mai 1951 (GVBl. S. 36) wird bekanntgemacht:

Im Lande Bremen ist vom 1. April 1960 ab Gegenseitigkeit im Sinne der Bestimmungen des § 3 Satz 2 des Gesetzes über Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit vom 16. Februar 1949 (GVBl. S. 18) i. d. F. vom 17. Juli 1951 (GVBl. S. 43) für den Besuch aller öffentlichen Schulen verbürgt.

Ebenso ist Gegenseitigkeit der Lernmittelfreiheit verbürgt.

Wiesbaden, 11. 9. 1960

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
VI/3 — 850/26 — 60

StAnz. 41/1960 S. 1222

976

SATZUNG
der

**Staatlichen Hochschule für bildende Künste
(Werkakademie) Kassel**

§ 1

(1) Die Staatliche Hochschule für bildende Künste (Werkakademie) Kassel nimmt Tradition und Tätigkeit der am 18. Oktober 1777 gegründeten Kunstakademie in neuer Form als hessische Kunsthochschule wieder auf.

(2) Die Hochschule hat die Aufgabe, Studierende, die eine handwerkliche oder fachliche Vorbildung besitzen, in allen Arten künstlerischer Gestaltung auszubilden. Es obliegt ihr die Ausbildung der Bewerber für das Künstlerische Lehramt.

§ 2

- (1) Die Hochschule ist eine Einrichtung des Landes Hessen.
- (2) Sie führt als Dienstsiegel das kleine Landessiegel.

§ 3

Die Hochschule steht unter der Aufsicht des Ministers für Erziehung und Volksbildung.

§ 4

- (1) An der Hochschule bestehen
- a) eine Abteilung für die künstlerische Ausbildung mit Klassen für Vorlehre, für Architektur, Malerei, Graphik und Bildhauerei,
 - b) eine Abteilung für Kunsterziehung und freie Formgebung mit Werkstätten für Holzgestaltung, Keramik, Buchbinderei und Maltechnik, sowie mit Lehrgängen für Unterrichtsgestaltung, für Nadelarbeit, Flechten und Weben,
 - c) eine allgemeine Abteilung für Kunst- und Kulturgeschichte, Pädagogik, Philosophie, politische Bildung, Sozialkunde, Literatur und Religionslehre (evang. und kath.).

(2) Über die Einrichtung weiterer Abteilungen, Klassen, Werkstätten und Lehrgänge, sowie über die Schließung oder Umwandlung bestehender Abteilungen, Klassen, Werkstätten und Lehrgänge entscheidet der Minister für Erziehung und Volksbildung nach Anhörung der Hochschule. Das gleiche gilt, wenn von dritter Seite Mittel für die Erweiterung oder Ergänzung der Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

§ 5

Organe der Hochschule sind:

- a) der Direktor,
- b) das Kollegium,
- c) der Beirat.

§ 6

(1) Der Direktor und sein Stellvertreter werden vom Minister für Erziehung und Volksbildung für die Dauer von

drei Jahren auf Vorschlag des Kollegiums aus dessen beamteten Mitgliedern bestellt. Die Vorschläge beruhen auf geheimer Wahl durch das Kollegium. Wiederholte Bestellung und Wiederwahl sind zulässig.

(2) Der Direktor leitet und verwaltet die Hochschule. Im Rahmen seiner Leitungs- und Verwaltungsaufgabe ist er gegenüber den Lehrkräften weisungsbefugt. Er ist Vorgesetzter der Verwaltungskräfte der Hochschule.

§ 7

(1) Das Kollegium besteht aus den beamteten Lehrkräften und den Leitern der in § 4 Abs. 1b genannten Werkstätten, auch wenn sie nicht Beamte sind. Es kann sich durch Hinzuwahl von höchstens drei Lehrbeauftragten erweitern.

(2) Das Kollegium entscheidet über die Aufstellung der Studienpläne, die Verteilung der Hochschulräume und Werkstätten, über die Abhaltung von Veranstaltungen sowie in jenen Fällen, die ihm durch diese Satzung oder durch die Ordnungen der Hochschule zur Entscheidung zugewiesen sind.

(3) Das Kollegium ist vom Direktor in allen allgemeinen Unterrichts- und Studienangelegenheiten zu hören. Das gleiche gilt für Angelegenheiten, die dem Beirat zur Stellungnahme vorzulegen sind.

(4) Der Direktor oder sein Stellvertreter beruft das Kollegium mindestens zweimal im Semester ein und leitet die Sitzungen als Vorsitzender. Die Mitglieder des Kollegiums sind verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen. Über jede Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen und zu den Akten zu bringen ist.

(5) Das Kollegium ist beschlußfähig, wenn zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 8

Das Kollegium unterbreitet dem Minister für Erziehung und Volksbildung Vorschläge für die Berufung von Lehrkräften und für die Erteilung von Lehraufträgen. Die unveränderte Verlängerung eines Lehrauftrages erfolgt durch den Direktor nach Anhörung des Kollegiums.

§ 9

Die Lehrkräfte nehmen ihre Tätigkeit in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Studienpläne und ihres besonderen Auftrages wahr. Sie werden ihren Lehrauftrag nur dann voll erfüllen können, wenn sie sich darüber hinaus künstlerisch oder wissenschaftlich frei betätigen.

§ 10

(1) Bei der Hochschule wird ein Beirat gebildet. Seine Mitglieder sind:

- a) der Minister für Erziehung und Volksbildung oder ein von ihm benannter Vertreter als Vorsitzender,
- b) der Regierungspräsident in Kassel,
- c) der Oberbürgermeister der Stadt Kassel,
- d) zwei Abgeordnete des Hessischen Landtags,
- e) je ein Kunsterzieher, ein freischaffender bildender Künstler und ein freischaffender Architekt,
- f) bis zu fünf Persönlichkeiten des Kultur- und Wirtschaftslebens.

(2) Die Abgeordneten werden vom Hessischen Landtag für die Dauer der Legislaturperiode bestimmt. Die Mitglieder zu e) und f) werden auf Vorschlag des Kollegiums vom Minister für Erziehung und Volksbildung auf die Dauer von drei Jahren berufen. Sie sollen mit der Aufgabe der Hochschule vertraut sein. Wiederberufung ist zulässig.

(3) Der Regierungspräsident und der Oberbürgermeister können für den Fall ihrer Verhinderung einen ständigen Vertreter benennen. Der Landtag bestimmt die ständigen Stellvertreter der Abgeordneten. Die in Abs. 1e) und f) genannten Mitglieder können sich nicht vertreten lassen.

(4) Der Direktor, sein Stellvertreter und ein weiteres vom Kollegium bestimmtes Mitglied des Kollegiums nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.

§ 11

(1) Der Beirat soll in grundsätzlichen und wichtigen Angelegenheiten der Hochschule gehört werden, insbesondere bei

- a) Aufstellung des Haushaltsplanes,
- b) Bauangelegenheiten größeren Ausmaßes,
- c) Satzungs- und Organisationsangelegenheiten,
- d) Studienplanfragen von grundsätzlicher Bedeutung,
- e) Errichtung neuer sowie Schließung oder Umwandlung bestehender Abteilungen, Klassen, Werkstätten und Lehrgänge.

(2) Der Beirat kann von sich aus Anregungen und Vorschläge unterbreiten.

§ 12

Der Vorsitzende beruft den Beirat nach Bedarf ein. Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder gefaßt. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Über jede Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen und zu den Akten der Hochschule zu bringen ist.

§ 13

Zur Regelung der studentischen Selbstverwaltung gibt sich die Studentenschaft eine Satzung, die der Zustimmung des Kollegiums und der Bestätigung des Ministers für Erziehung und Volksbildung bedarf.

§ 14

Der Direktor erläßt im Einvernehmen mit dem Kollegium eine Studienordnung und eine Hausordnung. Beide Ordnungen bedürfen der Bestätigung des Ministers für Erziehung und Volksbildung.

§ 15

Die Satzung tritt am 1. Oktober 1960 in Kraft.

Wiesbaden, 8. 9. 1960

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
V/2 — 731/0 — 60

StAnz. 41/1960 S. 1222

977

Gebührenerlaßordnung für die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen

vom 20. September 1960

(Gebührenerlaßordnung für die vier wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen

vom 18. 9. 1956 — Amtsblatt Seite 459—461

vom 18. 1. 1958 — Amtsblatt Seite 68

vom 2. 7. 1958 — Amtsblatt Seite 269

Gebührenerlaß bei den vier wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen

vom 20. 4. 1959 — Amtsblatt Seite 212

Gebührenerlaß; hier: Ersatzgeld

vom 15. 7. 1959 — im Amtsblatt nicht veröffentlicht —

Gebührenordnung für die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen

vom 8. 3. 1957 — Amtsblatt Seite 631—636).

1.

(1) Studenten können auf Antrag — ohne Rechtsanspruch — ganz oder teilweise Gebührenerlaß erhalten, gegebenenfalls in Vierteln jeweils auf volle Deutsche Mark ab- oder aufgerundet.

(2) Der Gebührenerlaß erstreckt sich auf die Studiengrundgebühr, das Unterrichtsgeld, das Ersatzgeld und die Gebühr für die praktische Ausbildung in der Leibeseziehung. Den Studenten, die Unterrichtsgeldfreiheit genießen, kann das Ersatzgeld allein erlassen werden.

2.

(1) Gebührenerlaß wird gewährt, wenn der Bewerber bedürftig ist, gute Leistungen nachweist und einer Förderung nicht unwürdig erscheint.

(2) Außerdem soll der Bewerber das Fachgebiet, für dessen Veranstaltungen er Erlaß beantragt, mindestens zwei Semester ordnungsgemäß studiert haben. Hiervon kann abgesehen werden, wenn zu erwarten ist, daß sich der Bewerber in seinem Studium besonders bewähren wird.

3.

(1) Der Gebührenerlaß bezieht sich auf das laufende Semester. Er kann bis zum Abschluß eines normalen Studiums gewährt werden, darüber hinaus in Einzelfällen nur dann, wenn sich der Bewerber besonders bewährt hat und die Verlängerung des Studiums für das Studienziel erforderlich ist.

(2) Bei Studienwechsel sollen die Gründe hierfür besonders geprüft werden, bevor der Gebührenerlaß erteilt wird.

(3) Studenten, die bereits ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, soll kein Gebührenerlaß gewährt werden, es sei denn, daß das zweite Studium für den angestrebten Beruf, insbesondere eine wissenschaftliche Laufbahn, sinnvoll ist.

4.

Das Gesuch um Gebührenerlaß ist auf einem Formblatt — Förderungsantrag — bei der Geschäftsführung des Studentenwerks innerhalb der Fristen, die für die Studienförderung gelten, einzureichen. Dem Gesuch sind Nachweise über Einkommen, Vermögen, Eignung und das ausgefüllte Studienbuch beizufügen. Das Studentenwerk sorgt für etwa notwendige Ergänzungen der Gesuche und legt sie dann unverzüglich mit seiner eigenen Stellungnahme den Förderungsausschüssen oder -Referenten der Fakultäten vor.

5.

Das Studentenwerk beurteilt die Bedürftigkeit der Bewerber, die Förderungsausschüsse oder -Referenten der Fakultäten die Eignung. Danach werden die Gesuche dem Ausleseausschuß — § 20 der Verordnung vom 13. 8. 1950 — zur Entscheidung vorgelegt.

Die Förderungsreferenten der Fakultäten und der Beauftragte des Studentenwerks nehmen an den Beratungen des Ausschusses teil.

6.

Die Entscheidung des Ausleseausschusses ist endgültig; er kann ein bereits bearbeitetes Gesuch erneut beraten, wenn sich Tatsachen ergeben oder bekannt werden, die bei der ersten Entscheidung nicht berücksichtigt werden konnten.

7.

Die Gebührenerlaßordnung tritt am 1. 11. 1960 in Kraft. Sie hebt die Erlasse vom 18. 9. 1956, 18. 1. 1958, 2. 7. 1958 und vom 15. 7. 1959 auf.

Wiesbaden, 20. 9. 1960

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
IV/2 — 495/1 — 246 — 60

StAnz. 41/1960 S. 1223

978

Schulbeiträge

hier: Pauschbeträge nach § 21 Abs. 3 des Schulkostengesetzes für die Rechnungsjahre 1960 und 1961

Bezug: Verwaltungsanordnungen vom 9. 3. 1956 (StAnz. Seite 285), vom 17. 4. 1958 (StAnz. S. 508) und vom 6. 11. 1959 (StAnz. S. 1329)

Auf Grund des § 35 des Schulkostengesetzes vom 10. 7. 1953 (GVBl. S. 126) in der Fassung des Ersten Änderungsgesetzes vom 15. 7. 1958 (GVBl. S. 76) wird aus den Gründen, die bereits zur Anordnung vom 6. 11. 1959 geführt haben, im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister der Finanzen angeordnet:

Die durch Verwaltungsanordnung vom 9. 3. 1956 festgesetzten pauschalen Schulbeiträge für Volksschulen, Mittelschulen, Berufsschulen, Gymnasien und Berufsfachschulen gelten auch für Rechnungsjahre 1960 und 1961.

Für das verkürzte Rechnungsjahr 1960 dürfen nur 75 v. H. der geltenden Pauschsätze erhoben werden.

Wiesbaden, 19. 9. 1960

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
III/32 — 393/0 — 60

StAnz. 41/1960 S. 1223

979

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel und Wiesbaden

An den
Herrn Präsidenten des Landesarbeitsgerichts
Frankfurt (Main)

An den
Herrn Präsidenten des Hessischen Landessozialgerichts
Darmstadt

An den
Herrn Direktor des Landesversorgungsamtes Hessen
Frankfurt (Main)

Übertragung von Befugnissen gemäß § 4 Abs. 2 Ziff. 2 der VO über die Ernennung, Einstellung und Entlassung der Beamten und Angestellten des Landes Hessen vom 11. 9. 1952 i. d. F. der Änderungsverordnung vom 7. 9. 1955 (GVBl. S. 53)

Bezug: Mein Erlaß vom 16. Juli 1960 — M — Z 2 — 10 d 04 — 01 — Tgb.-Nr. Allg. 156/60 — Abschnitt IV

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und der Beschleunigung übertrage ich im Einvernehmen mit den Leitern der mir unmittelbar nachgeordneten Behörden das Recht der Einstellung von Schreibkräften der Vergütungsgruppen X bis VIII TOA sowie das Recht der Einstellung von Arbeitern auf die nachstehend aufgeführten örtlichen Dienststellen meines Geschäftsbereichs:

- A) In der Versorgungsverwaltung:
auf die Leiter der Versorgungsämter, auf die Leiter der orthopädischen Versorgungsstellen, auf die Leiter der versorgungszärztlichen Untersuchungsstellen, auf die Leiter der Versorgungskuranstalten
- B) In der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit:
auf die dienstaufsichtsführenden Richter der Arbeitsgerichte und der Sozialgerichte
- C) Im Geschäftsbereich der Regierungspräsidenten Darmstadt, Kassel und Wiesbaden:
auf die Leiter der Technischen Überwachungsämter, auf die Leiter der Gewerbeaufsichtsämter, auf die Leiter der Staatlichen Medizinischen Untersuchungsämter, auf die Leiter der Staatlichen Chemischen Untersuchungsämter, auf die Leiter der Staatlichen Veterinär-Untersuchungsämter.

Jeder Dienststellenleiter ist verpflichtet, eingehend zu prüfen, ob der Arbeitsanfall die Wiederbesetzung einer freigewordenen Stelle für eine Schreibkraft im Hinblick auf eine sparsame Haushaltsführung rechtfertigt. Dieser Erlaß tritt mit seiner Veröffentlichung im Staats-Anzeiger in kraft.

Wiesbaden, 21. 9. 1960

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Z 2 — 10 d 04 — 01 — Tgb.-Nr. Allg. 156/60

StAnz. 41/1960 S. 1224

980

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Flurbereinigung Steinbach, Krs. Limburg

Flurbereinigungsbeschuß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 — wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Steinbach, Krs. Limburg, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung einschließlich des Waldes festgestellt.

Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von rd. 615 ha. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil des Beschlusses bildet, durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Steinbach, Krs. Limburg, mit dem Sitz in Steinbach.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 o. a. Gesetzes aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Limburg/Lahn, Gymnasiumsplatz 2, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 des FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;

b) wenn Brunnen, Bauwerke, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 des FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und in den Gemeinden Ahlbach, Dehrn, Hadamar, Niederweyer, Offheim, Oberiefenbach und Oberweyer öffentlich bekanntgegeben. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern der vorgenannten Gemeinden 2 Wochen lang ausgelegt.

Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Gutenbergplatz 1, als obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden.

Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu klären. Er muß als solcher bezeichnet werden und einen bestimmten Antrag enthalten. Die Widerspruchspunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 29. 8. 1960

Landeskulturamt

Az.: WF 269 — G.Nr. 28547/60

StAnz. 41/1960 S. 1224

981

Beschleunigte Zusammenlegung Selters, Krs. Oberlahn

Zusammenlegungsbeschluß

Auf Grund des § 93, Abs. 2 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 ff — wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung der Grundstücke der Gemarkung Selters, Kreis Oberlahn, wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet wird die gesamte Gemarkung mit Ausnahme der aus der Anlage 1 ersichtlichen Grundstücke festgestellt.

Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe von rd. 270 ha. Die Grenzen dieses Gebietes sind auf der Gebietskarte, welche einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen, die ausgeschlossenen Teile durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer an dem beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmerschaft der beschleunigten Zusammenlegung von Selters mit dem Sitz in Selters, Krs. Oberlahn.“

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Durchführung der Zusammenlegung gemäß § 93 ff des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 — schließt die Durchführung eines späteren Flurbereinigungsverfahrens nicht aus.

5. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Limburg/Lahn, Gymnasiumsplatz Nr. 2, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechts muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

6. Nach § 34 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollten;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

7. Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Kulturamt in Limburg/Lahn, Gymnasiumsplatz 2, als Flurbereinigungsbehörde erhoben werden.

Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Kulturamt zu erklären, Er muß als solcher bezeichnet werden und einen bestimmten Antrag enthalten. Die Widerspruchspunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

8. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und in den Gemeinden Selters, Biskirchen, Drommershausen, Ahausen und Löhnberg öffentlich bekanntgegeben. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Ein-

sichtnahme durch die Beteiligten auf den Bürgermeisterämtern der Gemeinden Selters, Biskirchen, Drommershausen, Ahausen und Löhnberg zwei Wochen lang ausgelegt.

Limburg, 9. 9. 1960

Der Kulturamtsvorsteher

WF 276 — Z —

StAnz. 41/1960 S. 1225

Anlage 1

Verzeichnis

der vom Zusammenlegungsverfahren ausgeschlossenen Flurstücke.

Flur 24 ganz	Flur 25 ganz	Flur 26 ganz
Flur 36 Flurstücke 1—5	46 tlw.	Flur 37 ganz
	30—33	Flur 38 Flurstücke 59
	34/1	67
	34/2	68
	35/1	Flur 39 Flurstück 64
	35/2	Flur 40 Flurstück 207/44
	36/1	
	36/2	
	37—41	
	45	

982

Flurbereinigung Bleidenstadt, Untertaunuskreis

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Bleidenstadt/Taunus wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die in der Anlage 1 aufgeführten Flurstücke der Gemarkung Bleidenstadt/Taunus festgestellt. Das Flurbereinigungsgebiet ist auf der Gebietskarte durch einen grünen, das ausgeschlossene Gebiet durch einen orange Farbstreifen gekennzeichnet und hat eine Größe von rund 707 ha.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Bleidenstadt/Taunus“ mit dem Sitz in Bleidenstadt/Taunus.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Wiesbaden, Schützenhofstraße 3, anzumelden.

Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen.

Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in den Gemeinden Bleidenstadt/Ts., Born/Ts., Hahn/Ts., Seitzenhahn/Ts., Watzhahn/Ts., Wingsbach/Ts. und der Stadtgemeinde Wiesbaden öffentlich bekanntgemacht.

Außerdem erfolgt die Veröffentlichung im „Aar-Bote“ und „Aar-Kurier“.

Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, der Anlage 1 und der Gebietskarte (Anlage 2) zur Einsicht durch die Beteiligten auf den Bürgermeisterämtern Bleidenstadt/Ts., Born/Ts., Hahn/Ts., Seitzenhahn/Ts., Watzhahn/Ts., Wingsbach/Ts. und im Amt für Landwirtschaft und Forsten der Stadt Wiesbaden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen — gerechnet vom ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung — beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Gutenbergplatz 1, das Rechtsmittel des Widerspruchs eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären. Er muß als solcher bezeichnet werden sowie einen bestimmten Antrag enthalten. Die Widerspruchspunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 26. 8. 1960

Landeskulturamt
Az.: WF 275 — GNr.: 25163/60
StAnz. 41/1960 S. 1225

Az.: WF 275

Anlage 1
zum Flurbereinigungsbeschluß
vom 26. Aug. 1960

Betr.: Verfahrensgebiet

hier: Zusammenstellung der Übersicht der Fluren und Flurstücke des Verfahrensgebietes der Flurbereinigung

Bleidenstadt/Taunus

von Flur 1 die Flurstücke Nr. 2, 3, 2/4, 3/4, 5, 76/6, 44/8, 82/8, 40/9, 31/10, 11, 148 bis 153, 45/154, 155 bis 158, 167/4, 168/4, 193 bis 195, 200 bis 202;

von Flur 2 die Flurst. Nr. 84/5, 84/6, 91/85, 92/85, 93/86, 94/86, 95/87, 96/87, 184/88, 89 bis 92, 93/1, 199/95, 96/1, 183/97, 98, 180/99, 182/99, 100, 101, 200/102, 201/102, 163/103, 104, 105/105, 106/105, 107/105, 108/105, 127/142, 128/142, 143, 142, 140, 116/144, 115/144, 114/144, 113/164, 202/57, 196/58, 63/60, 155/60, 64/61, 65/61, 62/1, 63, 64, 153/65, 154/65, 70/66, 71/66, 72/66, 73/67, 74/68, 109/68, 129/69, 70, 71, 210/72, 73, 74/1, 75/1, 76/1, 138, 139/1, 214, 218, 219, 221.

Flur 3 bis 5 (ganz);

von Flur 6 die Flurstücke Nr. 11/697, 12/697, 13/697, 14/697, 15/711, 16/711, 17/711, 18/724, 19/724, 29/724, 48/751, 754;

Flur 7 mit Ausnahme der Flurstücke Nr. 110/1, 800 bis 806, 807/1, 810/1, 811 bis 814;

Flur 8 bis 9 (ganz);

von Flur 10 die Flurstücke Nr. 1058/1, 1059 bis 1095, 1096/1, 1126, 1127/1, 1128/1, 1129, 1130/1, 1131/1, 1132, 1133;

Flur 11 bis 14 (ganz);

von Flur 15 die Flurstücke Nr. 14, 15, 16 tlw., 17/1, 46, 47, 48 tlw., 49, 50, 81, 82, 83 tlw., 84 bis 93, 1439/1, 1440/1, 1441/1, 1442 bis 1464, 1465/2, 1465/3, 1469 bis 1483, 1484/1, 1485/1, 1486/1, 1487/1, 1525/1, 1526/1, 1527/1, 1528 bis 1538, 1551/2, 1552/1, 1553/1, 1555, 1556;

von Flur 16 die Flurstücke Nr. 3/1581, 1582 bis 1586, 5/1596, 1597, 7/1598, 19/1610, 20/1610, 21/1611, 24/1612, 11/1656, 16/1656, 17/1656, 18/1656, 26/1656, 13/1657, 14/1657, 1658, 1641/2;

Flur 17 mit Ausnahme des Flurstücks Nr. 1670;

Flur 18 bis 26 (ganz);

von Flur 27 die Flurstücke Nr. 2457/14, 2457/15, 2457/16, 2457/17, 2485/11, 2502/1, 2500/1, 2503/1, 84/2503, 13/2504, 14/2505, 15/2506, 16/2507, 17/2508, 18/2509, 2510 bis 2516, 19/2517, 20/2518, 21/2519, 22/2520, 23/2521, 24/2522, 25/2523, 26/2524, 27/2525, 28/2526, 29/2527, 30/2528, 31/2529, 32/2530, 33/2531, 34/2532, 35/2533, 36/2534, 37/2535, 2536 bis 2547, 39/2549, 40/2548, 41/2549, 2550 bis 2575, 2577/1 tlw., 2578, 2579, 2580, 2581 tlw., 2582;

Flur 28 bis 30 (ganz);

von Flur 32 die Flurstücke Nr. 3037/1, 33/3038, 35/3086, 3108/2, 45/3109 tlw., 3111/1 tlw., 43/3110;

von Flur 33 die Flurstücke Nr. 3117 bis 3159, 3163/3, 3167/10 tlw., 3164/2, 3164/3, 3165/1, 3169, 3170, 3166/23, 3166/25, 3166/52, 3168;

Flur 34 bis 41 (ganz);

Flur 43 (ganz);

Flur 44 mit Ausnahme der Flurstücke Nr. 4079/1, 4080/1, 4082/1, 4083/1, 4087.

Gesamtfläche der Gemarkung Bleidenstadt/Ts.	rd. 876 ha
davon im Verfahren	rd. 707 ha
vom Flurbereinigungsverfahren ausgeschlossen	rd. 169 ha
	rd. 876 ha

983

Flurbereinigung Hahn/Untertaunuskreis

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Hahn/Taunus wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die in der Anlage 1 aufgeführten Flurstücke der Gemarkung Hahn/Taunus festgestellt. Das Flurbereinigungsgebiet ist auf der Gebietskarte durch einen grünen, das ausgeschlossene Gebiet durch einen orange Farbstreifen gekennzeichnet und hat eine Größe von rd. 691 ha.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Hahn/Taunus“ mit dem Sitz in Hahn/Taunus.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Wiesbaden, Schützenhofstraße 3, anzumelden.

Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
 - wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
 - wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen.
- Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in den Gemeinden Hahn/Ts., Bleidenstadt/Ts., Watzhahn/Ts., Wehen/Ts., Wingsbach/Ts. und der Stadtgemeinde Wiesbaden öffentlich bekanntgemacht.

Außerdem erfolgt die Veröffentlichung im „Aar-Bote“ und „Aar-Kurier“.

Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung, der Anlage 1 und der Gebietskarte (Anlage 2) zur Einsicht durch die Beteiligten auf den Bürgermeisterämtern in Hahn/Ts., Bleidenstadt/Ts., Watzhahn/Ts., Wehen/Ts., Wingsbach/Ts. und im Amt für Landwirtschaft und Forsten der Stadt Wiesbaden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen — gerechnet vom ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung — beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Gutenbergplatz 1, das Rechtsmittel des Widerspruchs eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären. Er muß als solcher bezeichnet werden sowie einen bestimmten Antrag enthalten. Die Widerspruchspunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 25. 8. 1960

Landeskulturamt

Az.: WF 274 — G.Nr.: 25164/60
StAnz. 41/1960 S. 1226

Az.: WF 274

Anlage 1

zum Flurbereinigungsbeschluß vom 26. August 1960

Betr.: Verfahrensgebiet

hier: Zusammenstellung der Übersicht der Fluren und Flurstücke des Verfahrensgebietes der Flurbereinigung

Hahn/Taunus

Flur 1 (ganz);

von Flur 2 die Flurstücke Nr. 57/1, 105/58, 104/58, 106/58, 59/1, 59/2, 60 bis 62, 77/63, 76/63, 121/63, 122/64, 123/64, 170/65, 171/65, 46/66, 47/66, 48/66, 66/1, 66/2, 50/66, 83/66, 84/66, 100/66, 101/66, 186/67, 204/67, 182/67, 87/68, 86/68, 195/69, 12/70, 11/70, 206/0.70, 196/71, 197/72, 207/0.72, 198/73, 199/74, 200/75, 208/0.75, 201/76, 209/0.76, 77/1, 210/0.77, 172/77, 173/77, 78/1, 107/79, 80, 150/81, 151/81, 25/81, 143/82, 176/82, 177/82, 110/114, 112/114, 169/118 tlw., 120;

Flur 3 (ganz);

von Flur 4 die Flurstücke Nr. 319 bis 335, 87/336, 337 bis 353, 355/4, 355/5, 277/357, 279/357, 368/358, 280/358, 278/358, 359/358, 360/358, 392, 393, 91/394, 195/1307, 196/1308, 197/1309, 198/1310, 199/1311, 90/1312, 1313, 1314, 1315, 291/1316, 292/1316, 295/1317, 362/1317, 297/1318, 271/1319, 361/1319, 272/1320, 205/1321, 206/1322, 207/1323, 208/1324, 209/1325, 1326/2, 1408/4, 1326/1, 290/1326, 211/1327, 175/1328, 176/1328, 212/1330, 213/1331, 1333/3, 97/1333, 96/1333, 369/1333, 370/1332, 1334 bis 1347, 1409, 262/1407 tlw., 1287/1, 1288/1, 1289/2, 1290/1, 1290/3, 1291/4, 1291/3, 1291/1, 1291/5, 1292, 1294/1, 1294/2, 339/1293, 338/1293, 333/1295, 334/1296, 366/1296, 1297/1, 1298/4, 337/1297, 364/1298, 363/1298, 1298/5, 1298/3, 306/1298, 305/1298, 316/1406, 377 bis 391, 157/1362 tlw., 259/1362 tlw., 48/1361, 50/1362, 52/1363, 53/1364, 54/1365, 55/1366, 56/1367, 57/1368, 58/1369, 1370 bis 1377, 153/1380, 76/1410, 77/1410, 171/1404 tlw., 170/1404, 168/359, 169/360, 357/360, 358/360, 69/362, 253/362, 254/364, 159/365, 144/366, 33/367, 260/369, 37/370, 38/371, 372 bis 376, 1348 bis 1352, 39/1353, 40/1354, 41/1355, 42/1356, 43/1357, 44/1358, 45/1359, 46/1360, 47/1361, 49/1362, 51/1363;

von Flur 5 die Flurstücke Nr. 579 bis 582;

Flur 6 bis 24 (ganz);

von Flur 26 die Flurstücke Nr. 3142 bis 3145, 1/1346, 2/3146, 3147 bis 3151, 16/3152, 17/3152, 3158 bis 3163, 3153/4 bis 3153/9, 3153/11, 3153/13 bis 3153/19, 3153/21 bis 3153/23, 3153/26 bis 3153/31, 3153/35 bis 3153/37, 3153/39 bis 3153/46, 3153/48 bis 3153/52, 3157/2, 30/3156;

Flur 27 (ganz).

Gesamtfläche der Gemarkung Hahn/Ts. rd. 747 ha
davon im Verfahren rd. 691 ha
vom Flurbereinigungsverfahren ausgeschlossen rd. 56 ha
rd. 747 ha

Mittelbuchen festgestellt. Es hat eine Größe von ca. 1316 ha, worin eine Waldfläche von 573 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Bruchköbel, Krs. Hanau“, mit dem Sitz in Bruchköbel. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Kulturamt Hanau, in Hanau a. M., Freiheitsplatz 4 (Behördenhaus), anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören,
- b) Wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen,
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden,
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen (§ 85 Ziffer 5 FlurbG).

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben. Das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt auf Kosten der Beteiligten Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz gefällt hat, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat (§ 85 Ziffer 6 FlurbG).

6. Der entscheidende Teil des Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Bruchköbel sowie den angrenzenden Gemeinden Mittelbuchen, Oberissigheim, Niederissigheim, Roßdorf und Langendiebach, sämtlich Kreis Hanau und der Stadt Hanau bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern in Bruchköbel und den angrenzenden oben aufgeführten Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landeskulturamt Wiesbaden, Gutenbergplatz 1, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären. Er muß als solcher bezeichnet werden und einen bestimmten Antrag enthalten. Die Widerspruchspunkte und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 1. 9. 1960

Landeskulturamt

WF 277 — 28.566/60

StAnz. 41/1960 S. 1227

984

Flurbereinigung Bruchköbel, Krs. Hanau

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I. S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Bruchköbel, Krs. Hanau, mit Teilen der Gemarkung Mittelbuchen wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die in der Anlage aufgeführten Grundstücke der Gemarkung Bruchköbel und

F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung

im Volks-, Mittel- und Sonderschuldienst des Regierungsbezirks Kassel

ernannt:

- zum Mittelschulrektor der Hilfsschullehrer (BaL) Heinrich Huhn, Großalmerode, Landkreis Witzenhausen (22. 8. 1960);
- zum Rektor als Leiter einer Volksschule mit vollausgebautem Mittelschulzug der Rektor (BaL) Josef Koep, Fulda (27. 6. 1960);
- zum Rektor die Lehrer (BaL) Fritz Gerlach, Fulda (5. 7. 1960); Otto Raab, Fulda (6. 7. 1960); der Hauptlehrer (BaL) Hermann Gruß, Fulda (18. 8. 1960);
- zum Hauptlehrer die Lehrer (BaL) Franz Halbmayr, Eiterfeld, Landkreis Hünfeld (20. 6. 1960); Otto Gramm, Dietershausen, Landkreis Fulda (4. 7. 1960); Karl Lamprecht, Datterode, Landkreis Eschwege (29. 7. 1960); Heinz Störmer, Obervorschütz, Landkreis Fritzlar-Homburg (29. 7. 1960); Bruno Neef, Besse, Landkreis Fritzlar-Homburg (29. 7. 1960); Heinrich Scherb, Nordeck, Landkreis Marburg (25. 8. 1960); Werner Schneider, Dodenau, Landkreis Frankenberg (20. 8. 1960);
- zum Konrektor der Lehrer am Mittelschulzug einer Volksschule (BaL) Arnold Kirchner, Hofgeismar (6. 7. 1960);
- zum Konrektor der Lehrer (BaL) Ernst Andreas, Rotenburg an der Fulda (15. 8. 1960);
- zum Mittelschullehrer Lehrer (BaL) Herbert Sorge, Korbach (8. 7. 1960);
- zum Lehrer am Mittelschulzug einer Volksschule Lehrer (BaL) Kurt Bachmann, Hess.-Lichtenau, Landkreis Witzenhausen (1. 8. 1960);
- zur Lehrerin am Mittelschulzug einer Volksschule (BaK) apl. Lehrerin am Mittelschulzug einer Volksschule Dr. Anneliese Amend, Marburg/Lahn (25. 8. 1960);
- zum Hilfsschullehrer Lehrer (BaL) Helmut Diening, Homburg (29. 7. 1960);
- zum apl. Lehrer bzw. zur apl. Lehrerin (BaW) Hildegard Butter, Kassel (29. 6. 1960); Helga Schön, Niederwalgern, Landkreis Marburg (27. 6. 1960); Christa Speer, Helmarshausen, Landkreis Hofgeismar (1. 7. 1960); Heide Witte, Niederasphc, Landkreis Marburg (30. 6. 1960); Frank Opitz, Wolfhagen (2. 7. 1960); Ria Filke, Niederaula, Landkreis Hersfeld (30. 6. 1960); Christiane v. Domarus, Philippsthal, Landkreis Hersfeld (30. 6. 1960); Helga v. Bünow, Allendorf, Landkreis Frankenberg/Eder (1. 7. 1960); Ilse Spengler, Kassel (30. 6. 1960); Helga Wagner, Röhrighof, Landkreis Hersfeld (4. 7. 1960); Gudrun Muth, Rosenthal, Landkreis Frankenberg (1. 7. 1960); Helga Glaub, Rotenburg/Fulda (1. 7. 1960); Brigitte Schäfer, Burghaun, Landkreis Hünfeld (30. 6. 1960); Heinrich Friedrich Simshäuser, Schiffelbach, Landkreis Marburg (15. 6. 1960); Rudolf Roßbach, Hattenhof, Landkreis Fulda (5. 7. 1960); Hermann Ermisch, Halgenhausen, Landkreis Frankenberg (5. 7. 1960); Hans Habermann, Korbach (6. 7. 1960); Hermann Biskamp, Münchhausen, Landkreis Marburg (7. 7. 1960); Margarete Wetlaufer, Mansbach, Landkreis Hünfeld (5. 7. 1960); Ingrid Biskamp, Münchhausen, Landkreis Marburg (7. 7. 1960); Marie-Luise Vollmer, Dodenau, Landkreis Frankenberg (6. 7. 1960); Waltraud Haßenpflug, Waldkappel, Landkreis Eschwege (8. 6. 1960); Gret-Marie Brungs, Fulda (6. 7. 1960); Charlotte Roemer, Bad Hersfeld (28. 6. 1960); Hans-Otto Eichler, Allendorf, Landkreis Marburg (30. 5. 1960); Alfred Brakonier, Hemfurth, Landkreis Waldeck (8. 7. 1960); Karl Thomas, Korbach (5. 7. 1960); Hildegard Dietrich, Allendorf, Landkreis Marburg (30. 5. 1960); Adelheid Ermisch, Löhlbach, Landkreis Frankenberg (12. 7. 1960); Katharina Grünberg, Soisdorf, Landkreis Hünfeld (5. 7. 1960); Marie-Luise Schäfer, Neukirchen, Landkreis Waldeck (6. 7. 1960); Hildegard Wrede, Rasdorf, Landkreis Hünfeld (1. 7. 1960); Franz Schrehardt, Großtaft, Landkreis Hünfeld (8. 7. 1960); Mechthild Witzel, Heringen, Landkreis Hersfeld (5. 7. 1960); Max Böhrmer, Hofgeismar (13. 7. 1960); Hildegard Bourdon, Lohra,

- Landkreis Marburg (14. 7. 1960); Renate Costard, Kaldern, Landkreis Marburg (15. 7. 1960); Georg Hellemann, Friedewald, Landkreis Hersfeld (22. 7. 1960); Karl-Heinz Schulz, Treysa, Landkreis Ziegenhain (15. 7. 1960); Gertrud Schneider, Schrecksbach, Landkreis Ziegenhain (21. 7. 1960); Dietrich Wessel, Schönstein, Landkreis Ziegenhain (26. 7. 1960); Gisela Steinhöfel, Lingelbach, Landkreis Ziegenhain (14. 7. 1960); Hans-Dieter Bolte, Oberellenbach, Landkreis Rotenburg (2. 8. 1960); Eva Benkmann, Hofgeismar (25. 7. 1960); Irmgard Straube, Iba, Landkreis Rotenburg (23. 7. 1960); Ursel Schulze, Rengshausen, Landkreis Rotenburg (11. 7. 1960); Ewald Dilling, Sebbeterode, Landkreis Ziegenhain (13. 7. 1960); Kurt Lindbach, Neukirchen, Landkreis Ziegenhain (13. 7. 1960); Bernhard Görge, Goßfelden, Landkreis Marburg (29. 7. 1960); Helga Randel, Röllshausen, Landkreis Ziegenhain (2. 8. 1960); Heinz Grüske, Magdlos, Landkreis Fulda (4. 8. 1960); Karl Otto Hänecke, Schachten, Landkreis Hofgeismar (8. 8. 1960); Hanna Schmidt, Baumbach, Landkreis Rotenburg (15. 8. 1960); Gerhard Weissenborn, Cornberg, Landkreis Rotenburg (17. 8. 1960); Luise Vesper, Sontra, Landkreis Rotenburg (17. 8. 1960); Berthold Abel, Hünfeld (18. 8. 1960); Alfred Heckmann, Mönchhosbach, Landkreis Rotenburg (24. 8. 1960); Irmhild Gerlach, Mengsberg, Landkreis Ziegenhain (23. 8. 1960); Gertrud Holtzmann, Datterode, Landkreis Eschwege (25. 8. 1960); Gisela Ahlert, Philippstal, Landkreis Hersfeld (18. 8. 1960); Gudrun Budesheim, Herleshausen, Landkreis Eschwege (27. 8. 1960); Günther Jentzsch, Arnsbach, Landkreis Fritzlar-Homburg (17. 8. 1960); Irmela Spletstoeßer, Archfeld, Landkreis Eschwege (26. 8. 1960); Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Kurt Seyboth, Kassel (1. 9. 1960);
- zur apl. techn. Lehrerin (BaW) Lieselotte Hanitsch, Kassel (8. 6. 1960);
- zum apl. Mittelschullehrer (BaW) Wolfgang Vits, Kirchhain, Landkreis Marburg (12. 7. 1960); Rudolf Reeh, Marburg an der Lahn (13. 7. 1960);
- zur apl. Mittelschullehrerin (BaW) Kriemhild Wittekindt, Kirchhain, Landkreis Marburg (25. 8. 1960);
- zum apl. Lehrer am Mittelschulzug einer Volksschule (BaW) Friedrich Holzgrabe, Marburg/Lahn (6. 7. 1960); Walter Treibert, Gudensberg, Landkreis Fritzlar-Homburg (22. 7. 1960);
- zum Lehrer bzw. zur Lehrerin (BaK) die apl. Lehrer(innen) Ulrike Spiegl, Korbach (5. 7. 1960); Luise Dötter, Mengeringhausen, Landkreis Waldeck (4. 7. 1960); Kornelia Firnbach, Kassel (6. 7. 1960); August Schindehütte, Trendelburg, Landkreis Hofgeismar (14. 7. 1960); Ortrud du Buisson, Kassel (6. 7. 1960); Georg Weigand, Veitsteinbach, Landkreis Fulda (15. 8. 1960); Margarete Gallrein, Eschwege (18. 8. 1960); Wolfgang Traub, Hachborn, Landkreis Marburg (10. 8. 1960); Heinrich Faupel, Borken, Fritzlar-Homburg (18. 8. 1960); Ruth Draxel, Kirchhain, Landkreis Marburg (25. 8. 1960); Ingeborg Zöllner, Marburg/Lahn (26. 8. 1960); Willy Schütt, Niederwaldern, Landkreis Waldeck (25. 8. 1960); Harry Fischer, Weitershausen, Landkreis Marburg (23. 8. 1960);
- zum Lehrer (BaL) die apl. Lehrer Dr. Heinrich Knöll, Kassel (30. 6. 1960); Desider Schwarz, Philippinenburg, Landkreis Wolfhagen (12. 7. 1960); die Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis Gerhard Zipperling, Allendorf, Landkreis Marburg (1. 9. 1960); Alfred Jauch, Stolzenbach, Landkreis Fritzlar-Homburg (1. 9. 1960); Heinrich Müller, Großalmerode, Landkreis Witzenhausen (1. 10. 1960);
- zum Lehrer der apl. Lehrer (BaW) Georg Rohde, Ippinghausen, Landkreis Wolfhagen (4. 7. 1960);
- berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Lehrer(innen) Christiane Mieske, Marzhausen, Landkreis Witzenhausen (7. 7. 1960); Eberhard Bewert, Rautenhausen, Landkreis Rotenburg (6. 7. 1960); Anton Klitsch, Setzelbach, Landkreis Hünfeld (5. 7. 1960); Rosemarie Bartel, Kassel (6. 7. 1960); Hilda Hennig, Eiterfeld, Landkreis Hünfeld (12. 7. 1960); Rainer Pecher, z. Z. Deutsche Schule in Barcelona (9. 4. 1960); Franz Wiegand, Rothe mann, Landkreis Fulda (14. 7. 1960); Walter Eisenköbl, Günthers, Landkreis Fulda (28. 7. 1960); Walter Knipp, Niederweimar, Landkreis Marburg (22. 7. 1960); Wilhelm Steffens, Kassel (9. 8. 1960); Martha Fischer, Kassel

(5. 8. 1960); Wolfgang Schuppius, Kassel (5. 8. 1960); Klaus Schwiesow, Kassel (5. 8. 1960); Irmgard Degenhardt, Kassel (12. 8. 1960); Günther Scholz, Schwarzenhasel, Landkreis Rotenburg (6. 8. 1960); Hildegard Becker, Kassel (29. 8. 1960); die techn. Lehrerin Frida Bendorf, Bad Hersfeld (7. 7. 1960);

in den Ruhestand versetzt:

die Lehrer Karl Oxfort, Fulda (1. 9. 1960); Robert Kütke, Fronhausen, Landkreis Marburg (1. 9. 1960); Ludwig Butte, Kassel (1. 10. 1960); Fritz Kossinn, Bergheim, Landkreis Rotenburg (1. 10. 1960); Paul Mutzek, Lengers, Landkreis Hersfeld (1. 10. 1960); Eduard Asbrand, Rörschhain, Landkreis Ziegenhain (1. 10. 1960); Helmut Janetzke, Lippoldsberg, Landkreis Hofgeismar (1. 10. 1960); Heinrich Wolff, Unterweissenborn, Landkreis Hersfeld (1. 10. 1960); Heinrich Fuchs, Gershausen, Landkreis Hersfeld (1. 10. 1960); Karl Hannok, Kleba, Landkreis Hersfeld (1. 10. 1960); Rektor August Gerhold, Zierenberg, Landkreis Wolfhagen (1. 10. 1960); Hauptlehrer Adam Schmidt, Altmorschen, Landkreis Melsungen (1. 10. 1960); Mittelschullehrer Arthur Schomberg, Witzenhausen (1. 9. 1960);

entlassen:

die Lehrerinnen Ursula Hartebier, Kassel (1. 9. 1960); Hannelore Angerhöfer, Herleshausen, Landkreis Eschwege (1. 9. 1960); Cäcilie Spilker, Beiseförth, Landkreis Melsungen (1. 9. 1960); Marie-Luise Hocke, Zierenberg, Landkreis Wolfhagen (1. 9. 1960); die apl. Lehrerinnen Marie-Luise Vollmer, Dodenau, Landkreis Frankenberg (1. 9. 1960); Elisabeth Warmuth, Neustadt, Landkreis Marburg (1. 9. 1960); der apl. Lehrer am Mittelschulzug einer Volksschule Wilhelm Boldt, Bad Hersfeld (1. 10. 1960);

im höheren Schuldienst

ernannt

zum Studienassessor bzw. zur Studienassessorin (BaW) die Ass. im Lehramt Brigitte Wunsch, Fulda (18. 8. 1960); Gerhard Kühnhold, Kirchhain (17. 8. 1960); John Schmidt, Wolfhagen (18. 8. 1960); Hans-Georg Goebel, Arolsen (18. 8. 1960); der früh. Stud.-Assessor Otfried von Steuber, Steinatal (4. 7. 1960);

zum Studienrat (BaL) die Stud.-Ass. Hermann Müller, Homberg (2. 7. 1960); Herbert Goetzke, Kassel (14. 8. 1960); Wilfried Cloos, Kassel (14. 8. 1960); Dr. Josef Heinrich, Hünfeld (28. 7. 1960); Erwin Wirth, Hünfeld (18. 8. 1960); Horst Langer, Marburg/Lahn (25. 8. 1960);

zum Studienrat (BaK) die Stud.-Ass. Wolfgang Peterek, Hünfeld (4. 8. 1960); Dr. Paul-Ludwig Sauer, Rotenburg an der Fulda (3. 8. 1960);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: Studienrat Wolfgang Halfar, Wolfhagen (8. 6. 1960);

im Berufs- und Berufsfachschuldienst

ernannt

zum Lehramtsanwärter (BaW) Benno Philipp, Kassel (1. 7. 1960);

zum apl. Gewerbeoberlehrer (BaW) Karl Meinl, Kassel (1. 8. 1960);

zum Gewerbeoberlehrer (BaK) apl. Gewerbeoberlehrer Siegfried Eick, Heimboldshausen (18. 8. 1960);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Bauräte im techn. Schuldienst Ernst Meyer zur Heide, Kassel (24. 5. 1960); Dietrich Kreft, Kassel (17. 8. 1960); Studienrat Josef Lucas, Kassel (2. 8. 1960); die Handels- oberlehrer Helmut Prömper, Frankenberg (8. 7. 1960); Hanno Warlich, Eschwege (17. 8. 1960); die Gewerbeoberlehrer Paul Wollborn, Kassel (4. 7. 1960); Günter Foerster, Ziegenhain (18. 8. 1960); Gerhard Müller, Ziegenhain (18. 8. 1960); die Gewerbeoberlehrerinnen Hildegard Hofmann, Bad Hersfeld (13. 7. 1960); Christa-Maria Wiese, Bad Hersfeld (26. 7. 1960); die Landwirtschafts- oberlehrerin Irmgard Pinterich, Homberg (17. 8. 1960); der Landwirt- schaftsoberlehrer Hans Szymanski, Wabern (17. 8. 1960);

entlassen

die apl. Gewerbeoberlehrerin Ingeborg Tschentscher, Korbach (16. 8. 1960); die Gewerbeoberlehrerin Barbara Stratmann, Kirchhain (1. 9. 1960);

Kassel, 16. 9. 1960

Der Regierungspräsident

P/1 Az. 70 16/03 B

StAnz. 41/1960 S. 1228

d) im Schuldienst des Regierungspräsidenten in Wiesbaden ernannt

zu apl. Gewerbeoberlehrern (BaW) die Lehramtsanwärter im gewerblichen Berufsschuldienst Joachim Krause, Frankfurt/Main (6. 5. 1960); Friedrich Kaniuth, Wiesbaden (30. 3. 1960); Erwin Borgschulze, Oberursel (13. 5. 1960); Gerhard Morgenroth, Frankfurt/Main (23. 5. 1960); Hans Schellhaase, Frankfurt/Main (24. 5. 1960); Fritz Ziegenbalg, Frankfurt/Main (16. 6. 1960);

zu apl. Gewerbeoberlehrerinnen (BaW) die Lehramtsanwärterinnen im gewerblichen Berufsschuldienst Ellen Maas, Bad Homburg (23. 3. 1960); Lore Grunenberg, Frankfurt am Main (18. 8. 1960); Gertrud Wolff, Hanau/Main (15. 8. 1960); Angela Naumann, Wetzlar (18. 8. 1960);

zu apl. Handels- oberlehrern (BaW) die Lehramtsanwärter im kaufmännischen Berufsschuldienst Ernst Westphal, Frankfurt/Main (4. 3. 1960); Paul Martin Menken, Wiesbaden (21. 3. 1960); Dieter Scharf, Frankfurt/Main (21. 3. 1960); Gerhard Otto, Frankfurt/Main (29. 3. 1960); Jürgen Löns, Oberursel (9. 4. 1960); Ulrich Apelt, Bad Homburg (24. 6. 1960); Adalbert Neitzel, Frankfurt/Main (18. 5. 1960); Wolfgang Fischer, Wiesbaden (11. 7. 1960);

zu apl. Handels- oberlehrerinnen (BaW) die Lehramtsanwärterinnen im kaufmännischen Berufsschuldienst Dr. Ingeborg Möltgen, Frankfurt/Main (20. 2. 1960); Karin Rockemer, Frankfurt/Main (23. 2. 1960); Leonore Bollert, Frankfurt/Main (1. 4. 1960); Helga Turnwald, Frankfurt/Main (12. 4. 1960); Gerhild Göbel, Wetzlar (4. 5. 1960);

zu Gewerbeoberlehrern (BaK) die apl. Gewerbeoberlehrer Karl-Heinz Becker, Wetzlar (19. 2. 1960); Paul Schmidt, Wetzlar (19. 2. 1960); Heinz Bedzek, Frankfurt/Main (1. 4. 1960); Franz Fischer, Frankfurt/Main (1. 4. 1960); Heinz Hänisch, Oberursel/Ts. (25. 3. 1960); Hans-Georg Bowitz, Frankfurt/Main (2. 5. 1960); Gerhard Eichhorn, Frankfurt am Main (2. 5. 1960); Sigfried Lindner, Frankfurt/Main (2. 5. 1960); Alfred Kreßner, Frankfurt/Main (2. 5. 1960); Horst Schliersmann, Frankfurt/Main (2. 5. 1960); Günter Woyczuk, Frankfurt/Main (2. 5. 1960); Hans Krutzfeld, Frankfurt/Main (2. 5. 1960); Wolfram Scheit, Wiesbaden (19. 5. 1960);

zu Gewerbeoberlehrerinnen (BaK) die apl. Gewerbeoberlehrerinnen Renate Hartung, Wiesbaden (15. 3. 1960); Katharine Pekar, Wiesbaden (24. 3. 1960); Elisabeth Broosmann, Frankfurt/Main (2. 5. 1960); Gisela Rathke, Frankfurt am Main (2. 5. 1960); Elisabeth Scheid, Wiesbaden (2. 5. 1960); Herta Kurzweg, Frankfurt/Main (1. 6. 1960);

zu Handels- oberlehrern (BaK) die apl. Handels- oberlehrer Karlheinz Fritz, Hofheim/Ts. (29. 2. 1960); Karl-Heinz Schneider, Biedenkopf (17. 2. 1960); Hans Neeb, Frankfurt am Main (1. 4. 1960); Paul Krondorfer, Frankfurt/Main (1. 4. 1960); Hermann Denner, Frankfurt/Main (1. 4. 1960); Manfred Zahn, Frankfurt/Main (1. 4. 1960); Hermann Worm, Frankfurt/Main (1. 4. 1960); Heinz Brakemeier, Frankfurt/Main (1. 4. 1960); Joseph Arneth, Wiesbaden (24. 3. 1960); Dieter Kurz, Hanau/Main (29. 3. 1960); Manfred Walther, Limburg (18. 5. 1960); Heinz Lengsfeld, Wiesbaden (10. 5. 1960);

zu Handels- oberlehrerinnen (BaK) die apl. Handels- oberlehrerinnen Ingeborg Stegmann, Frankfurt/Main (1. 4. 1960); Ingrid Lisop, Frankfurt/Main (1. 4. 1960); Hilde Nack, Frankfurt/Main (1. 4. 1960); Marianne Hartmann, Wiesbaden (23. 1. 1960); Margret Hartmann, Wiesbaden (24. 3. 1960); Ellen Linck, Frankfurt/Main (2. 5. 1960);

zu Landwirtschafts- oberlehrern (BaK) die apl. Landwirt- schaftsoberlehrer Martin Krüger, Biedenkopf (17. 2. 1960); Kurt Schurig, Hofheim/Ts. (24. 2. 1960);

zur Landwirt- schaftsoberlehrerin (BaK) die apl. Landwirt- schaftsoberlehrerin Ilse Krüger, Biedenkopf (19. 2. 1960);

zum Gartenbau- oberlehrer (BaK) Wedigo Papke, Frankfurt am Main (2. 5. 1960);

zum Fachschul- oberlehrer der Fachlehrer Herbert Petters, Hadamar (28. 4. 1960);

zum Oberbaurat im technischen Schuldienst die Bauräte i. t. S. (BaL) Dr. August Linek, Frankfurt/Main (12. 4. 1960); Hans Wipfler, Frankfurt/Main (14. 5. 1960); Erich Brendel, Frankfurt/Main (28. 7. 1960); Paul Kleinoff, Frankfurt/Main (28. 7. 1960); Willi Zoeller, Idstein (15. 7. 1960);

zum Baudirektor im technischen Schuldienst der Oberbau-
rat i. t. S. Dipl.-Ing. Wilhelm Kraupatz, Frankfurt/Main
(29. 12. 1959);

zum Berufsschuldirektor der Gewerbeoberlehrer Eugen Lot-
ter, Schlüchtern (1. 6. 1960);

zum Studienrat (BaK) die Studienräte Georg Froschauer
(1. 6. 1960); Siegfried Männle (1. 6. 1960); Dr. Wolfgang
Dewald (1. 8. 1960);

zum Oberstudienrat Dr. Reinhold Putensen, Frankfurt/Main
(1. 2. 1960);

zum Hausmeister (BaK) den Hausmeister im Angestellten-
verhältnis Heinrich Schaffner, Hadamar (1. 4. 1960);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
die Gewerbeoberlehrer (BaK) Horst Bernhardt, Bad Wil-
dungen (12. 4. 1960); Dietmar Cibis, Frankfurt/Main (5. 5.
1960); Erich Döring, Frankfurt/Main (29. 6. 1960); Heinz
Bader, Frankfurt/Main (4. 8. 1960); die Gewerbeoberleh-
rerin (BaK) Irmela Wissweide, Wetzlar (18. 8. 1960); die Han-
densoberlehrer (BaK) Dr. Heinrich Brauell, Wiesbaden
(4. 4. 1960); Friedrich Neusser, Dillenburg (6. 9. 1960); Karl
Herrmann, Frankfurt/Main (25. 6. 1960); Alkor Düker,
Frankfurt/Main (24. 6. 1960); Rudolf Holzwarth, Ober-
ursel (18. 8. 1960); die Handelsoberlehrerinnen (BaK)
Edith Werner, Frankfurt/Main (31. 3. 1960); Margot
Schlemminger, Frankfurt/Main (23. 3. 1960); Ruth Baben-
dreyer, Frankfurt/Main (13. 4. 1960); Liselotte Schmitz,

Frankfurt/Main (26. 4. 1960); Hildegard Kammer, Frank-
furt/Main (3. 5. 1960); den Landwirtschaftslehrer (BaK)
Walter Jost, Dillenburg (3. 5. 1960); der Baurat i. t. S.
Dr. Werner Rakelmann, Frankfurt/Main (5. 4. 1960); der
Baurat i. t. S. Wilhelm Steinigeweg, Idstein (11. 4. 1960);
die Berufsschuldirektorin Amalie Peter, Limburg (15. 6.
1960);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudiendirektor Dr. Wilhelm Traumüller, Wiesbaden
(31. 3. 1960); Handelsoberlehrer Friedrich Graser, Frank-
furt/Main (8. 3. 1960); Handelsoberlehrer Rudolf Wilhelm,
Frankfurt/Main (28. 1. 1960); Gewerbeoberlehrer Karl
Josef Krebs, Frankfurt/Main (14. 6. 1960); Land. Oberleh-
rerin Antonia Casper, Wetzlar (28. 6. 1960); Gewerbeober-
lehrerin Auguste Weinem, Bad Homburg (18. 6. 1960); Ge-
werbeoberlehrerin Maria Aspriou, Frankfurt/Main (15. 2.
1960);

entlassen

die apl. Gewerbeoberlehrerin Hedwig Walther, Frankfurt
am Main (6. 2. 1960); die apl. Handelsoberlehrerin Elisabeth
Schramm, Frankfurt/Main (23. 5. 1960); der Dipl.-Handels-
lehrer Herbert Goebes, Lehramtsanwärter im kaufm.
Berufsschuldienst (11. 5. 1960);

Wiesbaden, 6. 9. 1960

Der Regierungspräsident
II 7 — II d

StAnz. 41/1960 S. 1229

986 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Benennung von Gemeindeteilen im Landkreis Dieburg

Beschluß:

Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung in
der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wir-
kung vom 1. September 1960

a) folgende Wohnplätze eingerichtet und
neu benannt:

Wohnplatz	Gemeinde
Forsthaus Langenloh	Nieder-Roden
Krautschneise (Blockst.)	Altheim
Am Hasselsee	Harreshausen
Erholungsheim	Meßbach

b) folgende Wohnplätze aufgehoben:

Wohnplatz	Gemeinde
Tannenberg (Café)	Frau-Nausen
An der Lops (Sdlg.)	Schaaheim

Darmstadt, 23. 9. 1960

Der Regierungspräsident

I/2-b — 3 k 02/05 (2)

StAnz. 41/1960 S. 1230

Buchbesprechungen

Besoldungstabellen im öffentlichen Dienst. Kart. DM 4,—. Hermann-
Luchterhand-Verlag Neuwied am Rhein.

Die 24 Seiten starke Broschüre enthält Tabellen zum Ablesen der
Bezüge der Beamten (Stand 1. 4. 1960), Angestellten und Arbeiter
(Stand 1. 1. 1960) im Lande Hessen. Neben wichtigen Hinweisen
und Erläuterungen über die Zusammensetzung und Berechnung der
Bezüge sind auch die neu gefaßten Tätigkeitsmerkmale der Anlage 1
zur TOA und der Anlagen 1 und 2 zur Kr.T abgedruckt.

Durch das Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungs-
bezügen sind die Grundgehälter und die unwiderruflichen Stellen-
zulagen mit Wirkung vom 1. April 1960 an erhöht worden. Die
Tabelle des Ortszuschlags wurde durch eine neue Tabelle er-
setzt. Die Ausführungen über die Dienstbezüge der Beamten gelten
auch für die Dienstbezüge der Richter entsprechend.

Bei den Beamtgehältern kann in allen Besoldungsgruppen und
Dienstaltersstufen sogar die Summe aus Grundgehalt und Orts-
zuschlag von Tabellen abgelesen werden, soweit der Ortszuschlag
nicht über Stufe 4 hinausgeht. Bei diesen Tabellen wäre ein
etwas größerer horizontaler Zwischenraum wünschenswert, um
Fehlerquellen beim Ablesen möglichst auszuschalten. Im übrigen
sind die Tabellen sehr übersichtlich angeordnet und gewährleisten
ein rasches Zurechtfinden.

Die neuen Werte sind in der vorliegenden Neuausgabe enthalten.
Die Tabelle beruht im Zahlenmaterial und in den Erläuterungen
auf den amtlichen Unterlagen, sie ist in allen Teilen gültig und
ohne Einschränkung anwendbar.

Für die mit der Berechnung von Dienstbezügen befaßten Bedien-
steten ist die Broschüre zweifellos ein wertvolles Hilfsmittel, das
zur Arbeitserleichterung beiträgt.

Regierungsoberamtmann Döschner

Strafrechtliche Nebengesetze. Loseblatt-Kurzkommentar. Heraus-
gegeben von Bundesanwalt Dr. Max Kohlhörs, bearbeitet
von Landgerichtsrat Georg Erbs, Bundesanwalt Dr. Max
Kohlhaas, Landgerichtsdirektor Dr. Albert Lorz, Ober-
landesgerichtsrat Christian Mayr, Amtsgerichtsdirektor Dr.
Gerhard Potrykus, Landgerichtsrat Walter Zipfel.
7. Ergänzungslieferung (August 1960), 932 Seiten 8°, Dünndruck-
papier. In Schlaufe DM 32,—, zuzüglich Ordner für Band II
DM 4,—. Gesamtwerk: Zwei Bände, Stand 1. August 1960.
Rund 3300 Seiten 8°. Dünndruckpapier. In zwei Leinenordnern
DM 78,—. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Für die Verwaltungsbehörden, die Polizei und die Gerichte er-
langen außerhalb des Strafgesetzbuches liegende Strafanrohungen,
die sich in Gesetzen von Spezialmaterien (Lebensmittelrecht,
Jagdrecht, Gewerberecht, Betriebsverfassungsrecht, Ordnungswidrig-
keitsrecht, usw.) finden, eine immer mehr steigende Bedeutung.
Die Herausgeber des Loseblatt-Kurzkommentars „Strafrechtliche Ne-
bengesetze“ haben daher einem echten Bedürfnis der Praxis ent-
sprochen, wenn sie es mit dem vorliegenden Werk unternommen
haben, eine zusammengefaßte Wiedergabe und Kommentierung
aller jener Gesetze zu bringen, die außerhalb des Strafgesetzbuches
liegende Strafanrohungen enthalten. Auf das Werk wurde im
Staatsanzeiger erstmalig in der Nr. 23/53 hingewiesen.

Mit der nunmehr vorliegenden 7. Ergänzungslieferung dürfte die
Sammlung praktisch vollständig sein, sie enthält 142 Gesetze und
Verordnungen. Hinsichtlich des Umfangs der Kommentierung muß
festgestellt werden, daß die Erläuterungen keine ersichtliche Lücke
aufweisen, sie berücksichtigen die Literatur und Rechtsprechung
bis in die jüngste Zeit und können als erschöpfend gelten. Der
Kommentar „Strafrechtliche Nebengesetze“ wird Verwaltungsbehör-
den, Gerichten und Rechtsanwälten in gleicher Weise zuverlässige
Dienste zu leisten vermögen wie den Vertretern aus Handel, Indus-
trie und Wirtschaft. Oberregierungsrat Dr. Seeger

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1960

Samstag, den 8. Oktober 1960

Nr. 41

Veröffentlichungen

2767 Baulandumlegung Rothenbergen Umlegungsgebiet der Hofacker

Auf Grund des § 29 des Hessischen Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 (G V Bl. 1948 Nr. 25) wird bekanntgegeben: 1. Der Kreistag Gelnhausen hat am 27. April 1960 beschlossen, für das im Umlegungsplan grün umrandete Gelände des Umlegungsverfahrens einzuleiten.

2. Das Verfahren wird mit der Offenlegung des Umlegungsplanes eingeleitet.

3. Die Freilegungspflicht ist aufgrund des aufgestellten Fluchtlinienplanes auf 8% festgesetzt worden.

4. Nach Bekanntgabe der Einleitung des Umlegungsverfahrens darf die Nutzungskraft eines Grundstückes im gesamten Umlegungsgebiet nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde geändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen, bisherigen Wirtschaftsbetrieb gehören. Bauten dürfen nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde neu errichtet, wiederhergestellt oder wesentlich verändert werden.

5. Der Umlegungsplan liegt in der Zeit vom 10. Oktober 1960 bis 25. Oktober 1960 bei der Planungsstelle, Landratsamt Gelnhausen, den Beteiligten zur Einsichtnahme offen.

6. Beteiligte am Umlegungsverfahren sind: a) Grundstückseigentümer, b) Inhaber dinglicher Rechte, c) Mieter oder Pächter, d) bei Zwangsversteigerung der betreibende Gläubiger, e) die Gemeinde.

7. Zur Verhandlung über den Verteilungsplan ist Termin anberaumt auf Donnerstag, den 3. November 1960 um 9 Uhr im Bürgermeisteramt Rothenbergen.

Es wird darauf hingewiesen, daß bei Ausbleiben der Beteiligten ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden kann.

Gelnhausen, 28. 9. 1960

Der Kreisausschuß des Landkreises Gelnhausen als Umlegungsbehörde

2768 Baulandumlegung in Gelnhausen

Nachdem der Umlegungsplan für das Umlegungsgebiet „In der alten Mühle“ in der Zeit vom 15. 6. bis 29. 6. 1960 den Beteiligten zur Einsichtnahme offengelegt hat, findet gemäß § 33 Ziff. 3 des Hess. Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 der Verhandlungstermin über den Verteilungsplan am Freitag, dem 28. Oktober 1960 um 16 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses Gelnhausen statt, wozu die am Umlegungsverfahren Beteiligten geladen werden.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß bei deren Ausbleiben ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen wird.

Gelnhausen, 27. 9. 1960

Der Kreisausschuß
des Landkreises Gelnhausen
als Umlegungsbehörde

2769

Baulandumlegung Somborn Umlegungsgebiet Wahlberg

Auf Grund des § 29 des Hessischen Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 (G V Bl. 1948 Nr. 25) wird bekanntgegeben: 1. Der Kreistag Gelnhausen hat am 15. 12. 1959 beschlossen, für das im Umlegungsplan grün umrandete Gelände des Umlegungsverfahrens einzuleiten.

2. Das Verfahren wird mit der Offenlegung des Umlegungsplanes eingeleitet.

3. Die Freilegungspflicht ist auf Grund des aufgestellten Fluchtlinienplanes auf 8,5 Prozent festgesetzt worden.

4. Nach Bekanntgabe der Einleitung des Umlegungsverfahrens darf die Nutzungskraft eines Grundstückes im gesamten Umlegungsgebiet nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde geändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen, bisherigen Wirtschaftsbetrieb gehören. Bauten dürfen nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde neu errichtet, wiederhergestellt oder wesentlich verändert werden.

5. Der Umlegungsplan liegt in der Zeit vom 28. 9. bis 12. 10. 1960 bei der Planungsstelle, Landratsamt Gelnhausen, den Beteiligten zur Einsichtnahme offen.

6. Beteiligte am Umlegungsverfahren sind: a) Grundstückseigentümer, b) Inhaber dinglicher Rechte, c) Mieter oder Pächter, d) bei Zwangsversteigerung der betreibende Gläubiger, e) die Gemeinde.

7. Zur Verhandlung über den Verteilungsplan ist Termin anberaumt auf Donnerstag, den 13. 10. 1960, 9 Uhr, im Bürgermeisteramt Somborn.

Es wird darauf hingewiesen, daß bei Ausbleiben der Beteiligten ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden kann.

Gelnhausen, 23. 9. 1960

Der Kreisausschuß des Landkreises Gelnhausen als Umlegungsbehörde.

2770

Baulandumlegung Naurod

Der Kreistag hat das Baulandumlegungsverfahren nach dem Hessischen Aufbaugesetz für das Gebiet „Ruhwehrweg“ II. Teil, und zwar für die Grundstücke, Flur 22, Flurstück 112, Flur 23, Flurstücke 3337 bis 3374 und 6/3454f in Naurod beschlossen. Das Gebiet ist im Umlegungsplan durch einen grünen Farbstreifen gekennzeichnet.

Der Umlegungsplan liegt bei dem mit der technischen Durchführung beauftragten Katasteramt für den Landkreis Main-Taunus in Frankfurt am Main-Höchst, Zuckschwerdtstraße 58, vom 17. Oktober zwei Wochen lang, also bis zum 29. Oktober 1960, während der Dienststunden für die Beteiligten zur Einsicht offen. Die gemäß § 28 des Aufbaugesetzes am Verfahren Beteiligten (Eigentümer, Pächter, Gläubiger usw.) werden gebeten, ihre Wünsche innerhalb einer Ausschlussfrist

von 14 Tagen nach Beendigung der Offenlegungsfrist beim Katasteramt vorzubringen.

Über den Verteilungsplan wird am Mittwoch, dem 2. November 1960 von 17 bis 19 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses in Naurod verhandelt, wozu hiermit die Beteiligten öffentlich geladen werden. Vorher findet am Mittwoch, dem 19. Oktober 1960 von 17 bis 19 Uhr gem. § 33 (1) des Hessischen Aufbaugesetzes ein Planwuschtermin, auch im Sitzungszimmer des Rathauses in Naurod, statt.

Die Beteiligten werden darauf hingewiesen, daß gemäß § 31 des Hess. Aufbaugesetzes Änderungen in der Nutzungsart der Grundstücke sowie in der Bebauung von der Umlegungsbehörde, dem Kreisausschuß des Landkreises Main-Taunus, genehmigt werden müssen und daß über den Verteilungsplan auch bei ihrem Ausbleiben ohne ihre Teilnahme verhandelt und beschlossen werden kann.

Frankfurt (Main)-Höchst, 30. 9. 1960

Der Kreisausschuß des Main-Taunus-Kreises als Umlegungsbehörde

2771

Baulandumlegung für das Gebiet zwischen Lorsche Weg und Kirschenweg.

Auf Grund des § 29 des Hessischen Aufbaugesetzes vom 25. Oktober 1948 — GVBl. S. 139 — wird folgendes bekanntgegeben:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Viernheim hat unter dem 16. 9. 1960 beschlossen, das Gelände zwischen Lorsche Weg und Kirschenweg umzulegen. Von der Umlegung werden die Grundstücke, Flur 17, Nr. 91/2 — 104 und Flur 17, Nr. 115 und 116 erfaßt.

2. Das Umlegungsgebiet ist in dem Umlegungsplan durch einen grünen Farbstreifen begrenzt und führt den Namen: „Umlegungsgebiet zwischen Lorsche Weg und Kirschenweg.“

3. Die Freilegungspflicht wird einheitlich auf 20% des eingeworfenen Geländes festgelegt. Die Kosten sind von den beteiligten Grundstücksbesitzern anteilmäßig zu tragen.

4. Wer nach Eintragung des Umlegungsvermerks durch Rechtsgeschäft Beteiligter im Sinne des § 28 des Aufbaugesetzes wird, muß das bisherige Verfahren gegen sich gelten lassen. Eine Erhöhung der auf das Grundstück entfallenden Gesamtschuldung kann auf Grund solcher Rechtsgeschäfte nicht eintreten.

5. Nach Bekanntmachung der Einleitung des Umlegungsverfahrens darf die Nutzungsart eines Grundstückes im Umlegungsverfahren nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde geändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen bisherigen Wirtschaftsbetrieb gehören. Bauanlagen dürfen nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde neu errichtet, wiederhergestellt oder wesentlich verändert werden.

6. Diese Bekanntmachung und der Umlegungsplan werden im Stadtbauamt Viernheim, Ketteler Straße 16, zwei Wochen lang nach Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen zur Einsichtnahme für die Beteiligten ausgelegt.

Viernheim, 29. 9. 1960

Der Magistrat der Stadt Viernheim
Mandel, Bürgermeister

Gerichtsangelegenheiten

2772

Zulassung als Rechtsbeistand

371/2: Herrn Dipl. rer. pol. Joachim Schmieding in Korbach, Bahnhofstraße 2, habe ich als Rechtsbeistand mit dem Geschäftssitz in Korbach — ohne Erlaubnis zum mündlichen verhandeln gemäß § 157 Absatz 3 ZPO — zugelassen.

Kassel, 26. 9. 1960

Der Landgerichtspräsident

2773

Aufgebote

F 2/60 — 29. 9. 1960: Durch **Ausschlußurteil** vom 28. 9. 1960 sind die Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Bad Schwalbach Blatt 752 unter lfd. Nr. 3 und 6 für den Restaurateur Max Müller in Neuweg, Blotzheim eingetragenen Hypotheken von 8859,82 GM und 5676,65 GM für kraftlos erklärt worden.

Amtsgericht Bad Schwalbach

2774

4 F 1/60 — 20. 9. 1960: Durch **Ausschlußurteil** vom 20. 9. 1960 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Schlangenbad Blatt 313 in Abt. III Nr. 3 eingetragene Restkaufgeldhypothek von 26 000 DM für kraftlos erklärt worden.

Amtsgericht Bad Schwalbach

2775

2 F 8/60 — **Aufgebot**: Frau Erna Hartmann aus Datterode, Kreis Eschwege hat das **Aufgebot** des Versicherungsscheines Nr. 666716—410—372 der Concordia Lebensversicherungs AG in Köln betr. Lebensversicherung nach dem Landwirt Gerhard Hartmann aus Datterode über 10 000 DM, fällig spätestens am 1. 1. 1998 beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Dezember 1960 um 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 122, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Eschwege, 14. 9. 1960

Amtsgericht

2776

Beschluß

F 9 60: Frau Erika Brügger geb. Schöpp, Ehefrau des Kurt Brügger, wohnhaft in Klein-Umstadt, Bachgasse 25, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer des Grundstücks Flur 4 Nr. 117/2, Gartenland, hinter dem Junkernhaus, 87 qm, eingetragen im Grundbuch für Klein-Umstadt, Band 6, Blatt 445, auf den Namen des Adam Knöll 2 und Ehefrau Christine geb. Bausch in Errungenschaftsgemeinschaft gem. § 927 BGB beantragt.

Die eingetragenen Eigentümer sind verstorben. Ihre Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens zu dem auf Freitag, den 9. 12. 1960 um 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung mit ihren Rechten erfolgen wird.

Groß-Umstadt, 26. 9. 1960 Amtsgericht

2777

55 F 7/60 — **Aufgebot**: Die Ehefrau des Schreiners Wilhelm Heuckeroth, Gertrud Heuckeroth, geb. Hubenthal in Oberkaufungen, Leipziger Straße 116 hat das Aufgebot der im Grundbuch von Oberkaufungen, Band 20, Blatt 978 eingetragenen Eigentümer 1. August Staude in Berlin, 2. Marie Staude und 3. Elise Staude, beide in Amerika, Kinder der Ehefrau des Heinrich Staude Elisabeth geb. Möhlhenrich von Oberkaufungen und deren Erben beantragt.

Die Berechtigten werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 9. Februar 1961, vormittags 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Kassel, Eugen-Richter-Str. 4, Zimmer 107, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls sie mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Kassel, 26. 9. 1960

Amtsgericht, Abt. 55

2778

Ausschlußurteil

54 F 1/60: Der Brief über die im Grundbuch von Nordshausen, Blatt 428 in Abt. III unter Nr. 10 für Fräulein Hanne Zaubitzer eingetragene Hypothek in Höhe von 1319,83 DM wird für kraftlos erklärt.

Kassel, 22. 9. 1960

Amtsgericht, Abt. 54

2779

Ausschlußurteil

54 F 14/59: 1) Der Gläubiger, der im Grundbuch von Kassel, Band 185, Blatt 4015 in Abt. III unter Nr. 1 für den Bankbeamten Karl Meyer zu Kassel eingetragene Hypothek von 3850 Goldmark, verzinslich zu 6%, wird mit seinem Rechte auf diese Hypothek ausgeschlossen.

2) Die Briefe über die im Grundbuch von Kassel, Band 185, Blatt 4015 in Abt. III für Gertrud Beimdieck eingetragenen Hypotheken, lfd. Nr. 5 von 2813,53 RM und lfd. Nr. 6 von 600,— RM werden für kraftlos erklärt.

Kassel, 22. 9. 1960

Amtsgericht, Abt. 54

2780

Ausschlußurteil

56 F 2/60 — Im Namen des Volkes: In der Aufgebotsache des Chemiewerkers Willi Kühle, Ihringshausen, Kreis Kassel, Lessingstr. 23, vertr. durch Rechtsanwalt Dr. Julius Linker, Kassel, Antragssteller, hat das Amtsgericht in Kassel, Abt. 56 für Recht erkannt:

Der Hypothekenbrief zu der in Abteilung III, Nummer 3, im Grundbuch von Ihringshausen, Band 21, Blatt 686, für die Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau eingetragene Hypothek über Goldmark 4000 DM wird für kraftlos erklärt.

Kassel, 21. 9. 1960

Amtsgericht, Abt. 56

2781

56 F 9/60 — **Aufgebot**: Der Kaufmann Wilhelm Krüger in Kassel, Holländische Straße 37, hat beantragt den über die im Grundbuch von Wahlershausen Blatt 671 in Abteilung III unter Nr. 14 eingetragene Hypothek von 1000,— RM nebst 7 von Hundert Zinsen ab 15. März 1934 gebildeten Brief für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, dem 4. Januar 1961 um 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, sonst wird das Gericht die Urkunde für kraftlos erklären.

Kassel, 20. 9. 1960

Amtsgericht, Abt. 56

2782

3 F 2/60 — **Aufgebot**: Durch Urteil vom 20. 9. 1960 ist der Eigentümer des einen Drittels des im Grundbuch von Korbach, Band 30, Blatt 885, eingetragenen Grundstücks, als dessen Eigentümer der Schneidermeister Wilhelm Reiser eingetragen ist, mit seinem Rechte ausgeschlossen.

Korbach, 27. 9. 1960

Amtsgericht

2783

92 F 5/60 — **Aufgebot**: Herr Wolfram Koch, St. Moritz-Dimley-Schweiz, Villa Grusaida, als Gläubiger, hat beantragt, den Brief über die im Grundbuch von Wiesbaden-Bierstadt, Blatt 1563, Abteilung III, lfd. Nr. 5, eingetragene Hypothek von 4000,— Goldmark aufzubieten.

Die Inhaber dieser Urkunde werden aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermin am 14. Februar 1961, vormittags 9 Uhr vorm Amtsgericht Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 250, ihre Rechte anzumelden und diese Urkunde vorzulegen, andernfalls sie für kraftlos erklärt werden wird.

Wiesbaden, 27. 9. 1960

Amtsgericht, Abt. 92

2784

2 F 6/60 — **Aufgebot**: Der Brief über die im Grundbuch von Witzhausen, Band 42, Blatt 80 A in Abt. III unter lfd. Nr. 8, für die Ehefrau Louise Ludwig geb. Sperling in Witzhausen eingetragene Grundschuld von 3000,— GM ist durch Ausschlußurteil vom 15. September 1960 für kraftlos erklärt worden.

Witzhausen, 17. 9. 1960

Amtsgericht

2785

2 F 3/60 — **Aufgebot**: Die Eheleute Gast- und Landwirt Heinrich Immke und Hermine geb. Apel in Eichenberg, Kreis Witzhausen, Bahnhof 58, haben das Aufgebot zur Ausschließung des Gläubigers der im Grundbuch von Eichenberg Band VI, Blatt 43, in Abt. III unter laufender Nummer 14 für die Witwe des Kellners Thomas Knackrick, Anna geb. Zehrt in Eichenberg eingetragenen brieflosen, mit 5% verzinslichen Restkaufgeldhypothek von 3717,39 RM gem. § 1170 BGB beantragt.

Die eingetragene Gläubigerin ist am 26. Juni 1949 in Hann.-Münden verstorben.

Etwaige Berechtigte werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 15. Dezember 1960 um 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Sitzungssaal, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, da sie sonst ausgeschlossen werden.

Witzenhausen, 27. 9. 1960 **Amtsgericht**

2786 Güterrechtregister

GR 436 — Güterrechtsregister: Rechtspfleger Otto Rudolf Karl Holland, Butzbach, Teichgasse 8, hat durch notarielle Urkunde vom 30. Juni 1958 (Art. 8 I Nr. 3—5 Gleichber. Ges. vom 18. 6. 1957) erklärt, daß für seine Ehe mit Elise Holland geb. Benkowitz in Butzbach, Gütertrennung gelten soll.

Butzbach, 26. 9. 1960 **Amtsgericht**

2787

GR 248 — Güterrechtsregister: Kraftdroschkenbesitzer Max Scholl und Ehefrau Hermine, geb. Ellenberger, beide wohnhaft in Bad Hersfeld.

Durch Vertrag vom 27. Juli 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

Bad Hersfeld, 28. 9. 1960 **Amtsgericht**

2788

GR 241 — 21. 9. 1960: Eheleute Textilkaufmann Arthur Speyer und Camilla Irmgard Speyer geb. Quitmann beide in Niederwalluf.

Durch Ehevertrag vom 16. August 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Eltville

2789

GR 103: Die Eheleute Kaufmann Karl Schröder und Selma Schröder geb. Burandt, gesch. Koch in Fritzlar leben auf Grund notariell beurkundeten Ehevertrags vom 10. 6. 1950 in Gütertrennung.

Fritzlar, 26. 9. 1960 **Amtsgericht**

2790

GR II Nr. 159a — 21. 9. 1960: Gastwirt Heinz Rieger und Hilde geb. Wolf, beide in Friedberg/H.

Durch Ehevertrag vom 9. Mai 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Friedberg (Hessen)

2791

5 GR 1051 — 27. 9. 1960: August Huber, Lehrer i. R. in Großenlütder, Kreis Fulda, und Josepha, geb. Schmitt.

Durch notariellen Vertrag vom 24. August 1960 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Vermögen wird vom Ehemann allein verwaltet. Der überlebende Ehegatte allein verwaltet. Der überlebende Ehegatte setzt die Gütergemeinschaft mit den Abkömmlingen fort.

Amtsgericht Fulda, Abt. 5

2792

GR 351A: Karl Hejpetr und dessen Ehefrau Margarete Hejpetr, geb. Schäfer, beide in Mörfelden, Goethestr. 20.

Gemäß Ehevertrag vom 23. 8. 1960 haben die Eheleute Gütertrennung vereinbart.

Groß-Gerau, 21. 9. 1960 **Amtsgericht**

2793

4 GR 889 — 20. 9. 1960: Friseur Eduard Schindler und Edeltraud geb. Knoblich, Hanau a. M., Emil-Behring-Straße 6.

Durch Vertrag vom 31. 5. 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

4 GR 890 — 20. 9. 1960: Technischer Bundesbahninspektor Kurt Winkler und Sigrid geb. Nohl, Hanau a. M., Freigerichtstraße 40a.

Durch Vertrag vom 11. August 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 891 — 20. 9. 1960: Dipl.-Ing. Karl Protzmann und Edeltraut geb. Lipinski, Hanau a. M., Hochstädterlandstraße 27.

Durch Vertrag vom 9. 5. 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Hanau (Main)

2794

5 GR 192a — In unser Güterrechtsregister Nr. 192a wurde heute folgendes eingetragen: Willi Honisch, Gastwirt, Lampertheim, Wilhelmstraße 30 und dessen Ehefrau Eva Honisch geb. Gruber, daselbst.

Durch Vertrag vom 18. Juli 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

Lampertheim, 22. 9. 1960 **Amtsgericht**

5 GR 193 — In unser Güterrechtsregister Nr. 193 wurde heute folgendes eingetragen: Albert Friedrich Pfeil, Spengler, Lampertheim, Alicestraße 11 und dessen Ehefrau Charlotte geb. Seifert, daselbst.

Durch Vertrag vom 9. Mai 1960 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

Lampertheim, 22. 9. 1960 **Amtsgericht**

5 GR 193a — In unser Güterrechtsregister wurde heute folgendes eingetragen: Tobias Göbel, Maschinenschlosser, Lampertheim, Römerstraße 32 und dessen Ehefrau Katharina Margarete Göbel geb. Rettig, daselbst.

Durch Vertrag vom 30. Juni 1960 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

Lampertheim, 22. 9. 1960 **Amtsgericht**

5 GR 194 — In unser Güterrechtsregister wurde heute unter Nr. 194 eingetragen: Karl Scheibel, Kaufmann, Lampertheim, Wormser Straße 48 und dessen Ehefrau Marianne geb. Werron, daselbst.

Durch Vertrag vom 26. März 1960 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

Lampertheim, 23. 9. 1960 **Amtsgericht**

2795

Neueintragung

GR 308: Kulemann Manfred, Fotografenmeister und Annemaria geb. Weimer, Limburg.

Durch Ehevertrag vom 10. August 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

Limburg (Lahn), 23. 9. 1960 **Amtsgericht**

2796

Neueintragung

GR 78 A: Eisenbahner Rudolf Massak und Anneliese geborene Mainz, beide in Weiterode, Flutbrücke.

Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Rotenburg (a. d. Fulda), 28. 9. 1960

Amtsgericht

2797

GR 365 — 15. 9. 1960: Eheleute Lothar Konrad Back, Gürtler in Hainstadt a. M., Gartenstraße 8 und Heide Marie Martha geb. Ahrendt, daselbst.

Durch Vertrag vom 26. August 1960 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Seligenstadt (Hessen)

2798 Handelsregister

H R B 21: In unserem Handelsregister Abt. B ist heute unter Nr. 21 betr. die Fa. Ondal, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Hünfeld eingetragen worden:

Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 18. 7. 1960 ist das Stammkapital auf 10 000 000 DM erhöht und § 5 des Gesellschaftsvertrages entsprechend geändert worden. Die Kapitalerhöhung erfolgte aus Gesellschaftsmitteln.

Hünfeld, 13. 9. 1960 **Amtsgericht**

2799

Neueintragung

H R A 43: Johannes Wahl, (Manufakturwaren-Einzelhandel) Breitenbach am Herzberg. Inhaber: Textilkaufmann Johannes Wahl II. in Breitenbach a. H.

Oberaula, 21. 9. 1960

**Amtsgericht Neukirchen
Zweigstelle Oberaula**

2800

Veränderung

H R A 39: Heinrich Rüffer & Co., Breitenbach am Herzberg: Der persönlich haftende Gesellschafter Bauingenieur Thomas Rüffer, Breitenbach a. H., ist aus der offenen Handelsgesellschaft ausgeschieden.

Oberaula, 21. 9. 1960

**Amtsgericht Neukirchen
Zweigstelle Oberaula**

2801

Neueintragung

HRA 80 — 20. 9. 1960: Markthalle Ernst Lehmann OHG, Lebensmittel- und Feinkosthandlung, Wolfhagen. Kaufmann Ernst Lehmann, Ehefrau Berta Lehmann geb. Schutt, Kaufmann Gerhard Lehmann, sämtlich in Wolfhagen. Offene Handelsgesellschaft.

Die Gesellschaft hat am 1. Juli 1960 begonnen. Zur Vertretung ist der Kaufmann Ernst Lehmann allein berechtigt.

Amtsgericht Wolfhagen

2802

Musterregister

Musterregister 31: Firma Braun, Wettberg & Co., Beerfelden/Odw. Anmeldung am 16. September 1960 um 9.05 Uhr: 1 Muster: Pistolenförmige Kleider- oder Haarbürste, deren Griff in Form einer Pistole gearbeitet ist, Griff aus Buchenholz, farbig lackiert oder mit Leder bezogen, mit Metallbeschlägen zur Imitierung des Abzughahnes, Kimme und Korn sowie einem Metallband um den Lauf. Eine Seite des Schaftes mit weißen oder schwarzen Kunst- oder Naturborsten bestückt. Plastisches Erzeugnis. Schutzfrist 3 Jahre.

Beerfelden, 28. 9. 1960 **Amtsgericht**

2803 Vereinsregister

VR 306 — 19. 9. 1960: Wahlblock — Marburg/Lahn. Sitz: Marburg/Lahn.

Amtsgericht Marburg (Lahn)

2804**Neueintragung**

VR 148 — 22. 9. 1960: Turn- und Sportverein 1913 Usseln. Sitz: Usseln.

Amtsgericht Korbach

2805 Vergleiche — Konkurse**Beschluß**

2 VN 260: Das **Vergleichsverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Willy Ruppert, Arolsen, Inhaber der handelsrechtlich eingetragenen Firma Willy Ruppert, Lebensmittelgroßhandel in Arolsen, wird aufgehoben, da und nachdem der Vergleichsverwalter angezeigt hat, daß der Schuldner den im Termin vom 30. Juni 1960 angenommenen und durch Beschluß vom 7. Juli 1960 bestätigten Vergleich erfüllt hat.

Arolsen, 12. 9. 1960

Amtsgericht

2806

6 N 32/59: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Peter Dörr und Sohn in Darmstadt ist nach Abhaltung des Schlußtermins gemäß § 163 KO aufgehoben.

Die Vergütung der Gläubiger-Auschuß-Mitglieder ist auf je 50 DM festgesetzt.
Darmstadt, 22. 9. 1960

Amtsgericht

2807

N 2/60 — **Konkursverfahren**: Über das Vermögen des Kaufmanns Karl Heinrich Theodor Brenner, z. Z. Eisenach/Thür., Aufnahmeheim, Eichrodter Weg, Alleininhabers der Firma Karl Brenner in Groß-Umstadt, Säge-, Hobel- und Holzverarbeitungswerk und Holzhandlung, wird heute, am 29. September 1960 um 13 Uhr Konkurs eröffnet, da der Gemeinschuldner zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Gerichtstaxator Carl Polkin, Offenbach a. M., Frankfurter St. 56, Tel. 8 25 94.

Konkursforderungen sind bis zum 10. 11. 1960 nur beim Gericht in 2facher Fertigung anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Donnerstag, 3. November 1960 um 9 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, 1. Dezember 1960 um 9 Uhr vor dem Amtsgericht in Groß-Umstadt, Wilhelm-Leuschner-Straße Nr. 44, Erdgeschoß, Zimmer 4.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 25. Oktober 1960 anzeigen.

Dem Schuldner wird allgemein verboten, Gegenstände seines Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot. Unter dieses Verbot fällt auch die Eintreibung von Außenständen.

Groß-Umstadt, 29. 9. 1960

Amtsgericht

2808

81 N 69/58: In dem **Anschlußkonkursverfahren** über das Vermögen der Gesellschaft für wärmewirtschaftliche Anlagen mbH, Frankfurt am Main, Emil-Claar-Str. 8, soll eine Abschlagsverteilung stattfinden.

Die verfügbare Masse beträgt 19 247,72 Deutsche Mark. Zu berücksichtigen sind nichtbevorrechtigte Forderungen im Betrage von 299 630,53 DM. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main (Konkursabteilung) zur Einsicht der Beteiligten aus
Frankfurt (Main), 28. 9. 1960

Der Konkursverwalter:

Herbert Schminck
Rechtsanwalt und Notar

2809

81 N 238/59: Im **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Fritz Glagla, Frankfurt am Main, Voelckerstraße 17, jetzt: Grüneburgweg 4.

Es soll Schlußverteilung erfolgen. Schlußtermin steht am 14. 10. 1960 beim Amtsgericht Frankfurt am Main an.

Bei der Schlußverteilung sind noch zu berücksichtigen 97 415,75 DM. In diesem Betrag ist eine Ausfallforderung enthalten in Höhe von 59 796,63 DM. Den Ausfall gibt der Gläubiger mit 59 297,87 DM an.

An Masse sind 14 380,80 DM vorhanden. Schlußverzeichnis und Schlußrechnung sind beim Amtsgericht Frankfurt am Main zu Aktenzeichen 81 N 238/59 eingereicht.

Frankfurt (Main), 28. 9. 1960

Der Konkursverwalter:

Dr. Reiners
Rechtsanwalt und Notar

2810**Beschluß**

81 N 115 60: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Hainzl Tours, Reise-Organisation GmbH, Frankfurt (Main), Goetheplatz 9, wird mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse nach § 204 KO eingestellt.

Für den Konkursverwalter wurde eine Vergütung von 500 DM festgesetzt.
Frankfurt (Main), 23. 9. 1960

Amtsgericht, Abt. 81

2811**Beschluß**

4 N 18/58: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des Dachdeckermeisters Karl Kröck aus Gießen, Alleininhaber der Firma Philipp Kröck & Sohn in Gießen, Mühlstraße 30, ist mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse gemäß § 204 KO eingestellt. Festgesetzt sind: Vergütung des Konkursverwalters 300 DM, seine Auslagen 130 DM.

Gießen, 26. 9. 1960

Amtsgericht

2812

N 2/59: In dem **Nachlaßkonkursverfahren** über das Vermögen des in Raboldshausen, Krs. Fritzlar-Homberg wohnhaft gewesenen und daselbst im September 1958 verstorbenen Adam Mand ist Schlußtermin auf den 8. November 1960, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Obertorstr. 9 — Sitzungssaal — bestimmt. Der Termin dient zur Prüfung der nachträglich angemeldeten und der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke.

Homburg, Bez. Kassel, 30. 9. 1960

Amtsgericht

2813

N 1/60: In dem **Konkursverfahren** über den Nachlaß der am 8. Dezember 1959 in Schöningen Krs. Helmstedt verstorbenen, zuletzt in Reichelsheim Odw. wohnhaft gewesenen Zahnärztin Dr. med. dent. Margarete Scharffe ist Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Konkursverwalters, über die etwaige Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den Montag, den 31. Oktober 1960 um 10 Uhr vor dem Amtsgericht Reichelsheim (Odenw.), Zimmer 1, bestimmt.

Reichelsheim (Odenw.), 23. 9. 1960

Amtsgericht

2814**Beschluß**

N 1 60: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Hans Zaborosch in Treysa, Nordweg 4, wird die an die Erben des verstorbenen Konkursverwalters Müller in Treysa zu zahlende Vergütung auf 2100 DM festgesetzt. Die den Erben des verstorbenen Konkursverwalters zu erstattenden Auslagen werden auf 691 DM festgesetzt.

Treysa, 27. 9. 1960

Amtsgericht

2815

62 N 2/58: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Malermeisters Ernst Klein in Wiesbaden-Biebrich, Dilttheystraße 4, hat das Amtsgericht Schlußtermin und Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 24. Oktober d. J. um 10 Uhr, Zimmer Nr. 319, angesetzt.

Die Summe aller Forderungen beträgt noch 93 438,73 DM. Zur Verteilung kommen noch 1667,81 DM. Ein Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderung liegt zur Einsicht der Beteiligten bei der Geschäftsstelle des Amtsgerichts aus.

Wiesbaden, 27. 9. 1960

Der Konkursverwalter

Kurt Bormann
Wiesbaden, Beethovenstr. 14

2816

62 N 40/59: In dem Nachlaßkonkursverfahren betr. den am 7. Mai 1959 verstorbenen Grundstücksmakler Friedrich Dippel, wohnhaft gewesen in Wiesbaden, Walramstraße 21, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den 24. Oktober 1960 um 11 Uhr, Zimmer 319, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berichtenden Forderungen.

Vergütung des Konkursverwalters: 1825 DM; Auslagen: 55 DM.

Wiesbaden, 22. 9. 1960

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2817

K 20/54 — **Zwangsversteigerung:** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das Bergwerkseigentum an dem im Berggrundbuch von Kleingladenbach, Band 1, Blatt 4, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen der Gewerkschaft Langenhain in Friedberg (Hessen), Geschäftsstelle Stuttgart-S, Rosenstraße 37, eingetragenen Bergwerk namens Boxbach, am Montag, dem 14. 11. 1960 um 10 Uhr durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle Hainstraße 72, Zimmer 7, versteigert werden.

Das Bergwerk liegt im Kreise Biedenkopf zunächst der Stadt Biedenkopf, ist zu einer Feldesgröße von 12 770 981 qm verliehen. Die früheren einzelnen Felder sind zu einem Konsolidationsfeld zusammengeschlossen worden und betreffen Kupfer-, Blei-, Zink- und Eisenerz und Schwefelkies.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. 12. 1954 in das Grundbuch eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Biedenkopf, 26. 9. 1960

Amtsgericht

2818

K 12/60 — **Zwangsversteigerung:** Das im Grundbuch von Groß-Karben, Band Nr. 10, Blatt 746, eingetragene Grundstück Nr. 2, Gemarkung Groß-Karben, Flur Nr. 1, Flurstück 562/12, Hof- und Gebäudefläche, Siedlerstraße 1, soll am 24. Nov. 1960 um 15 Uhr in Groß-Karben auf der Bürgermeisterei, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 7. 1960 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wolfgang Kötter, Elektromonteur in Groß-Karben (geb. am 1. 5. 1934).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Bad Vilbel, 22. 9. 1960

Amtsgericht

2819

Beschluß

6 K 51/60 — **Zwangsversteigerung:** Die im Grundbuch von Gräfenhausen, Band Nr. 17, Blatt 1193, eingetragenen Grundstücke: lfd. Nr. 31, Fl. 3, Nr. 108, Ackerland am Erzhäuser Pfad, 13,52 Ar, lfd. Nummer 32, Flur 3, Nr. 116, Ackerland auf den Schülerteich, 17,45 Ar, sollen am 1. Dezember 1960 um 8.30 Uhr im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 9. 1960 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Otto Kehm, Arbeiter in Gräfenhausen, Mühlenstraße 9, 2. Magdalene Kehm geb. Bauer, daselbst — in Gütergemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 29. 9. 1960

Amtsgericht

2820

Beschluß

8 K 44/55: I. Die im Grundbuch von Steinbach, Band 3, Blatt 93, eingetragenen Grundstücke Nr. 2, Flur 5, Flurstück 32, Lieg. B. 226 Unland (Halde) unterm Wasser, 25,40 Ar; Nr. 3, Flur 5, Flurstück 365/35 Grünland im Weidchen, 4,99 Ar; Wiese im Weidchen, 2,20 Ar; Nr. 4, Flur 5, Flurstück 363/33, Wiese im Weidchen, 14,73 Ar; Nr. 5, Flur 5, Flurstück 355/34, Grünland im Weidchen, 7,90 Ar; Wiese im Weidchen, 16,43 Ar; Nr. 6, Flur 5, Flurstück 356/34, Halde (Abbau) aufm Hundsborn, 6,27 Ar; Nr. 7, Flur 5, Flurstück 77, Hof- und Gebäudefläche, Hüttenweg 88, 37,05 Ar; Nr. 8, Flur 5, Flurstück 78, Hof- und Gebäudefläche Hüttenweg Nr. 89, 23,84 Ar;

II. das im Berggrundbuch des Amtsgerichts Dillenburg, Band 12, Blatt 472, eingetragene, im Dillkreis bei Dillenburg gelegene Bergwerk Blei-, Zink-, Kupfer-, Nickel- und Arsenikerzgrube „Freudenzeche“ — Feldgröße 1 084 730 qm;

III. das im Berggrundbuch des Amtsgerichts Dillenburg, Band 10, Blatt 375, eingetragene, im Dillkreis bei Dillenburg gelegene Bergwerk Kupfererzgrube „Bergmannsglück“ ausgedehnt auf die Gewinnung von Blei- und Zinkerzen — Feldgröße 373 002 qm sollen am 12. Dezember 1960 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wilhelmstraße, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19./20. 4. 1956 (Tag des Versteigerungsvermerks): von I und II: Die Gewerkschaft „Freudenzeche“ in Rheydt, von III: Die Gewerkschaft „Bergmannsglück“ in Rheydt.

1) Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a, Abs. 5 ZVG festgesetzt durch Beschluß vom 4. 3. 1957 auf 92 445 DM, der Wert der beweglichen Gegenstände bei Nichtberücksichtigung der von der Versteigerung ausgenommenen auf 1200 DM;

2) der Wert der beiden Bergwerke durch Beschluß vom 14. 3. 1957 und zwar

a) der Kupfererzgrube „Bergmannsglück“ auf 8000 DM und

b) der Blei-, Zink-, Nickel- und Arsenikerzgrube „Freudenzeche“ auf 22 000 DM, zusammen: 123 645 DM.

Bieter auf landwirtschaftlich genutzte Flächen von zusammen über 25 Ar bedürfen der Zustimmung des Landwirtschaftsamtes in Herborm, Bieter auf landwirtschaftlich genutzte Flächen von zusammen über 1 ha bedürfen der Genehmigung des Landwirtschaftsgerichtes.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Dillenburg, 15. 9. 1960

Amtsgericht

2821

Beschluß

6 K 8/60 — **Zwangsversteigerung:** Die im Grundbuch von Eschwege A. Band Nr. 108, Blatt 4473, B. Band 114, Blatt 4701 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Eschwege,

zu A: lfd. Nr. 1, Flur 51, Flurstück 253/36, Gartenland Bremerstraße, 0,10 Ar, lfd. Nr. 2, Flur 17, Flurstück 56, Ackerland am Rasenweg, 55,56 Ar, lfd. Nr. 3, Flur Nr. 17, Flurstück 48, Ackerland am Rasenweg, 22,58 Ar, lfd. Nr. 4, Flur 17, Flurstück 49, Ackerland am Rasenweg, 28,49 Ar, lfd. Nummer 5, Flur 51, Flurstück 101, Hof- und Gebäudefläche, Bremer Straße 6, 3,98 Ar;

zu B: lfd. Nr. 2, Flur 13, Flurstück 19, Grünland am Teufelsgraben, 12,64 Ar, lfd. Nummer 5, Flur 13, Flurstück 20, Grünland am Teufelsgraben, 11,14 Ar, sollen auf Antrag der Witwe Friederike Diegel geb. Geldmacher in Naunhof-Lindhardt am 14. Dezember 1960 um 10 Uhr im Gerichtsgebäude, Eschwege, Bahnhofstraße Nr. 30, Zimmer 121, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. Mai 1960 (Tag des Versteigerungsvermerks):

zu A: a) Witwe Emma Luise Friederike Diegel geb. Geldmacher in Naunhof-Lindhardt, zur Hälfte, b) dieselbe wie a), c) Schmied Karl Heinrich Diegel, Eschwege, Unter dem Berge 19, d) Landwirt Willy Heinrich Diegel, Eschwege, Lessingstraße Nr. 3, e) Witwe Hilde Dröge geb. Diegel, Eschwege, f) Ehefrau Katharina Zeise geb. Diegel, Naunburg/Saale, g) Schmied Heinrich Rudolf Diegel, Eschwege, zu A: b) bis g) in ungeteilter Erbengemeinschaft zur Hälfte;

zu B: wie zu A: b) bis g) in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke ist nach Paragraph 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt durch rechtskräftigen Beschluß vom 21. 7. 1960 auf insgesamt 13 688 DM.

Zur Abgabe von Geboten ist die Genehmigung des Landwirtschaftsgerichts in Eschwege erforderlich.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Eschwege, 26. 9. 1960

Amtsgericht

2822

84 K 28/60: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk 19, Band 1, Blatt 9, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1 und 2, Gemarkung Frankfurt (Main), Flur 288, Flurstück 20, Hof- und Gebäudefläche, Vogtstraße 82 = 5,87 Ar groß und Flurstück 32/7, Hof- und Gebäudefläche, Vogtstraße 82 = 0,63 Ar groß am 23. November 1960 um 9,30 Uhr im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. Juni 1960, Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks, Frau Ursula Münster, geb. Dracker, in Nürnberg. Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 233 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 3. 10. 1960

Amtsgericht, Abt. 84

2823

84 K 52/60 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main)-Höchst, Bezirk Kelsterbach, Band 41, Blatt 2369, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 14, Gemarkung Kelsterbach, Flur 3, Flurstück 374, Ackerland (Obstb.), Am Mörfelder-, Schlichter- und grünen Weg, 22,32 Ar groß, am 23. November 1960 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude B, Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Zimmer 337, III. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 26. Juli 1960 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Marie Dorothea Thoma geb. Volz, Ehefrau des Heinrich Thoma, Kelsterbach.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 11 705 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 26. 9. 1960

Amtsgericht, Abt. 84

2824

6 K 11/59 — Zwangsversteigerung: Das im Grundbuch von Trebur, Band 49, Blatt 2365 eingetragene Grundstück Nr. 1, Gemarkung Trebur, Flur 1, Flurstück 363, Hof- und Gebäudefläche, Rüsselsheimer Str. 18, 2,69 Ar (Schätzwert: 18 538 DM), soll am Dienstag, dem 29. November 1960 um 10 Uhr im Bürgermeistereigebäude in Trebur durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. Juni 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ernst Ewald, Elektromechaniker in Trebur.

Steigliebhaber werden darauf aufmerksam gemacht, daß auf Antrag 1/10 des Bargebotes als Sicherheit zu leisten ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 28. 9. 1960

Amtsgericht

2825

K 14/60 — Zwangsversteigerung: Das im Grundbuch von Erdhausen, Krs. Biedenkopf, Band 1, Blatt 8, eingetragene Grundstück, Nr. 13, Gemarkung Erdhausen, Flur Nr. 14, Flurstück 47/1, LB 177, GB 42, Hof- und Gebäudefläche, Schneebergstr. Nr. 19, 6,02 Ar, soll am 25. November 1960 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Gladenbach, Gießener Straße 27, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. Juli 1960, Tag des Versteigerungsvermerks, Kaufmann Ludwig Becker in Erdhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Gladenbach (Hessen), 30. 9. 1960

Amtsgericht

2826

Beschluß

K 3/60 — Zwangsversteigerung: Die im Grundbuch von Görsroth, Band 6, Blatt Nr. 204, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Görsroth, lfd. Nr. 1 Fl.14, Flurstück 53, Ackerld. (Obstb.) im tiefen Graben 4,44 Ar; lfd. Nr. 12, Flur 1, Flurstück 360, Grünld. in d. Goß, 1,56 Ar; lfd. Nr. 15, Flur 2, Flurstück 124, Grünld. im Geisen, 4,20 Ar; lfd. Nr. 17, Flur 2, Flurstück 129, Grünld. im Geisen, 4,98 Ar; lfd. Nr. 34, Flur 14, Flurstück 372/22, Grünld. im tiefen Graben, 1,62 Ar; lfd. Nr. 36, Flur 1, Flurstück 717/21, Hof- und Gebäudefläche Untergasse 23, 4,06 Ar; lfd. Nr. 43, Flur 9, Flurstück 8/3, Ackerld. im Langzahl, 12,10 Ar; lfd. Nr. 44, Flur 2, Flurstück 76, Wiese im Anspann, 3,06 Ar; lfd. Nr. 45, Flur 1, Flurstück 248, Gartenld. im Wiesenplatz, 1,14 Ar; lfd. Nr. 46, Flur 1, Flurstück 361, Grünld. in der Goß, 1,62 Ar; lfd. Nr. 47, Flur 2, Flurstück 144, Grünld. im Geisen, 2,88 Ar; lfd. Nr. 48, Flur 3, Flurstück 82, Wiese i. d. Bachwies, 2,88 Ar; lfd. Nr. 49, Flur 14, Flurstück 89, Ackerld. auf dem Knottenberg, 10,75 Ar; lfd. Nr. 50, Flur 3, Flurstück 75, Wiese i. d. Bachwies, 1,62 Ar; lfd. Nr. 51, Flur 1, Flurstück 99/458, Wiese i. d. Goß, 2,46 Ar; lfd. Nr. 52, Flur 14, Flurstück 371/20, Gartenld. i. tiefen Graben, 1,64 Ar, sollen am 29. November 1960 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude, in Idstein/Ts., Sitzungssaal — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. Mai 1960 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Ruth Steinmetz geborene Frankenhach in Görsroth.

Der Wert der Grundstücke wird nach Paragraph 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf hinsichtlich lfd. Nr. 1 = 125 DM, lfd. Nr. 12 = 45 DM, lfd. Nr. 15 = 115 DM, lfd. Nr. 17 = 140 DM, lfd. Nr. 34 = 75 DM, lfd. Nr. 36 = 6000 DM, lfd. Nr. 43 = 250 DM, lfd. Nr. 44 = 60 DM, lfd. Nr. 45 = 40 DM, lfd. Nr. 46 = 50 DM, lfd. Nr. 47 = 90 DM, lfd. Nr. 48 = 70 DM, lfd. Nr. 49 = 280 DM, lfd. Nr. 50 = 50 DM, lfd. Nr. 51 = 70 DM, lfd. Nr. 52 = 75 DM.

Zur Abgabe von Geboten ist die Genehmigung des Landwirtschaftsamtes Bad Schwalbach erforderlich, die rechtzeitig zu beantragen ist.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Idstein (Taunus), 22. 9. 1960

Amtsgericht

2827

51 K 47/60 — Zwangsversteigerung: Die im Grundbuch von Kassel, Band 98, Blatt 1932, eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Kassel, lfd. Nr. 5: Flur BB, Flurstück 299/47, Lieg.-B. 1580, Geb.-B. 3031, Hof- und Gebäudefläche, Ludwig-von-Wildungen-Straße 24, Größe: 0,23 Ar. lfd. Nummer 6: Flur BB, Flurstück 302/48, Lieg.-B. 1580, Geb.-B. 3031, Hof- und Gebäudefläche, Ludwig-von-Wildungen-Straße 24, Größe: 2,48 Ar, lfd. Nr. 7: Flur BB, Flurstück 303/49, Lieg.-B. 1580, Geb.-B. 3031, Hof- u. Gebäudefläche, Ludwig-von-Wildungen-Straße 24, Größe: 8,32 Ar, lfd. Nummer 8, Flur BB, Flurstück 306/50, Lieg.-B. 1580, Geb.-B. 3031 Hof- und Gebäudefläche, Ludwig-von-Wildungen-Straße 24, Größe: 0,38 Ar, sollen am 30. November 1960 um 8 Uhr im Gerichtsgebäude, Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. August 1960 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe Rosemarie Müller geb. Nickel, Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 21. 9. 1960

Amtsgericht

2828

Beschluß

K 2/60 — Zwangsversteigerung: Das im Grundbuch von Trendelburg, Band 22, Blatt 239, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Trendelburg, Flur 6, Flurstück 19, Hof- und Gebäudefläche, Bremer Straße 108, 11,39 Ar,

soll am 2. Dezember 1960 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Hafenplatz, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 5. 1960, Tag des Versteigerungsvermerks, Schlossermeister Albert Lieber, Trendelburg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 35 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Karlshafen, 20. 9. 1960

Amtsgericht

2829

Beschluß

K 11/58 — Zwangsversteigerung: Das im Grundbuch von Gieselwerder, Band 34, Blatt 365, eingetragene Grundstück, lfd. Nummer 8, Gemarkung Gieselwerder, Flur 8, Flurstück 92/1, Hofraum, Triftstr. 112, 6,76 Ar, soll am 25. November 1960 um 9,30 Uhr im Gerichtsgebäude, Karlshafen, Hafenplatz, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Januar 1959 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ww. Wilhelmine Seitz, geb. Rossel, in Gieselwerder.

Der Wert des Grundstücks wird nach Paragraph 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3500 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Karlshafen, 1. 9. 1960 Amtsgericht

2830

5 K 18/60 — **Zwangsvolleistung:** Die im Grundbuch von Egelsbach, Band 13, Blatt 1286, eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 6, Gemarkung Egelsbach, Flur 2, Flurstück 61/3, Lieg.-B. 1172, Gartenland neben der Bahnstraße 0,95 Ar; lfd. Nr. 7, Gemarkung Egelsbach, Flur 2, Flurstück 61/2, Lieg.-B. 1172, Hof- und Gebäudefläche, Bahnstraße 23, 1,44 Ar, sollen am 21. November 1960 um 15 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Sitzungssaal, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. September 1960, Tag des Versteigerungsvermerks, Johannes Kappes IV., Egelsbach.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a, Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 30 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Langen, 22. 9. 1960 Amtsgericht

2831

7 K 31/60 — **Zwangsvolleistung:** Zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft soll das im Grundbuch von Offenbach am Main, Band 60, Blatt 1515, lfd. Nummer 1, Gemarkung Offenbach/Main, Flur 21, Nr. 106, Lieg.-B. 486, Hof- und Gebäudefläche Senefelder Straße 9, 2,59 Ar, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks (29. 8. 1960) auf die Na-

men Dambacher, Obrecht und Langer eingetragene Grundstück am Freitag, dem 25. November 1960, um 9 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstr. 16, Zimmer 49, versteigert werden.

Der Wert des Grundstücks wird nach Paragraph 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 48 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Offenbach (Main), 28. 9. 1960 Amtsgericht, Abt. 7

2832

Beschluß

K 5/60 — **Zwangsvolleistung:** Das im Grundbuch von Sachsenhausen, Bad 8, Blatt 197, eingetragene Grundstück, lfd. Nummer 25, Gemarkung (Verm.-Bez.): Sachsenhausen, Flur 3, Flurstück 32, Wirtschaftsart und Lage: Acker, Wiese, die Fitzgärten, 176,73 Ar, soll am 2. 12. 1960 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude in Treysa, Steinkautsweg Nr. 2, Sitzungssaal, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. Mai 1960 (Tag des Versteigerungsvermerks): Der Kaufmann und Landwirt Heinrich Dippel II, geb. am 26. 5. 1922, in Sachsenhausen.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt. Er ist gem. Beschluß vom 25. 7. 1960 auf 12 000 DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Treysa, 26. 9. 1960 Amtsgericht

2833

Beschluß

1 K 7/60 — **Zwangsvolleistung:** Das im Grundbuch von Hundstadt, Band 12, Blatt 432, eingetragene Grundstück, lfd. Nr. 1, Gemarkung Hundstadt, Flur 42, Flurstück 68/27, Lieg.-B. 256, Geb.-B. 103,

Hof- und Gebäudefläche Hauptstraße 20a, 5,88 Ar, soll am 6. Dezember 1960 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Usingen/Ts., Weilburger Str. 2, Zimmer 16, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. 5. 1960 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wilfried Wick, geb. am 11. 8. 1936, wohnhaft in Hundstadt/Ts.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Absatz 5 ZVG festgesetzt auf 67 352 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Usingen (Ts.), 22. 9. 1960 Amtsgericht

2834

3 K 40/59 — **Zwangsvolleistung:** Die im Grundbuch von Erda, Band 54, Blatt Nr. 1797, eingetragenen Grundstücke

Nr. 1, Gemarkung Erda, Flur 36, Flurstück 102, Hof- und Gebäudefläche, Goßbach Nr. 8, 3,84 Ar; Nr. 4, Gemarkung Erda, Flur 36, Flurstück 89/1, Wiese, Dorfwiesen, 2,11 Ar, Grünland, Dorfwiesen, 3,11 Ar, sollen am 23. 11. 1960 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Zimmer 49, durch Zwangsvolleistung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 8. 1959, Tag des Versteigerungsvermerks, Kaufmann Wilhelm Eckel, Marburg.

Beschluß

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 14. 10. 1959 und der Schätzung des Bauingenieurs Werner Jakob, Erda, vom 7. 6. 1958 gegenüber allen Beteiligten für das Grundstück lfd. Nr. 1 auf 68 000,— DM, für das Grundstück lfd. Nr. 4 auf 2000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

Wetzlar, 28. 9. 1960 Amtsgericht

2835

Beim Landesverkehrsverband Hessen e. V. ist für seinen Gebietsausschuß Oberhessen mit dem Sitz in Alsfeld

eine Angestelltenstelle

entsprechend den Vergütungssätzen nach TO.A V b zu besetzen.

Dem Gebietsbeauftragten obliegt die Förderung des Fremdenverkehrs in den fünf oberhessischen Landkreisen Alsfeld, Büdingen, Friedberg, Gießen und Lauterbach sowie in der kreisfreien Stadt Gießen.

Bei Bewährung kann Übernahme entsprechend den Vergütungssätzen nach TO.A IV erfolgen.

Meldungen unter Vorlage der üblichen Bewerbungsunterlagen werden erbeten bis 15. Oktober 1960 an den 1. Vorsitzenden des Gebietsausschusses Oberhessen, Bürgermeister K r a t z, in Alsfeld.

2836

Andere Behörden und Körperschaften

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt: Martha Wölfer, Gießen, Seltersweg 23, das Sparkassenbuch Nr. 21 133 Helga Wölfer; Georg Engelhardt, Hausen, Garbenteicher Str. 4, das Sparkassenbuch Nr. 31 760 ausgestellt auf den Namen Walter Engelhardt, Hausen; Anna Schüssler, geb. Hammel, Annerod, Tiefenweg 17, das Sparkassenbuch Nr. 58 000/22 143 ausgestellt auf den Namen Wilhelm Hammel, Annerod.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Gießen, 23. 9. 1960

Bezirkssparkasse Gießen
Der Vorstand

Schulwandtafeln

in allen modernen Ausführungen,
mit Glas-, Holz- und Kunststoffschriftflächen

Ernst Steinbrenner, Schultafelfabrikation, Haiger/Dillkr.

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich samstags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugsspreis vierteljährlich DM 3,20 und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Oberregierungsrat Dr. Werner Hoffmann, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur u. Wissen, GmbH, Frankfurt/M., Münchener Str. 54, Ruf 33 12 14 und 33 11 96. Postscheckkonto: Frankfurt/Main Nr. 1173 37. Druck: Druckerei Chmielorz, Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Postfach 109 (Eilsendungen: Wiesbaden, Friedrichstraße 9), Ruf 2 58 61

Anzeigenschluß: jeden Montag um 14 Uhr, Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 3 vom 1. 7. 1960. Auflage: 9800. Umfang: 32 Seiten.

2837

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt: Georg Schwöbel, Heppenheim, Konto-Nr. 60 470, lautend auf Georg Schwöbel, Heppenheim; Renate Schmidl, Heppenheim, Konto-Nr. 69 234, lautend auf Renate Schmidl, Heppenheim; Maria Fischer, Fürth (Odw.), Konto-Nr. 47 428, lautend auf Wolfgang Günther Gerd Fischer, Fürth (Odw.); Dr. Albrecht Beller, Viernheim, Konto-Nr. 3 792, lautend auf Dr. Albrecht Beller, Viernheim; Hedwig Martin, Viernheim, Konto-Nr. 9 056, lautend auf Hedwig Martin, Viernheim; Friedl Lammer, Waldmichelbach (Odw.), Konto-Nr. 5 520, lautend auf Friedl Lammer, Waldmichelbach (Odw.); Friedl Lammer, Waldmichelbach (Odw.), Konto-Nr. 9 056, lautend auf Käthe Lammer, Waldmichelbach (Odw.); Franz Emig, Wahlen (Odw.), Konto-Nr. 5 648, lautend auf Franz Emig, Wahlen (Odw.); Marie Reinhard, Waldmichelbach (Odw.), Konto-Nr. 6 332, lautend auf Marie Reinhard, Waldmichelbach (Odw.); Inge Weißgerber, Waldmichelbach (Odw.), Konto-Nr. 11 158, lautend auf Inge Weißgerber, Waldmichelbach (Odw.).

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Heppenheim (Bergstr.), 20. 9. 1960

Bezirkssparkasse Heppenheim (Bergstr.)
Der Vorstand

2838

Aufforderung: Frau Elisabeth Penopp geb. Esser, Heckershausen bei Kassel, Brandastraße 9, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 2 027 951 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der Stadtsparkasse Kassel anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Kassel, 27. 9. 1960

Stadtsparkasse Kassel
Der Vorstand

2839

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt: 1. Sparkassenbuch Nr. 22 578, Ottilie Schomburg, geb. Bebling, Heuchelheim; 2. Sparkassenbuch Nr. 70 356, Dr. Heinz Walter Krauss, Gießen.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Gießen, 23. 9. 1960

Bezirkssparkasse Gießen
Der Vorstand

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten

Reisebüro **Riedel & Co.**

FLUG	FRANKFURT AM MAIN	Sammel-Nr. 339291
EISENBahn	Kaiserstraße 72 und	
SCHIFF	Gr. Eschenheimer Str. 16-18	

Flugscheine für sämtliche Luftfahrtgesellschaften

Karl Zeitz, Frankfurt/Main
Börsenplatz 5 · Tel. 20966 · FS 0411889/0412987

Alleinverkauf - Import der bekannten Marken:

ARRIGONI - Tomatenkonserven, Obstkonserven aus Italien
MON JARDIN - Gemüsekonserven aus Belgien
LUCIO GAROFALO - ital. Teigwaren.

Lieferung nur über den Großhandel

Quicklebendig
und gesund

Klassica-Sprudel

Bad Vilbel

Milch · Butter · Käse
Eier · Speiseöl · Fette

liefert prompt und günstig

MOLKEREI JAK. BERZ
Bad Schwalbach
Telefon 468 u. 336

WMG - BERZ - KG
Wiesbaden, Deulzeimer Straße 150
Telefon 43657

Haus der modernen Küche

Größtes Küchen-Spezialgeschäft in Hessen · Bornheimer Landstraße 77 · Tel. 48634

FRANKFURT AM MAIN

10 SCHAUFENSTER

Diele Gröber Kraft AEG Kopp Beyer Schmidt Zeyher Wanda
Zweckform Porzellan Leicht Telsa Sie Kuhn-Priester

Großhandel in Anstaltsbedarf:

- PORZELLAN
- GLAS
- METALLWAREN
- MASCHINEN

EUGEN Lacher
GROSSKÜCHEN-EINRICHTUNGEN
Darmstadt · Ruf 7 09 86

Linnenkohl

DUROMA-KAFFEE

Diätfreundlich

A. H. LINNENKOHL

Stammhaus Wiesbaden · Ellenbogengasse 15

Annahmeschluß
von Anzeigen
für den
Staats-Anzeiger
jeden Montag
um 14 Uhr

Gräff'sche FARBENHANDLUNG

TAPETEN · STRAGULA · PUTZMITTEL

Wiesbaden, Gneisenastraße 15, Ecke Yorkstraße, Tel. 40771

Zuverlässiger Lieferant staatl. und städt. Behörden!

HAAS & SOHN · Öfen Paris mit Drucktasten-Mechanik

Noch mehr Heizkomfort als bisher;
noch schnelleres, noch bequemeres Regeln der Heizleistung

W. ERNST HAAS & SOHN
NEUKÖPFUNGSHÜTTE · SINN / BILLKREIS

2840

Aufforderung: Herr Gerhard Plechowiak, Kassel-Oberzwehren. Im Triesch Nr. 25 hat die Kraftloserklärung seines Sparkassenbuches Nr. 2 216 133 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der Stadtparkasse Kassel anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Kassel, 27. 9. 1960

Stadtparkasse Kassel
Der Vorstand

2842

Aufforderung: Herr Dieter Schlapp in Langen, Fahrgasse 17, hat die Kraftloserklärung des auf seinen Namen lautenden Sparkassenbuches Nr. 12 496 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Langen, 26. 9. 1960

Bezirkssparkasse Langen
Der Vorstand

2841

Aufforderung: Herr Hans Wettlauffer, Kassel, Wolfsangerstraße 31 hat die Kraftloserklärung seines Sparkassenbuches Nr. 500 163 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der Stadtparkasse Kassel anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Kassel, 27. 9. 1960

Stadtparkasse Kassel
Der Vorstand

2843

Aufforderung: Frau Erna Rohrer, Bern, Stauffacherstraße 16, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 33 208, ausgestellt auf den Namen Ruth Emma Schmid, Guxhagen, beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches sein Recht bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Melsungen, 26. 9. 1960

Kreis- und Stadtparkasse Melsungen
Der Vorstand

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe



DRÖLL & SCHEUERMANN

Ffm., Roßmarkt 15
Tel. Sa.-Nr. 20056

Immobilien
Vermietungen
Aufbau-Organisation

Hypotheken
Beteiligungen
Geschäftsverkäufe



Hermann Schaaf
„Baldur“-Pianobau
Kleinklaviere

direkt vom Hersteller
Große Auswahl

Neueste Modelle ab DM 1890,-
Stutzflügel „Baldur“ ab DM 4550,-
gebrauchte Pianos ab DM 350,-

Garantie u. bequeme Tz.
Alle Reparaturen
MIETPIANOS

Frankfurt/M., nur Zeil 26, Tel. 2.2037



König & Neuzath Büromöbelfabrik

Seit 1925 Lieferant für Qualitätsbüromöbel

Lieferung durch den Fachhandel

Klein-Karben bei Bad Vilbel · Telefon Nr. 208 u. 156

Alfred Oswald & Co.

Gießen, Plockstraße 14, Fernruf 2335

Bürobedarf, Büromöbel, Büromaschinen

Lieferant staatlicher und kommunaler Verwaltungen und Behörden

Mit Freude
arbeiten
durch



moderne
Büromaschinen
vom

Büro-Einrichtungshaus

LUTZ Ruf 7 34 09
und 7 34 34
Darmstadt - Rheinstraße 22

Stempel-Aufträge

werden kurzfristig u. zu bekannt günstigen Preisen ausgeführt

Stempelfabrik Kurt Scholze

Frankfurt/Main · Postfach 2285 · Telefon 33 49 17

DRUCK- UND VERLAGSHAUS

PHIL. L. FINK KG liefert

GROSS-GERAU · TELEFON 541

Drucksachen für
Behörden und
Industrie in Buch-
und Offsetdruck
Spezialität:
Massendrucksa chen

Diktiergeräte aller Systeme
für Büro, Konferenz und Reise

Tonbandgeräte

Wechselsprechanlagen

Elektrischer Brieföffner

„Rapid“

Unverbindliche Beratung und Vorführung

Stubbe-electronic

Frankfurt (Main)

Im Sachsenlager 4 · Tel. 558838

AIRFIX-Rohrpostanlagen
ANKER-Buchungsautomaten
FRANCOTYP-Frankiermaschinen
RALFS-Theken und Förderbänder
TOTOMETER-Banknotenzähler
VELOPOST-Briefschließmaschinen



Robert Scharpf

Frankfurt (Main)

Friedrich-Ebert-Anlage 44

Tel. 72 51 10 u. 72 60 63

Akten, IBM-Karten

saubere Papierabfälle

in größeren Mengen kauft und holt ab

Papierverwertung E. Rabener, Wiesbaden-Erbenheim

Mainzer Straße 11 · Telefon 710 55

BÜROBEDARF
für Großverbraucher

- Büromöbel
- Büromaschinen

Alfred Dorsch

Papier- und Schreibwaren

Frankfurt am Main

Schifferstr. 12 · Tel. 64869

Wintrich-Feuerlöscher

DEUTSCHE FEUERLÖSCHER- ANSTALT WINTRICH & CO, BENSHEIM · Fernruf 2466

Seit über 50 Jahren bestens bewährt

2814

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 26. September d. J. sind die Sparkassenbücher: Nr. 236 203 lautend auf Elfriede Bittner, Friedrichsdorf/Ts., Hauptstraße 71, und Nr. 233 848 lautend auf Bernhard Bittner, Friedrichsdorf/Ts., Hauptstraße 71, für kraftlos erklärt worden.

Bad Homburg, v. d. H., 28. 9. 1960.

Kreissparkasse des Obertaunuskreises
Der Vorstand

2815

Kraftloserklärung eines Sparkassenbuches: Durch Beschluß vom 27. September 1960 wurde das Sparkassenbuch Nr. 6338, ausgestellt auf den Namen Frau Emma Kumpart, geb. Erdmann, Bodenfelde, für kraftlos erklärt.

Karlshafen, 27. 9. 1960

Stadtsparkasse Karlshafen
Der Vorstand

2816

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 23. September 1960 ist das Sparkassenbuch Nr. 5210 Karl Pfeiffer, Birklar, für kraftlos erklärt worden.

Gießen, 23. 9. 1960

Bezirkssparkasse Gießen
Der Vorstand

2817 Öffentliche Ausschreibung

WIESBADEN: Die Arbeiten zur Beseitigung von Frostschäden im Baubezirk Bad Schwalbach im Zuge der Bundesstraße 260 zwischen Bad Schwalbach und Kemel sollen vergeben werden.

Auszuführen sind: Aufbruch und Erneuerung von rund 4900 qm Fahrbahnflächen einschl. Einbau einer Frostschutzschicht.
Bauzeit: 40 Tage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens Montag, den 3. 10. 1960 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 3,50 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6830 zu Gunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: „Beseitigung von Frostschäden auf der Bundesstraße 260, Straba Wiesbaden.“

Selbstholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 3. 10. 1960 in der Zeit von 8 bis 17 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 11.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 10. Oktober 1960 um 11 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 14 Werktage.

Wiesbaden, 27. 9. 1960

Hess. Straßenbauamt Wiesbaden

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

ICI der in der Welt bewährte
HEV-E-OIL

HEV-E-Oil-Brenner für alle Öle, schwer, mittel und leicht, vollmodulierende Verbrennung, Wärmeleistung 100 000 - 3,6 Mill. kcal/h.

SONVICO - Schwerölfeuerung
SONVICO - Drucköl-Dampfzerstäuber

HEAPP-Oelfeuerung
GmbH
Frankfurt am Main
Alte Gasse 14-16 · Tel. 2557

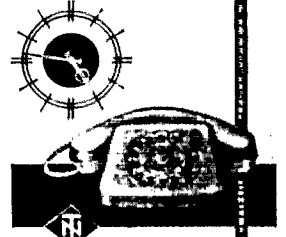


Das leistungsfähige
Großhandelshaus

GUSTRO · GUSTAV ROHRBACH
GROSSHANDLUNG FÜR KRAFTFAHRZEUG- UND WERKSTÄTTBEDARF

FRANKFURT AM MAIN
Mainzer Landstraße 177

Telefon *330966 · Fernschreiber 04-12868 · Postschließfach 3586

Dieses Zeichen ist Sinnbild für Qualität und Leistung eines führenden Spezialunternehmens der Fernmeldetechnik

DOKUPHOT

FOTOKOPIER- UND LICHTPAUSGERÄTE

BEGRIFF FÜR RATIONELLE BÜROARBEIT
DOKUPHOT-Apparatebau Wiesbaden, Mainzer Straße 38a



PÖSCHL

LEUCHTRÖHREN-ANLAGEN

für Werbung u. Raumausleuchtung
FRANKFURT A. M., ESCHENHEIMER ANLAGE 19 · RUF 591241



olivetti

Karl Roeder

Fachunternehmen für Büromaschinen
Reparatur u. Wartung aller Fabrikate

Fulda
Heinrichstraße 10, I. Etage
Fernruf 2028

Verwaltungsvereinfachung

HINZ Buchhaltungen
HINZ Registraturen
HINZ Kartelen

durch 

Paul Brunner & Co., Frankfurt/M., Bleichstr. 55, Ruf 22290

Lassen Sie sich unverbindlich beraten von **WILLY DÜPERTHAL**

Frankfurt/Main, Beethovenplatz 9, Ecke Schumannstr.
Telefon Nr. 77 29 08 / 77 18 61

Büromöbel in Stahl und Holz, Direktions- und Konferenzzimmer, Tische und Stühle für Kantinen, Werkstatteinrichtungen, Regalanlagen in Stahl für Lager und Registratur



FERDINAND FLINSCH

1897

liefert alle Papiere und Kartons für den Behördenbedarf

VERVIELFÄLTIGUNGEN

Rotaprintdruck · Fotodruck · Reproduktion · Unverbindliche Beratung

Büro: „Wastand“
Hans Röhrich
Ffm., Schumannstr. 28

Ruf 7749 52

Alles fürs Büro - Möbel, Schreibmaschinen
Bürobedarf

A. Labrenz

FULDA
Marktstraße 20

PAPIERHANDLUNG · BÜROBEDARF

Bequeme Teilzahlung